



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Analyse der Umsetzung von in Wahlprogrammen getätigten
Wahlversprechen durch Koalitionsregierungen“

verfasst von / submitted by

Katrin Bauer B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Thomas Meyer, PhD

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	iii
Abbildungsverzeichnis	v
1. Einleitung	1
1.1. Forschungsinteresse und Forschungsfrage	2
1.2. Implikationen	4
1.3. Aufbau der Arbeit	4
2. Forschungsstand	7
2.1. Die bestehende Forschung zur Umsetzung von Wahlversprechen	7
2.2. Erklärungen über die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen	11
2.3. Conflicting Findings in der bestehenden Forschungsliteratur	15
2.4. Forschungslücke	18
3. Theoretische Überlegungen zur Mandatstheorie	19
3.1. Die APSA und der Bericht „Toward a more responsible two-party system“	20
3.2. Anthony Downs „An Economic Theory of Democracy“	21
3.3. Die Mandatstheorie	24
3.4. Hypothesen	26
3.5. Zusammenfassung	28
4. Methodisches Vorgehen	29
4.1. Fallauswahl	29
4.2. Datenerhebung	31
4.2.1. Codierung der Wahlversprechen	33
4.2.2. Recherche der Umsetzung der Wahlversprechen	34
4.3. Datenauswertung	39
4.4. Limitationen der Arbeit	43

5. Analyse der Daten	45
5.1. Deskriptive Ergebnisse	45
5.1.1. Anzahl und Erfüllung der Wahlversprechen	45
5.1.2. Vorhandensein von Wahlversprechen im Koalitionsvertrag	46
5.1.3. Typ und Nennung der Wahlversprechen nach Partei	50
5.1.4. Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressorts	52
5.2. Ergebnisse der Regression	65
5.2.1. Multinomiale logistische Regression	65
5.2.2. Interpretation der Odds Ratios	68
6. Diskussion	73
6.1. Überprüfung der Hypothesen	73
6.1.1. Über den Einfluss des Koalitionsvertrags	73
6.1.2. Über den Einfluss des Besitz des Kanzleramts	74
6.1.3. Über die Kontrolle der Ministerien	77
6.2. Zusätzliche erklärende Faktoren zur Umsetzung von Wahlversprechen . . .	78
6.3. Diskussion der Ergebnisse im Vergleich zur Bertelsmann Studie	79
6.4. Anwendung der Mandatstheorie	83
7. Schlussfolgerung	85
7.1. Zusammenfassung der Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage .	85
7.2. Implikationen der Forschung und Ausblick auf weiterführende Forschung .	87
Literaturverzeichnis	89
A. Zusammenfassung	95
B. Abstract	97
C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen	99

Tabellenverzeichnis

4.1. Große Koalition - Merkel IV (eigene Darstellung)	29
4.2. Parteien und ihre Ressorts (eigene Darstellung)	31
5.1. Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Partei	46
5.2. Typ und Nennung der Wahlversprechen nach Partei	50
5.3. Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort	54
5.4. Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort - SPD .	58
5.5. Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort - Union	61
5.6. Ergebnisse der multinomialen Logistischen Regression	67
5.7. Odds Ratios der multinomialen Logistischen Regression	68
C.1. Wahlversprechen der Parteien nach Ressort.	99

Abbildungsverzeichnis

5.1. Anzahl und prozentualer Anteil der Wahlversprechen pro Partei, welche in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden.	47
5.2. Erfüllungszustand der Wahlversprechen pro Partei, je nachdem, ob das Wahlversprechen in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden oder nicht.	49
5.3. Erfüllungszustand der Wahlversprechen pro Partei, getrennt nach Innehaben des Ressorts	62
5.4. Erfüllungszustand der Wahlversprechen der SPD, getrennt nach Innehaben des Ressorts	63
5.5. Erfüllungszustand der Wahlversprechen der Union, getrennt nach Innehaben des Ressorts	64
5.6. Zusammenfassung der Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression für die drei Variablen, welche für die Beantwortung der Hypothesen relevant sind.	71

1. Einleitung

In einem Artikel der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ unter dem Titel „Ups, schon wieder zu viel versprochen“ prangert der Autor Lenz Jacobsen im Juni 2023 Politiker*innen und ihre unerfüllten Wahlversprechen an. So heißt es in diesem:

„Politiker kündigen ständig Dinge an, die sie dann nicht halten können. Geht das wirklich nicht anders? Zum Beispiel Wohnungen: 400.000 neue pro Jahr hatte die Bundesregierung angekündigt, aber nur 295.000 waren es 2022. 2023 wird es kaum besser aussehen. Man kann das routiniert mit den Umständen erklären: Baukosten, Fachkräftemangel, Bürokratie – sorry, hat halt nicht geklappt. Man kann aber auch die Spielverderberfrage stellen: Warum habt ihr es dann überhaupt versprochen?“ (Jacobsen 2023).

Der Artikel macht deutlich, dass Versprechen von Politiker*innen, Wahlversprechen und besonders die Erfüllung dieser Wahlversprechen, eine Thematik sind, welche demokratische Gesellschaften immer wieder beschäftigen.

So ist es kein Wunder, dass die Erfüllung von Wahlversprechen ein großes Forschungsgebiet der Politikwissenschaften darstellt, mit welchem sich eine Vielzahl an Veröffentlichungen beschäftigen (u.a. Pétry & Duval 2018, Royed et al. 2019, Thomson 2011). Das Interesse an der Umsetzung von Wahlversprechen liegt auch in der Rolle welche Wahlversprechen in einem demokratischen System einnehmen. So können Wahlversprechen als ein Kommunikationsmittel zwischen Parteien, Politiker*innen und Wähler*innen verstanden werden. Ein Forschungsfeld, welches sich mit der Erfüllung von Wahlversprechen beschäftigt, ist die Literatur über die Mandatstheorie und die Anwendung dieser.

Als Wahlversprechen werden in dieser Arbeit Versprechen bezeichnet, welche der folgenden Definition entsprechen: „[...] Statements, die eine Zusage zur Durchführung einer Handlung oder zu einer Zielerreichung enthalten. Ebenso sind direkte Ziel- und Handlungsankündigungen als Versprechen zu werten“ (Vehrkamp & Matthieß 2019: 91). Diese Definition orientiert sich an bereits bestehenden Studien. Ein wichtiges Merkmal der Arbeitsdefinitionen von Wahlversprechen ist die Annahme, dass es sich um Zusagen handelt, welche die Durchführung einer bestimmten Maßnahme oder die Umsetzung

1. Einleitung

eines bestimmten Ergebnis erreichen wollen. Diese Zusagen der Parteien können von Forscher*innen objektiv betrachtet werden und eine Feststellung, ob das jeweilige Wahlversprechen erreicht wurde oder nicht, ist möglich (vgl. u.a. Royed 1996: 79).

1.1. Forschungsinteresse und Forschungsfrage

In der vorliegenden Forschungsarbeit soll die Umsetzung von in Wahlprogrammen getätigten Wahlversprechen in der Regierungsperiode von 2018 bis 2021 in Deutschland durch die Mitglieder der Koalitionsregierung die Parteien CDU/CSU¹ und SPD analysiert werden. Es handelt sich hierbei um das Bundeskabinett Merkel IV, die Umsetzung von Wahlversprechen dieses Kabinetts ist Forschungsgegenstand der Arbeit.

Das Ziel der Arbeit liegt in der Untersuchung einiger widersprüchlichen Ergebnisse, sogenannten ‚conflicting findings‘, in bereits bestehenden Studien über den Einfluss bestimmter Variablen auf die Umsetzungswahrscheinlichkeit von Wahlversprechen. Diese werden im zweiten Kapitel der Arbeit ausführlich betrachtet. Durch die Betrachtung eines neuen Falls (Kabinett Merkel IV) werden diese widersprüchlichen Ergebnisse erneut untersucht. Des Weiteren wird im Rahmen dieser Arbeit ein neuer Datenkorpus erhoben. Es handelt sich bei der betrachteten Regierungsperiode (2018 - 2021) um einen Datenzeitraum, welcher in der bisherigen Forschungsliteratur noch nicht analysiert oder erhoben wurde. Die Arbeit hat somit zum Ziel Faktoren zu untersuchen, welche einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit haben mit welcher Wahlversprechen erfüllt werden. Daher möchte diese Forschungsarbeit unter Anwendung der Mandatstheorie die folgende Forschungsfrage beantworten:

Welche Faktoren erklären die Umsetzung von Wahlversprechen in Koalitionsregierungen während einer Regierungsperiode?

Für die Beantwortung der Forschungsfrage werden die Wahlprogramme und die darin abgegebenen Wahlversprechen durch die CDU/CSU und die SPD analysiert. Für die CDU/CSU wird das Wahlprogramm „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021“ (2017) als Datengrundlage herangezogen. Die untersuchten Wahlversprechen der SPD stammen aus dem Wahlprogramm „Zeit für

¹Die Partei CDU und die Partei CSU werden in dieser Arbeit gemeinsam betrachtet. Diese gemeinsame Betrachtung der Parteien ist mit der Veröffentlichung eines gemeinsamen Wahlprogramms durch die Parteien begründet. Für die Regierungsperiode 2018 bis 2021 haben die CDU und die CSU das Wahlprogramm „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021“ (2017) gemeinsam veröffentlicht. In dieser Forschungsarbeit werden die Parteien daher gemeinsam genannt oder unter der Begrifflichkeit Union oder Unionspartei zusammengefasst.

1.1. Forschungsinteresse und Forschungsfrage

mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland“ (2017). Durch diese Vorgehensweise wurden 365 ‚harte‘ Wahlversprechen in den beiden Wahlprogrammen identifiziert. Von diesen Wahlversprechen können 123 der CDU/CSU zugeordnet werden und 242 der SPD. In der folgenden Forschungsarbeit wird die Erfüllung dieser Wahlversprechen der Koalitionspartner untersucht. Eine weitere Datengrundlage der Forschungsarbeit ist die Studie „Besser als ihr Ruf. Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018“ (2019) und die Fortsetzung dieser, „Versprechen gehalten - Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21“ (2021). Es handelt sich hierbei um zwei Veröffentlichungen der Bertelsmann Stiftung, verfasst von Robert Vehrkamp und Theres Matthieß. Die Studie untersucht die Erfüllung von Vereinbarungen, welche im Koalitionsvertrag der Regierung niedergeschrieben wurden. Die genaue Verwendung der Daten dieser Studie wird im Methodenkapitel der Arbeit näher erläutert. Ein weiterer Kern dieser Forschungsarbeit ist die Mandatstheorie. Hierbei handelt es sich um eine theoretische Überlegung zu demokratischen Prozessen. Wähler*innen wählen nach den Überlegungen der Mandatstheorie eine Partei auf der Grundlage derer Wahlversprechen und erteilen somit dieser Partei ein politisches Mandat ihr Wahlprogramm und ihre Wahlversprechen umzusetzen (vgl. Ferguson 2012: 2-3). Um die Forschungsfrage beantworten zu können und die Mandatstheorie zu überprüfen, werden des Weiteren drei Hypothesen aufgestellt und getestet.

Die erste Hypothese, welche untersucht werden soll, bezieht sich auf die Unterschiede zwischen abgegebenen Versprechen in Wahlprogrammen und Koalitionsabkommen. Es sollen hier die Auswirkungen von Wahlversprechen betrachtet werden, welche in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden im Vergleich zu Wahlversprechen, welche nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden. Werden lediglich Wahlversprechen umgesetzt, welche in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden, oder setzen Parteien ebenfalls Versprechen um, die nicht im Koalitionsvertrag abgebildet werden?

Hypothese 1 *Wahlversprechen, die in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden, werden eher umgesetzt als Wahlversprechen, die nicht aufgenommen wurden.*

Die zweite zu testende Hypothese untersucht bestehende Ergebnisse zu Auswirkungen des Besitz des Amtes des*der Regierungschef*in/Kanzler*in auf die Umsetzung von Wahlversprechen. Es existieren hierzu widersprüchliche Ergebnisse. So gehen manche Studien von Unterschieden in der erfolgreichen Umsetzung von Wahlversprechen aus (Royed et al. 2019), andere sehen keine Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung (Praprotnik 2015, 2017a, 2017b). Ausgehend von der Studie der Bertelsmann Stiftung, welche mehr umgesetzte Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag bei der SPD sieht (vgl.

1. Einleitung

Vehrkamp & Matthieß 2019: 15), wird folgende zweite Hypothese untersucht:

Hypothese 2 *Die Partei mit Besitz des Kanzleramts setzt weniger Wahlversprechen um als der Koalitionspartner.*

Mithilfe der letzten Hypothese soll die Auswirkung der Kontrolle des betreffenden Ministeriums für die Umsetzung eines Wahlversprechens durch Parteien untersucht werden. Auch hierzu bestehen widersprüchliche Ergebnisse, ob dies eine positive Auswirkung auf die Umsetzung von Wahlversprechen besitzt (Praprotnik 2017a: 856, 2017b: 240, Thomson 2011: 185) oder nicht (Praprotnik 2015: 10).

Hypothese 3 *Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlversprechen erfüllt wird, ist größer, wenn die betreffende Partei, welche das Wahlversprechen formuliert, das entsprechende Ministerium kontrolliert.*

1.2. Implikationen

Die Fallauswahl dieser Forschungsarbeit erlaubt es neue Daten zu erheben und die Mandatstheorie an einem noch nicht getesteten Datenmaterial zu untersuchen. Des Weiteren handelt es sich bei der betrachteten Regierungsperiode 2018 bis 2021 um einen bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht betrachteten Fall. Auf diesem Weg können Forschungsergebnisse aus bereits bestehenden Arbeiten an einem neuen Fall erneut überprüft werden und Widersprüche in diesen Ergebnissen mit Hilfe eines neuen Falls betrachtet werden. Das Ziel der Forschungsarbeit ist es somit das Forschungsfeld durch eine neue Beobachtung zu erweitern und die Erkenntnisse zu vergrößern.

1.3. Aufbau der Arbeit

Die Forschungsarbeit unterteilt sich in fünf Hauptkapitel: dem Stand der Forschung, den theoretischen Überlegungen zur Mandatstheorie, das genaue methodische Vorgehen der Arbeit, die Darstellung der Ergebnisse und die Diskussion dieser Analyseergebnisse in Verknüpfung zu bereits bestehenden Forschungsergebnissen.

Das Kapitel zwei der Forschungsarbeit beginnt mit der Diskussion bereits bestehender Forschung zur Umsetzung von Wahlversprechen, in diesem Abschnitt wird die Entwicklung der Forschung dargelegt. In einem zweiten Abschnitt werden in diesem Kapitel unterschiedliche Forschungsergebnisse zu unabhängigen Variablen und deren Einfluss auf die

Umsetzung von Wahlversprechen beleuchtet. Auf diese Weise können bestehende ‚conflicting findings‘ in der Forschungsliteratur identifiziert werden, welche die Forschungslücke genauer definieren, welche mit dieser Arbeit geschlossen werden soll.

Das dritte Kapitel umfasst die Mandatstheorie, welche die Grundlage für die Entwicklung der zu testenden Hypothesen darstellt. In diesem Kapitel wird in einem ersten Schritt auf die Entwicklung der Mandatstheorie ausgehend von einem Bericht der APSA und dem Werk Downs eingegangen, daraufhin werden die Annahmen der Mandatstheorie diskutiert und schließlich die Hypothesen der Forschungsarbeit vorgestellt.

Das Methodenkapitel der Forschungsarbeit zeigt das genaue Vorgehen zur Fallauswahl, Datenerhebung und Datenauswertung auf. Hierbei wird verstärkt auf die Erläuterung eingegangen, weshalb die verwendeten methodischen Vorgehensweisen genutzt werden.

In Kapitel fünf der Arbeit werden die Ergebnisse der Analyse der Daten dargelegt. Das Kapitel teilt sich hierbei in eine deskriptive Beschreibung der Ergebnisse und die Darlegung der Ergebnisse der durchgeführten Regression auf.

Die Diskussion dieser Ergebnisse erfolgt in Kapitel sechs der Forschungsarbeit. In einem ersten Schritt werden hier die zuvor aufgestellten Hypothesen überprüft und daraufhin in einem zweiten Schritt erklärende Faktoren zur Umsetzung von Wahlversprechen diskutiert. Die Diskussion schließt mit einem Vergleich der Ergebnisse dieser Forschungsarbeit mit jenen der Studie der Bertelsmann Stiftung über den Koalitionsvertrag und einer Betrachtung der Annahmen der Mandatstheorie

Durch die Beantwortung der Forschungsfrage und die Überprüfung der Hypothesen soll in dieser Arbeit eine noch nicht betrachtete Regierungsperiode analysiert werden und bestehende ‚conflicting findings‘ aus anderen Forschungsarbeiten näher betrachtet werden.

2. Forschungsstand

In der Politikwissenschaft besteht ein breites Forschungsfeld zur Erfüllung und Umsetzung von Wahlversprechen von Regierungen in demokratischen Systemen. Katrin Praprotnik sieht die Gemeinsamkeit dieser, oft sehr verschiedenen Forschungsliteratur, in der Zielsetzung der Texte, so wollen alle Arbeiten die vorhandene oder fehlende Übereinstimmung der Programme zukünftiger Regierungsparteien vor der Wahl und ihre Bilanz nach einer abgeschlossenen Regierungsperiode untersuchen (vgl. Praprotnik 2017b: 41). Das folgende Kapitel setzt sich mit diesem Forschungsfeld der Politikwissenschaft auseinander. In einem ersten Teil wird die Entwicklung der Forschung über die Umsetzung von Wahlversprechen untersucht. Der zweite Teil konzentriert sich auf unterschiedlichste unabhängige Variablen, welche in der Forschungsliteratur zur Umsetzung von Wahlversprechen analysiert werden. Ein dritter Teil geht auf bestehende ‚conflicting findings‘ in der Literatur ein, also auf Forschungsarbeiten in welchen die Ergebnisse der Autor*innen sich widersprechen. Zuletzt wird die Forschungslücke definiert, welche diese Forschungsarbeit schließen möchte.

2.1. Die bestehende Forschung zur Umsetzung von Wahlversprechen

Die Umsetzung von Wahlversprechen wird in unterschiedlichsten Regierungssystemen untersucht, so bestehen Studien über die Erfüllung dieser in Einparteiensystemen, Mehrparteiensystemen und Minderheitsregierungen. Des Weiteren haben Forscher*innen Analysen über die Umsetzung von Wahlversprechen in unterschiedlichen Staaten durchgeführt. So wurde die Umsetzung von Wahlversprechen beispielsweise in Frankreich, Irland, Italien, der Niederlande, Schweden, Spanien, der UK und den USA betrachtet (vgl. Ferguson 2012: 3). Auf die Frage, warum gerade Wahlversprechen immer wieder Mittelpunkt der Forschung sind, findet Steven Borrelli (2001) eine Antwort, demnach handle es sich bei Wahlversprechen um die einzigen offiziellen Statements von Parteien in Wahlkämpfen, die in der politikwissenschaftlichen Forschung genutzt werden können:

„Yet, for better or worse, party platforms are the only authoritative statement

2. Forschungsstand

of national party positions available, so political scientists have frequently used them as a basis for studies of party policymaking“ (Borrelli 2001: 429).

Die politikwissenschaftliche Forschung zur Umsetzung von Wahlversprechen lässt sich in zwei Ansätze unterteilen, welche beide im Folgenden dargestellt werden. Es handelt sich einmal um einen Ansatz, welcher auf Grundlage der Salienztheorie die Umsetzung von Wahlversprechen aus finanzieller Sicht analysiert (vgl. Praprotnik 2017b: 42) und um einen zweiten Ansatz, welcher einzelne Wahlversprechen identifiziert und deren Umsetzung untersucht (vgl. Ferguson 2012: 42).

In dem ersten beschriebenen Forschungsansatz wird der Zusammenhang zwischen den Schwerpunkten innerhalb eines Wahlprogramms einer Partei mit den tatsächlichen finanziellen Ausgaben, welche eine Regierung, in diesem Policy-Bereich festlegt, überprüft. Es handelt sich hierbei um die Überprüfung der Salienztheorie. Diese geht davon aus, dass ein indirekter Wettbewerb zwischen Parteien besteht. Betont eine Partei einen Themenbereich in ihrem Wahlprogramm besonders, so ist das Verständnis der Theorie, dass durch diese Betonung die Wichtigkeit dieses Themenbereichs für die Partei aufgezeigt wird. Demnach handelt es sich bei einer Partei, welche z.B. häufig sozialpolitische Themen anspricht, um eine Partei, welche mehr finanzielle Mittel des Haushalts für genau diesen Policy-Bereich ausgeben wird und damit auch eine bestimmte Wähler*innengruppe anzieht. Es wird hierbei lediglich von thematischen Schwerpunkten ausgegangen, welche allgemeiner formuliert werden (vgl. Praprotnik 2017b: 42-43). Erste Veröffentlichungen in diesem Forschungsbereich entstanden in den 1990er Jahren. 1990 veröffentlichten Budge und Hofferbert ihre Überprüfung der Salienztheorie durch eine Analyse der Situation in den USA und 1992 zu der Situation in der UK (vgl. Ferguson 2012: 20). Klingmann et al. beschäftigen sich 1994 ebenfalls im Rahmen einer Untersuchung von 14 Staaten mit der Salienztheorie (vgl. Ferguson 2012: 20-21). Im Rahmen dieser Forschung von Klingmann et al. wird der Text der Wahlprogrammen in Quasi-Sätze zerlegt und einem von 54 thematischen Politikbereichen zugeordnet. Die Wichtigkeit einer dieser Politikbereiche für die Partei wird an der Anzahl der Quasi-Sätzen ausgemacht, die diesem Bereich zugeordnet werden (vgl. Praprotnik 2012: 42). Es wird jedoch auch Kritik an der Forschung zur Salienztheorie ausgesprochen. So bleibt die Frage offen, ob durch eine Erhöhung der Haushaltsausgaben tatsächlich die konkrete Umsetzung der in Wahlprogrammen abgegebenen Wahlversprechen überprüft werden können (vgl. Praprotnik 2017b: 43). Nach dem Artikel „Party Platforms, Mandates, and Government Spending“ (1993) können durch diese Forschung kausale Analysen über die Ausgaben einer Regierung durchgeführt werden, jedoch eigne

2.1. Die bestehende Forschung zur Umsetzung von Wahlversprechen

sich diese Vorgehensweise nicht für eine Untersuchung der Mandatstheorie (vgl. King et al. 1993: 749).

Ein zweiter Ansatz in der Forschung zur Umsetzung von Wahlversprechen ist der ‚pledge fulfillment approach‘, bei dieser Vorgehensweise werden in einem Wahlprogramm bestimmte einzelne Wahlversprechen identifiziert und daraufhin auf ihre Einhaltung individuell überprüft (vgl. Ferguson 2012: 21). Durch diese Vorgehensweise kann die Kritik, welche bei der Salienztheorie besteht, umgangen werden. Dieser Ansatz geht davon aus, dass Regierungsparteien durch die demokratischen Wahlen ein bestimmtes politisches Mandat erhalten haben. Die konkreten Wahlversprechen dieser Parteien sind dabei Teil dieses Mandats (vgl. Praprotnik 2017b: 44). Das Vorgehen dieses Forschungsansatzes beschreibt Praprotnik wie folgt:

„Bei diesem Ansatz werden zunächst alle Wahlversprechen für die kommende Legislaturperiode aus den Wahlprogrammen der Parteien identifiziert und anschließend Punkt für Punkt auf deren Umsetzung hin überprüft. Je mehr Wahlversprechen eine Partei während der Legislaturperiode verwirklichen konnte, umso besser konnte der Wählerwille in Politikinhalte transformiert werden, so die Logik des Designs“ (Praprotnik 2017b: 44).

Die Wahlversprechen werden also einzeln identifiziert und qualitativ überprüft und nicht, wie bei der Überprüfung der Salienztheorie, einem bestimmten Politikbereich zugeordnet.

Die Entwicklung der Forschung des ‚pledge fulfillment approach‘ kann in drei Phasen unterteilt werden. Einer ersten Generation dieses Ansatzes können die Texte von Pomper (1967), Pomper und Lederman (1980), Rose (1980) und Rallings (1987) zugeordnet werden. Diese ersten Studien betrachteten die Mandatstheorie im angelsächsischen Raum (vgl. Praprotnik 2017b: 44). Gerald Pomper betrachtet in „If Elected, I Promise: American Party Platforms“ (1967) US-amerikanische Wahlprogramme von 1944 bis 1967 (vgl. Pomper 1967: 324). Es wird untersucht, welche Art von Wahlversprechen die Parteien abgeben und über welche Ressorts diese Wahlversprechen sich inhaltlich verteilen (vgl. Pomper 1967: 332). Colin Rallings untersucht, in einer Veröffentlichung 1987, die Wahlprogramme der Wahlgewinner in der UK und Kanada von 1945 bis 1979 und beschäftigt sich mit der Umsetzung dieser Wahlprogramme (vgl. Rallings 1987: 2-3). Rallings kommt zu dem Ergebnis, dass in der UK 63.7 Prozent der Wahlversprechen umgesetzt werden und in Kanada 71.5 Prozent (vgl. Rallings 1987: 12). Eine zweite Generation an Studien kann mit der Veröffentlichung einer Studie 1996 von Terry Royed beobachtet werden. In „Testing the Mandate Model in Britain and the United States: Evidence from the Reagan and

2. Forschungsstand

Thatcher Eras“ (1996) betrachtet Royed die Umsetzung von Wahlversprechen durch Regierungsparteien, aber auch durch Oppositionsparteien (vgl. Royed 1996: 54). Aus dieser Studie stammt auch die wichtige Definition von Wahlversprechen (pledges). Royed definiert diese wie folgt:

„[...] ‘real’ pledges are defined as a commitment to carry out some action or produce some outcome, where an objective estimation can be made as to whether or not the action was indeed taken or the outcome produce. If a party seems to commit to some sort of change, and one could equally strongly argue that it was carried out, and that it was not, then the ‘pledge’ is considered too vague or value-laden to be considered a ‘real’ pledge. Instead, it is considered primarily a rhetorical statement“ (Royed 1996: 79).

Diese Definition macht deutlich, was in der Studie von Royed als ein Wahlversprechen definiert wurde und zeigt die Abgrenzung von rhetorischen Statements, welche Parteien in Wahlkämpfen ebenfalls abgeben. Ein Wahlversprechen ist nach Royed demnach dann für die Forschung interessant, wenn die angestrebte Maßnahme oder das angestrebte Ziel objektiv überprüfbar ist. Zu dieser Generation des ‚pledge fulfillment approach‘ wird ebenfalls die Arbeit „The programme to policy linkage: The fulfilment of election pledges on socio-economic policy in the Netherlands, 1986–1998.“ (2001) von Robert Thomson gezählt, dieser führte erstmals einen Test der Mandatstheorie in einem Mehrparteiensystem, anstatt in einem Einparteiensystem, mit einer Koalitionsregierung durch (vgl. Praprotnik 2017b: 48). Als eine dritte Generation des Forschungsansatzes kann der Zusammenschluss von Robert Thomson, Terry Royed und Ellin Nautin angesehen werden. Durch die Entstehung der ‚Comparative Party Pledge Group‘ wurde die Möglichkeit geschaffen die Überprüfung von Wahlversprechen vergleichend zwischen unterschiedlichen Staaten und verschiedenen Regierungssystemen zu untersuchen (vgl. Praprotnik 2017b: 55). Eine Veröffentlichung dieser dritten Generation ist der Sammelband „Party mandates and democracy: Making, breaking, and keeping election pledges in twelve countries“ (2019), in diesem Werk wird die Umsetzung von Wahlversprechen in der UK, der USA, Kanada, Spanien, Portugal, Schweden, Irland, Italien, Deutschland, Österreich, der Niederlande und Bulgarien betrachtet. Wahlversprechen werden in dieser Arbeit definiert als: „[...] a statement committing a party to one specific action or outcome that can be clearly determined to have occurred or not“ (Royed et al. 2019: 24). Interessant ist, dass auch diese Definition einen Schwerpunkt auf die Überprüfbarkeit der Umsetzung der Wahlversprechen liegt.

Lediglich drei Studien des Forschungsansatzes des ‚pledge fulfillment approach‘ beschäf-

2.2. Erklärungen über die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen

tigen sich in Form einer Einzelfallanalyse mit Deutschland. Hierzu gehört die Dissertation von Mark Ferguson „Pledge fulfillment in Germany: An examination of the Schröder II and Merkel I governments“ von 2012, in welcher die Umsetzung von Wahlversprechen durch die Bundesregierung von 2002 bis 2009 betrachtet wird und somit sowohl das Kabinett Schröder II als auch das Kabinett Merkel I untersucht werden (vgl. Ferguson 2012: 6). In einer zweiten Veröffentlichung von Ferguson 2019, erweitert er diese Analyse um ein weiteres Kabinett, Merkel II (vgl. Ferguson 2019: 224). Des Weiteren ist eine Veröffentlichung von Therese Matthieß zu nennen. In „Equal performance of minority and majority coalitions? Pledge fulfilment in the German state of NRW“ (2019) betrachtet sie die Umsetzung von Wahlversprechen auf der Landesebene, im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Durch diese Analyse wird eine neue Betrachtungsebene in der Untersuchung von Wahlversprechen in Deutschland beleuchtet. Hierfür zieht Matthieß die Mehrheitsregierung aus CDU und FDP von 2005 und die Minderheitsregierung SPD und die Grünen von 2010 heran (vgl. Matthieß 2019: 129). Es wird deutlich, dass das Kabinett Merkel IV, welches in dieser Arbeit analysiert wird, in der Forschung in dieser Form, bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht betrachtet wurde.

2.2. Erklärungen über die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen

Die Umsetzung von Wahlversprechen wird häufig in der Forschungsliteratur betrachtet. Infolgedessen kann eine große Anzahl an unabhängigen Variablen gefunden werden, welche Auswirkungen auf die abhängige Variable, die Umsetzung von Wahlversprechen, haben. Im Folgenden werden diese unabhängigen Variablen vorgestellt. Zuerst wird auf Forschungsergebnisse eingegangen, welche die Ausprägungen des Regierungssystem als wichtige unabhängige Variable ansehen. Daraufhin wird der Einfluss von Koalitionsregierungen betrachtet, welcher in der Forschung analysiert wird. Drittens wird auf den Einfluss des Inhalts eines Wahlversprechens auf dessen Umsetzung eingegangen. Viertens wird die Forschungsliteratur betrachtet, welche verschiedene zeitliche Aspekte als entscheidende unabhängige Variable ansehen. Schließlich werden noch weitere unterschiedliche Variablen betrachtet, welche einen Einfluss auf die Umsetzung der abhängigen Variable haben können.

Bei einer genaueren Betrachtung der Forschungsliteratur wird deutlich, dass die Ausgestaltung des Regierungssystems und der Aufbau einer Regierung einen großen Einfluss

2. Forschungsstand

auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen zu haben scheint. So wird deutlich, dass Wahlversprechen eher in Einparteiensystemen umgesetzt werden, als in Koalitionsregierungen (vgl. Praprotnik 2017b: 235, Royed et al. 2019: 302, Thomson 2001: 185).

In der Forschungsliteratur wird ebenfalls häufig darauf hingewiesen, dass Parteien, welche Teil der Regierung sind, ihre Wahlversprechen eher Einhalten als Oppositionsparteien (vgl. Artés 2011: 156, Costello & Thomson 2008: 254, Ferguson 2012: 170, Praprotnik 2015: 9, 2017b: 231, Royed et al. 2019: 301, Thomson 2001: 182, Thomson et al. 2017: 527, 2019: 78). Ein gewisser Einfluss der Oppositionsparteien auf die Umsetzung der Wahlversprechen der Regierungsparteien ist jedoch vorhanden, so werden die Wahlversprechen der Regierungsparteien eher umgesetzt, wenn diese mit den Wahlversprechen der Oppositionsparteien übereinstimmen (vgl. Costello & Thomson 2008: 254, Pétry & Duval 2018: 916).

Dem Einfluss einer Mehrheitsregierung gegenüber einer Minderheitsregierung auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen wird kein signifikanter Einfluss zugesprochen (vgl. Artés 2011: 156, Carson et al. 2019: 2333-234), jedoch können Oppositionsparteien unter Minderheitsregierungen eher ihre Wahlversprechen erfüllen als unter Mehrheitsregierungen (vgl. Artés 2011: 156).

Die Forschungsliteratur betrachtet auch den Einfluss von Koalitionsregierungen auf die Umsetzung von Wahlversprechen. Es wird zwar deutlich, dass in Koalitionsregierungen die Wahrscheinlichkeit, mit welcher Wahlversprechen umgesetzt werden, geringer sind als in Einparteienregierungen (vgl. Praprotnik 2017b: 235, Royed et al. 2019: 302, Thomson 2001: 185), aber es werden trotzdem einige unabhängige Variablen genannt, welche die Umsetzung von Wahlversprechen in Koalitionsregierungen beeinflussen. So werden Wahlversprechen in Koalitionsregierungen eher umgesetzt, wenn diese in einem Koalitionsabkommen nach einer Wahl festgeschrieben werden (vgl. Praprotnik 2015: 10, 2017a: 856, 2017b: 240, Royed et al. 2019: 303, Thomson 2001: 188).

Zwei Studien von Ferguson, welche den Einfluss einer großen Koalition und einer „normalen“ Koalition in Deutschland untersucht haben, kommen zu widersprüchlichen Ergebnissen. So kommt eine Betrachtung der Regierungen Schröder II („normale Koalition“) und Merkel I (große Koalition) zu dem Ergebnis, dass die Ausgestaltung einer Koalition keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit habe, mit welcher Wahlversprechen erfüllt werden (vgl. Ferguson 2012: 172). Während eine weitere Studie von Ferguson 2017 die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen in großen Koalitionen als eher gegeben ansieht (vgl. Ferguson 2019: 238).

2.2. Erklärungen über die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen

Des Weiteren haben Analysen die Auswirkung der Rollenverteilung in Koalitionsregierungen betrachtet und sind zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. So existieren Studien, welche keinen Unterschied in der Einhaltung von Wahlversprechen zwischen der Kanzlerpartei und den Koalitionspartnern sehen (vgl. Praprotnik 2015: 10, 2017a: 856, 2017b: 242), während eine andere Studie zu dem Ergebnis kommt, dass die Kanzlerpartei einer Koalitionsregierung eher Wahlversprechen umsetzt (vgl. Royed et al. 2019: 303).

Untersucht wird ebenfalls die unabhängige Variable des Konsens. Hierunter wird verstanden, dass sämtliche Koalitionspartner dasselbe Wahlversprechen abgegeben haben. Es bestehen hierzu sogenannte ‚conflicting findings‘, über die Frage ob Wahlversprechen eher umgesetzt werden, wenn ein Konsens zwischen den Koalitionspartnern besteht (vgl. Praprotnik 2015: 10, Kostadinova 2013: 201), oder hat die Unterstützung eines Wahlversprechens von allen Koalitionspartnern keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit mit welcher dieses Wahlversprechen umgesetzt wird (vgl. Praprotnik 2017b: 246).

Zuletzt wird bei der Betrachtung des Aufbaus einer Regierung, in verschiedenen Studien, auch die Kontrolle des betreffenden Ministeriums betrachtet. Hierbei wird untersucht, ob der Besitz eines Ministeriums, dem inhaltlich richtigen Ressorts, durch eine Partei, einen Einfluss darauf hat, mit welcher Wahrscheinlichkeit diese Partei ein Wahlversprechen in diesem Ressort umsetzen kann. So kommt eine Studie von Praprotnik aus dem Jahr 2015 zu dem Ergebnis, dass die Kontrolle des relevanten Ministeriums keine Auswirkung auf die Umsetzung von Wahlversprechen in diesem Themenbereich durch die Partei habe (vgl. Praprotnik 2015: 10), während andere Studien diesem Ergebnis widersprechen und eine erhöhte Wahrscheinlichkeit bei der Umsetzung von Wahlversprechen beobachten, wenn das entsprechende Ministerium durch die Partei kontrolliert wird (vgl. Praprotnik 2017a: 856, 2017b: 240, Thomson 2001: 185).

In einem nächsten Schritt sollen Ergebnisse in der Forschungsliteratur betrachtet werden, welche sich mit dem Einfluss des Inhaltes von einzelnen Wahlversprechen auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung beschäftigen. Mehrere Studien kommen hierbei zu dem Ergebnis, dass ein Wahlversprechen eher umgesetzt wird, wenn es die Beibehaltung des Status Quos zum Ziel hat. Wahlversprechen, welche eine Veränderung der bestehenden Situation zum Ziel haben, werden mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit umgesetzt (vgl. Kostadinova 2013: 201, Praprotnik 2015: 10, 2017b: 244, Royed 1996: 77, Thomson 2001: 186).

Interessant ist, dass auch der spezifische Inhalt eines Wahlversprechens einen Einfluss auf dessen Umsetzung zu haben scheint. So kommen Adnikari et al. in einer Untersuchung der Umsetzung von Wahlversprechen in Indien zu dem Schluss, dass Wahlversprechen,

2. Forschungsstand

welche sich mit Identitätsthemen beschäftigten, eher nicht umgesetzt werden (vgl. Adnikari et al. 2022: 9).

Aufschlussreich sind auch die Ergebnisse aus zwei Studien, nach welchen die Bedeutung, welche ein Wahlversprechen für eine Partei habe, keine Auswirkung auf die Wahrscheinlichkeit habe, mit welcher diese Wahlversprechen umgesetzt werden (vgl. Praprotnik 2017b: 245, Thomson 2001: 187).

In der Forschungsliteratur werden auch verschiedene zeitliche Aspekte und deren Auswirkungen auf die Umsetzung von Wahlversprechen betrachtet. Es bestehen hierbei unterschiedliche Ergebnisse über die Auswirkung der Amtszeit. So geht eine Studie von Kennedy et al. davon aus, dass es keine Auswirkung auf die Wahrscheinlichkeit, mit welcher ein Wahlversprechen umgesetzt wird, hat, ob die Regierung in ihrer ersten oder zweiten Amtszeit ist (vgl. Kennedy et al. 2020: 925). Pétry und Duval kamen hierzu 2018 in einer Studie über die Umsetzung von Wahlversprechen in Kanada zu anderen Ergebnissen. Sie haben herausgefunden, dass wiedergewählte Regierungen, also Regierungen in einer zweiten Amtszeit, eher ihre Wahlversprechen einhalten als neu gewählte Regierungen (vgl. Pétry & Duval 2018: 922).

Unterschiedlich bewertet wird auch die Dauer einer Regierungsperiode. So gehen Duval und Pétry in einer anderen Studie davon aus, dass Wahlversprechen eher in der ersten Hälfte einer Amtszeit erfüllt werden, während in einer längeren Amtszeit die Chancen auf die Einhaltung der Wahlversprechen sinken (vgl. Duval & Pétry 2019: 208). Dem widersprechen die Ergebnisse aus anderen Studien, welche eine Erfüllung von Wahlversprechen als geringer ansehen, wenn eine kürzere Amtszeit vorliege (vgl. Praprotnik 2017a: 854, 2017b: 230, Royed et al. 2019: 307).

Die Anzahl an erfüllten Wahlversprechen hat des Weiteren einen Einfluss auf die mögliche Wiederwahl einer Partei, denn umso mehr Wahlversprechen eine Partei in einer Amtszeit erfüllt, desto besser ist das Wahlergebnis dieser Partei, laut Matthieß, in der darauffolgenden Wahl (vgl. Matthieß 2020: 744).

Zuletzt werden noch mehrere thematisch unterschiedliche unabhängige Variablen betrachtet, deren Einfluss auf die Erfüllung von Wahlversprechen in Studien untersucht werden. So kommt eine Studie über die Umsetzung von Wahlversprechen in Österreich zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlversprechen eingehalten wird, geringer sei, wenn die Umsetzung gemeinsame Anstrengungen von außerstaatlichen Akteuren erfordert (vgl. Praprotnik 2017a: 854, 2017b: 347).

Ebenfalls einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen

2.3. Conflicting Findings in der bestehenden Forschungsliteratur

hat die wirtschaftliche Situation eines Staates. So werden Wahlversprechen eher bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung umgesetzt, als in einer wirtschaftlichen Rezession (vgl. Kennedy et al. 2020: 926, Praprotnik 2017a: 856, 2017b: 248-249, Royed et al. 2019: 303).

Interessant ist das Ergebnis von mehreren Studien, dass die Bekanntheit eines Wahlversprechens, durch vermehrte Medienberichte, nicht die Wahrscheinlichkeit erhöht, mit welcher dieses Wahlversprechen umgesetzt wird (vgl. Costello & Thomson 2008: 254, Praprotnik 2015: 11).

Nachvollziehbar ist die Auswirkung der unabhängigen Variable Ressourcen. Das Vorhandensein von ausreichenden Ressourcen in einer Regierung hat eine Auswirkung auf das Erfüllen von Wahlversprechen. So steigert eine positive wirtschaftliche Entwicklung die Wahrscheinlichkeit mit welcher Wahlversprechen umgesetzt werden (vgl. Praprotnik 2017a: 848).

2.3. Conflicting Findings in der bestehenden Forschungsliteratur

Relevant für diese Forschungsarbeit sind die sogenannten ‚conflicting findings‘, Aussagen oder Schlussfolgerungen aus verschiedenen Studien, welche sich widersprechen oder zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Das Ziel dieser Arbeit ist, unter anderem, einige unabhängige Variablen, welche von verschiedenen Studien unterschiedlich bewertet werden, mithilfe eines neuen Datensatz zu untersuchen, um so mehr Klarheit in das Forschungsfeld zu bringen. Diese Studien und ihre ‚conflicting findings‘, welche in dieser Forschungsarbeit analysiert werden, werden in den folgenden Abschnitten vorgestellt.

‚Conflicting findings‘ sind in der Forschungsliteratur bei der Betrachtung der Auswirkungen der Rolle, welche eine Partei in einer Koalitionsregierung einnimmt vorzufinden. Es wird hierbei betrachtet, ob Wahlversprechen eher erfüllt werden, wenn eine Partei in einer Koalitionsregierung den*die Kanzler*in stellt oder ob dies keine Auswirkung auf die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung hat. Die Studie „Die Policy-Bilanz der Regierung Faymann I. Eine Studie zur Anwendbarkeit der Mandatstheorie“ (2015) von Katrin Praprotnik, über die Umsetzung von Wahlversprechen in der österreichischen Bundesregierung, geht davon aus, dass die Rollenverteilung in einer Koalitionsregierung einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit hat, mit welcher eine Partei ihre Wahlversprechen erfüllt. Daher formuliert sie folgende Hypothese: „Wahlversprechen werden eher umgesetzt, wenn sie von

2. Forschungsstand

jener Partei abgegeben wurden, die die/den RegierungschefIn stellt“ (Praprotnik 2015: 3). Diese Hypothese wird durch die Datenauswertung der Studie nicht unterstützt, die Rolle der Kanzlerpartei, das Stellen der*des Regierungschef*in, hat demnach keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit mit welcher diese Partei Wahlversprechen umsetzt (vgl. Praprotnik 2015: 10). Zu diesem Ergebnis kommen auch zwei andere Studien von Praprotnik, in welchen ebenfalls österreichische Bundesregierungen betrachtet werden (2017a, 2017b). Die Studie „Jurisdiction, time, and money: The role of resources in pledge fulfillment“ (2017a) von Katrin Praprotnik, welche die Auswirkungen der Ressourcenverteilung und des generellen Vorhandensein von Ressourcen untersucht, sieht somit in dem Besitz des Kanzleramts keine Auswirkungen in der Wahrscheinlichkeit mit welcher Wahlversprechen umgesetzt werden (vgl. 2017a: 856). Zu diesem Ergebnis gelangt auch eine weitere Arbeit von Katrin Praprotnik „Parteien und ihre Wahlversprechen. Einblicke in die Politikgestaltung in Österreich“ (2017b). In dieser Arbeit wird die Umsetzung von Wahlversprechen in Österreich in mehreren Regierungsperioden betrachtet und auch in diesem Werk kann kein Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit mit welcher Wahlversprechen umgesetzt werden durch den Besitz des Kanzleramts festgestellt werden (Praprotnik 2017b: 242).

Zu einem anderen Ergebnis gelangt die Arbeit „Making and Keeping Pledges: What We Learned“ aus dem Sammelband „Party mandates and democracy: Making, breaking, and keeping election pledges in twelve countries“ (2019), in diesem wird die Umsetzung von Wahlversprechen in verschiedenen Staaten und Regierungssystemen beleuchtet. In einem gemeinsamen Diskussionskapitel kommen die Autor*innen zu dem Schluss, dass die Partei des*der Regierungschef*in mehr Wahlversprechen einhält als der Koalitionspartner ohne diesen Posten (vgl. Royed et al. 2019: 303).

Unterschiedliche Ergebnisse bestehen auch bei der Betrachtung der Auswirkungen der unabhängigen Variable konsensuale Wahlversprechen der Koalitionspartner. In der Arbeit „Parteien und ihre Wahlversprechen. Einblicke in die Politikgestaltung in Österreich“ (2017b) untersucht Katrin Praprotnik die Anwendbarkeit der Mandatstheorie am Fallbeispiel Österreich. In dieser Studie wird die Hypothese aufgestellt, dass die Umsetzung von Wahlversprechen wahrscheinlicher sei, wenn eine Einigkeit über den Inhalt eines Wahlversprechen bestehe. Die Überlegung geht davon aus, dass in dieser Situation ein konfliktreicher Einigungsprozess zwischen den Koalitionspartnern entfällt und dies die Umsetzung eines Wahlversprechens erleichtert. Die Analyse des österreichischen Fallbeispiel kann diese Hypothese jedoch nicht bestätigen (vgl. Praprotnik 2017b: 246).

Demgegenüber stehen Ergebnisse aus zwei anderen Studien. Petia Kostadinova analysiert in „Democratic performance in post-communist Bulgaria: election pledges and levels

2.3. *Conflicting Findings in der bestehenden Forschungsliteratur*

of fulfilment, 1997-2005“ (2013) die Erfüllung von Wahlversprechen aus zwei Wahlen in Bulgarien. Kostadinova stellt in dieser Studie die Hypothese auf, dass der Konsens über ein Wahlversprechen zwischen Parteien die Wahrscheinlichkeit erhöht, mit welcher diese Wahlversprechen erfüllt werden (vgl. Kostadinova 2013: 194). Die Datenauswahl dieser Studie bestätigt den Einfluss des Konsens über ein Wahlversprechen als unterstützende Variable bei der Umsetzung dieses Wahlversprechens (vgl. Kostadinova 2013: 201) und kommt damit zu einem anderen Ergebnis als Praprotnik 2017b. Zu diesem Ergebnis gelangt auch die Studie „Die Policy-Bilanz der Regierung Faymann I. Eine Studie zur Anwendbarkeit der Mandatstheorie“ (2015), ebenfalls verfasst von Katrin Praprotnik. Auch in dieser Studie wird die Umsetzung von Wahlversprechen in Österreich untersucht, jedoch in der Regierungsperiode von 2008 bis 2013 (vgl. Praprotnik 2015: 1). Es wird in dieser Studie argumentiert, dass in Koalitionsregierungen Parteien auf die Unterstützung durch den Koalitionspartner bei der Umsetzung eines Wahlversprechens angewiesen seien. Diese Unterstützung ist vorhanden, wenn zwischen den Koalitionspartner ein Konsens über ein Wahlversprechen besteht (vgl. Praprotnik 2015: 4). Diese Annahme wird in der Studie überprüft und Praprotnik kommt zum selben Ergebnis wie Kostadinova. Bei konsensualen Wahlversprechen besteht demnach eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass diese umgesetzt werden (vgl. Praprotnik 2015: 10).

Ein weiteres Thema dieser Arbeit sind auch ‚conflicting findings‘ zu den Auswirkungen, welche die Kontrolle, der Besitz, eines Ministeriums durch einen der Koalitionsparteien auf die Umsetzung von Wahlversprechen dieser Partei hat. Die bereits betrachtete Studie „Die Policy-Bilanz der Regierung Faymann I. Eine Studie zur Anwendbarkeit der Mandatstheorie“ (2015) von Katrin Praprotnik, geht von keinen Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit aus, mit welcher Wahlversprechen umgesetzt werden, wenn die Partei das entsprechende Ministerium kontrolliert (vgl. Praprotnik 2015: 10).

Demgegenüber stehen die Ergebnisse aus drei verschiedenen Studien. Die Studie „The programme to policy linkage: The fulfilment of election pledges on socio-economic policy in the Netherlands, 1986–1998“ (2001) von Robert Thomson betrachtet die Erfüllung von Wahlversprechen in Koalitionsregierungen, hierfür werden Wahlversprechen von niederländischen Parteien untersucht. In dieser Studie wird die Verteilung der Ministerien unter den Parteien der Regierung betrachtet und es wird davon ausgegangen, dass die Kontrolle des relevanten Ministeriums einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit hat, mit welcher diese Partei ihre Wahlversprechen in diesem Bereich erfüllen kann (vgl. Thomson 2001: 176). Die Ergebnisse der Studie unterstützen diese Hypothese (vgl. Thomson 2001: 185). Zu dem gleichen Ergebnis kommt die Studie „Jurisdiction, time, and money: The role of

2. Forschungsstand

resources in pledge fulfillment“ (2017a) von Katrin Praprotnik, welche die Auswirkungen der Ressourcenverteilung und des generellen Vorhandensein von Ressourcen untersucht. In dieser Studie argumentiert Praprotnik, dass die Portfoliokontrolle durch eine Partei, die Umsetzung eines Wahlversprechens wahrscheinlicher macht (vgl. Praprotnik 2017a: 850). Die Datenlage dieser Studie bestätigt die Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung eines Wahlversprechens steigt, wenn die Partei das entsprechende Ministerium kontrolliert (vgl. Praprotnik 2017a: 856). Zu demselben Ergebnis kommt eine weitere Studie von Praprotnik (2017b: 240). In „Parteien und ihre Wahlversprechen. Einblicke in die Politikgestaltung in Österreich“ (2017b) stellt Praprotnik ebenfalls fest, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlversprechen erfüllt wird größer ist, wenn die Partei, welche das Wahlversprechen gemacht hat, das entsprechende Ressort/Ministerium kontrolliert.

2.4. Forschungslücke

Die Betrachtung der bestehenden Forschungsliteratur zeigt die Wichtigkeit und das weite Feld der Wahlversprechensforschung für die Untersuchung demokratischer Systeme auf. Das Ziel dieser Arbeit ist es, mithilfe neu erhobener Daten die aufgezeigten ‚conflicting findings‘ erneut zu untersuchen. Hierbei sollen besonders die Auswirkungen der Rollenverteilung in einer Koalitionsregierung, das Bestehen von konsensualen Wahlversprechen zwischen zwei Parteien in einer Koalitionsregierung in Form von einem Koalitionsabkommen und der Besitz eines Ministeriums durch eine Partei analysiert werden. Der Einfluss dieser unabhängigen Variablen auf die Umsetzung von Wahlversprechen, soll in dieser Arbeit bewertet werden. Zu diesem Zweck wird das Kabinett Merkel IV herangezogen. Die Wahlprogramme der CDU/CSU und der SPD von 2017, in welcher Wahlversprechen für die Regierungsperiode 2018 bis 2021 abgegeben werden, sind der Untersuchungsgegenstand der Forschungsarbeit. Die zu untersuchende Datenlage ist hierbei die Überprüfung des Erfüllungszustands dieser in den Wahlprogrammen abgegebenen Wahlversprechen. Hierdurch wird die Forschung des ‚pledge fulfillment approach‘ um einen zusätzlichen Fall erweitert und eine weitere deutsche Bundesregierung wird untersucht. Die Absicht der Arbeit ist es durch die Analyse einer neuen Datenlage die bestehenden ‚conflicting findings‘ zu beheben und in das Forschungsfeld mehr Klarheit zu bringen.

3. Theoretische Überlegungen zur Mandatstheorie

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit den theoretischen Hintergründen dieser Forschungsarbeit. Der Anspruch an eine repräsentative Demokratie nach Überlegungen der Demokratietheorie ist eine enge Verbindung zwischen den Bürger*innen, der Regierung und der Policy. Diese enge Verbindung kann durch demokratische Wahlen geschaffen werden (vgl. Naurin et al. 2019: 2). In diesen Wahlen können abgegebene Wahlversprechen als Kommunikationsmittel zwischen Wähler*innen, Parteien, Kandidat*innen und Abgeordneten verstanden werden. Des Weiteren wird den Wahlversprechen in theoretischen Modellen über die repräsentative Demokratie eine wichtige Rolle zugeschrieben in ihrer Aufgabe eine Beziehung zwischen den Bürger*innen und den gewählten Vertreter*innen zu schaffen (vgl. Naurin 2011: 5-7). Das Ziel des folgenden Kapitels ist es, die Bedeutung dieser Wahlversprechen für eine repräsentative Demokratie theoretisch zu beleuchten. Hierfür wird die Mandatstheorie herangezogen, diese gibt Einblicke in das Verhalten von Wähler*innen und Parteien, liefert ein Verständnis über zentrale Akteure in einem politischen System und ermöglicht es so den demokratischen Prozess zu beschreiben und zu analysieren (vgl. Praprotnik 2017b: 38).

In diesem Kapitel wird in einem ersten Schritt auf die Anfänge der politikwissenschaftlichen Debatte über das politische Mandat eingegangen, hierfür wird eine der ersten Untersuchungen des politischen Mandats durch die APSA herangezogen. Daraufhin wird die Theorie Anthony Downs vorgestellt und die Entwicklung dieser analysiert. In einem nächsten Schritt werden verschiedene kritische Auseinandersetzungen mit den Thesen Downs untersucht. Ein wichtiger Teil dieses Kapitels für die vorliegende Forschungsarbeit ist die Aufbereitung der Mandatstheorie, welche für die Analyse der Wahlprogramme der CDU/CSU und der SPD genutzt wird. Zuletzt werden die zu untersuchenden Hypothesen, welche aus diesen theoretischen Überlegungen entstehen, vorgestellt.

3. Theoretische Überlegungen zur Mandatstheorie

3.1. Die APSA und der Bericht „Toward a more responsible two-party system“

Die politikwissenschaftliche Debatte über die Rolle des politischen Mandats innerhalb des demokratischen Systems findet ihre Anfänge 1950 mit der Veröffentlichung eines Berichts der American Political Science Association (APSA) „Toward a more responsible two-party system“. Es handelt sich hierbei um eine der ersten Veröffentlichungen über die Funktion und die Rolle von politischen Parteien in repräsentativen Demokratien. Der Bericht der APSA beschäftigt sich mit den Schwächen des US-amerikanischen Zweiparteiensystems. Die Veröffentlichung weist auf mehrere Schwächen in diesem System hin und erarbeitet Vorschläge zur Verbesserung desselben. Nach der APSA sei es für Parteien, in einem effektiven politischen System, unter anderem entscheidend ein politisches Programm zu entwickeln, dieses solle die Richtung, welche die Parteien als mögliche Regierungsparteien einschlagen würden, beschreiben (vgl. APSA 1950: 15-16).

„The New Importance of Program. One of the most pressing requirements of contemporary politics is for the party in power to furnish a general kind of direction over the government as a whole. The crux of public affairs lies in the necessity for more effective formulation of general policies and programs and for better integration of all of the far-flung activities of modern Government“ (APSA 1950: 15-16).

Des Weiteren wird in dem Bericht der APSA darauf eingegangen, dass in einem effektiven Parteiensystem, Parteien in der Lage sein müssen, Programme, zu welchen sich die Parteien selbst verpflichtet haben, umzusetzen. Diese Parteiprogramme sollten ebenfalls das Arbeitsprogramm der jeweiligen Parteien darstellen (vgl. APSA 1950: 18).

„An effective party system requires, first, that the parties are able to bring forth programs to which they commit themselves and, second, that the parties possess sufficient internal cohesion to carry out these programs. In such a system, the party program becomes the work program of the party, so recognized by the party leaders in and out of the government, by the party body as a whole, and by the public“ (APSA 1950: 17-18).

In dem Grundlagenbericht von der APSA wird demnach die Wichtigkeit betont, dass Parteien Wahlprogramme vor Wahlen aufstellen, um Wähler*innen unterschiedliche Wahlmöglichkeiten anzubieten. Es wird die Idee präsentiert, dass Bürger*innen Parteien auf der Grundlage dieser Wahlprogramme in Wahlen ein Mandat erteilen und dass Parteien

nach einer Wahl genügend Disziplin besitzen müssen, um diese Wahlprogramme auch tatsächlich umzusetzen (vgl. Dalton et al. 2011: 5, Naurin 2001: 14).

3.2. Anthony Downs „An Economic Theory of Democracy“

Ein Grundlagenwerk der Mandatsmodellforschung ist von Anthony Downs „An Economic Theory of Democracy“ (1957). In diesem Werk präsentiert Downs eine formale Theorie über Parteien in repräsentativen Demokratien. Downs geht in dieser Arbeit von zwei Akteursgruppen aus, den politischen Parteien und den Wähler*innen. Parteien haben in repräsentativen Demokratien nach Downs das Ziel Regierungsämter zu erhalten, er beschreibt sie daher als sogenannte ‚office seekers‘. Wähler*innen haben nach Downs wiederum das Ziel eine Regierung zu haben, welche ihren Interessen entspricht, die sogenannten ‚policy seekers‘. Eine wichtige Grundannahme der Theorie Downs ist, dass Wähler*innen, nach seinem Verständnis, klar definierte politische Präferenzen besitzen. Diese Annahme über die politischen Präferenz und dem damit einhergehenden Informationsgrad, über welchen die Wähler*innen verfügen, wird von anderen theoretischen Ansätzen kritisiert (vgl. Naurin et al 2019: 3-4). Nach Downs formulieren Parteien Policies um Wahlen zu gewinnen, Wähler*innen werden sich für jene Partei entscheiden, mit welcher sie die meisten inhaltlichen Übereinstimmungen mit ihren eigenen Interessen erkennen. Damit die wahlgewinnende Partei ihre Chancen auf eine Wiederwahl erhöht, wird diese, nach Downs, versuchen, ihre versprochenen Policies umzusetzen. Die Wähler*innen bewerten nach Downs nicht nur zukünftige Versprechen, sondern auch die Vergangenheit und die bisherige Umsetzung von Wahlversprechen (vgl. Naurin et al. 2019: 3).

Im Folgenden wird die Theorie von Downs näher erläutert. Der Titel des Werks „An Economic Theory of Democracy“ (1957) geht auf die Annahme ein, dass diese Theorie, wie viele ökonomischen Theorien, auf der rationalen Entscheidungsfindung der einzelnen Akteure basiert (vgl Downs 1957: 4). Die Theorie die Downs in seinem Werk formuliert, basiert auf einer Vielzahl von Annahmen über das Verhalten von Individuen in einer Demokratie. So geht Downs von einer Regierung aus, welche eine so hoch Unterstützung wie möglich durch die Wähler*innen anstrebt. Diese Unterstützung der Regierung und der anderen Parteien wird in mehreren, regelmäßig stattfindenden Wahlen festgestellt. Das Ziel einer Regierungspartei sei in Wahlen die Wiederwahl für das Regierungsamt, Parteien der Opposition haben wiederum das Ziel in die Regierung zu kommen (vgl. Downs 1957: 11). Das Ergebnis einer Wahl führt nach den Annahmen Downs dazu, dass eine Partei, im Rahmen verfassungsrechtlicher Regeln, nach ihren eigenen Vorstellungen

3. Theoretische Überlegungen zur Mandatstheorie

regieren kann (vgl. Downs 1957: 12). Aus diesem Modell ergeben sich für Downs somit drei Hauptannahmen. Erstens geht er von einer demokratischen Struktur aus, dies hat zur Folge, dass eine Oppositionspartei in der Lage sein muss das Regierungsamt zu übernehmen. Zweitens, geht Downs von einer Atmosphäre der Unsicherheit aus, weder Parteien, noch Regierungen oder Wähler*innen sind allwissend und müssen mit einer gewissen Unsicherheit in die Zukunft blicken. Zuletzt geht das entworfene Modell davon aus, dass rationale Wähler*innen Entscheidungen treffen (vgl. Downs 1957: 20). Downs geht auch auf die Rolle von Parteien in diesem Modell ein und beschreibt diese als eine Koalition an Menschen, welche auf einem demokratischen Weg die Regierung kontrollieren wollen. Eine Koalition sei hierbei Individuen mit bestimmten Ähnlichkeiten (vgl. Downs 1957: 24). Genauer definiert Downs Parteien folgendermaßen:

„A party is a team of individuals seeking to control the governing apparatus by gaining office in an election. Its function in the division of labor is to formulate and carry out government policies whenever it succeeds in getting into power“
(Downs 1957: 34).

Auch das Verhalten von Wähler*innen wird in dem Modell Downs betrachtet. Wähler*innen agieren demnach auch auf der Basis von rationalen Entscheidungen. Daher entscheiden Wähler*innen sich in einer Wahl für jene Partei, die ihnen den größten Nutzen bringt. Diesen größten Nutzen erkennen, nach Downs, die Wähler*innen in einem direkten Vergleich der Parteien (vgl. Downs 1957: 38-39). Sein Modell überträgt Downs auch auf Mehrparteiensysteme. Für diese formuliert er eine weitere Bedingung, Wähler*innen entscheiden sich in Mehrparteiensystemen ebenfalls für jene Partei die ihnen den größten Nutzen bringt. Laut Downs wird diese Entscheidung der rationalen Wähler*innen aber durch die Betrachtung der Chancen einer Partei bei einer Wahl eingegrenzt. Demnach entscheiden sich Wähler*innen lediglich für eine Partei, wenn sie eine realistische Chance sehen, dass diese Partei Teil der Regierung wird. Diese Annahme basiert auf der Überlegung, dass Wähler*innen ihre Stimme nicht verschenken wollen (vgl. Downs 1957: 48). Downs schließt seine Arbeit mit einer Reihe an Thesen, welche sich aus seiner Theorie entwickeln. Für die vorliegende Forschungsarbeit ist besonders die vorletzte dieser Thesen interessant: „Proposition 24: Political parties tend to carry out as many of their promises as they can whenever they are elected“ (Downs 1957: 300). Eine Annahme über das Verhalten von Parteien in Regierungsverantwortung, welche in dieser Arbeit überprüft wird.

Das Werk „An Economic Theory of Democracy“ (1957) wird in verschiedenen Forschungs-

3.2. Anthony Downs „An Economic Theory of Democracy“

texten aufgegriffen und auch kritisch betrachtet. Brian M. Barry wirft in „Sociologist, Economists and Democracy“ (1970) einen kritischen Blick auf die Theorie Downs (vgl. Naurin et al. 2019: 3). David Robertson beschäftigt sich in „A Theory of Party Competition“ (1976) mit Parteien und deren Konkurrenz um Wähler*innenstimmen. Parteien stehen nach Robertson in Konkurrenz zueinander, da sie den Wähler*innen unterschiedliche Angebote machen (vgl. Robertson 1976: 2). Theoretische Grundlage für dieses Werk von Robertson ist ebenfalls die Theorie Downs (vgl. Robertson 1976: 23). Robertson kritisiert Downs Theorie als zu vereinfachend und führt hierfür vier Gründe an. Nach Robertson betrachtet Downs zu wenig Typen an unterschiedlichen Akteuren, die Struktur des Staates werde von Downs zu stark vereinfacht, ebenso die Motivation einiger Akteure und die Beschreibung der Wähler*innen (vgl. Robertson 1976: 31). Des Weiteren wird die Theorie des Mandatsmodells von Riker 1982 aufgegriffen und kritisiert. So könne zwar davon ausgegangen werden, dass in Wahlen abgebildet wird, was die inhaltlichen Interessen der Wähler*innen seien, Wahlen gäben dennoch ein sehr unscharfes Bild über den eigentlichen Wähler*innenwillen ab. Riker geht davon aus, dass keine Wahlmethode besteht, mit welcher sichergestellt werden kann, dass der Wille eines Volkes wirklich widerspiegelt werden könne. Wahlen gäben daher lediglich die Möglichkeit Amtsinhaber*innen aus Positionen zu entfernen (vgl. Naurin et al. 2019: 4). Strokes geht 1999 und 2001 sogar noch weiter und argumentiert, dass unter bestimmten Umständen Machthaber*innen die Aufgabe haben, ihre demokratischen Mandate zu verletzen. Strokes begründet dies mit Situationen, in welchen sich die Umstände oder die Voraussetzungen einer Regierungssituation zu der Situation vor der Wahl gravierend unterscheidet oder wenn Machthaber*innen Informationen besitzen zu welchen die Wähler*innen keinen Zugang haben (vgl. Naurin et al. 2019: 4). Die Idee der Verantwortung und der Rechenschaftspflicht im Mandatsmodell wird von Manin, Przeworski und Strokes 1999 ebenfalls als entscheidend für die Demokratie angesehen. Im Gegensatz zu Downs gehen die Autor*innen von diesem Werk jedoch davon aus, dass Regierungen nach dem besten Interesse für die Bürger*innen handeln sollten, hierbei wird die Einschränkung gemacht, dass Regierungen eben eher wüssten, was richtig für die Bürger*innen sei, als diese selbst (vgl. Naurin et al. 2019: 4).

Mit der Ausgestaltung des Handelns von Repräsentant*innen beschäftigt sich auch die Arbeit „The Concept of Representation“ (1967) von Hanna F. Pitkin. Pitkin definiert zwei Voraussetzungen für das Vorgehen von gewählten Repräsentant*innen. So wird definiert, dass Repräsentant*innen nicht nur als Boten der Wähler*innen tätig sein können, vielmehr muss ihnen die Möglichkeit gegeben werden selbstständig handeln zu können. Pitkin definiert weiters, dass Repräsentant*innen im Interesse der Repräsentierten handeln müssen (vgl. Praprotnik 2017b: 27-28). Die Überlegungen des Mandats nach Pitkin wird

3. Theoretische Überlegungen zur Mandatstheorie

demnach für gewählte Vertreter*innen weiter definiert, da sie nicht lediglich als Boten der Wähler*innen angesehen werden. Jedoch sind dem Handeln der Vertreter*innen Grenzen gesetzt, so können die Ideen des Mandats nicht verleugnet werden. Für Pitkin ergibt sich daher die folgende Definition der politischen Repräsentation:

„[...] that political representation is, in fact, representation, particularly in the sense of ‘acting for, and that this must be understood at the public level. The representative system must look after the public interest and be responsive to public opinion, except insofar as non-responsiveness can be justified in terms of the public interest“ (Pitkin 1967: 224).

3.3. Die Mandatstheorie

Die Mandatstheorie ist ein politikwissenschaftlicher Ansatz, welcher versucht den Zusammenhang von den Wahlentscheidungen der Wähler*innen und dem politischen Mandat von Parteien nachzuvollziehen. In einem demokratischen Prozess erteilen demnach Wähler*innen durch eine Entscheidung für eine Partei oder einen*r Kandidat*in dieser*m ein Mandat. Wähler*innen wählen, nach der Mandatstheorie, somit Parteien aufgrund ihrer jeweiligen Policy-Vorhaben, welche diese in der Zukunft umsetzen wollen. Das Interesse der Wähler*innen, dass diese Policy-Vorhaben, die Wahlversprechen, der Parteien eingehalten werden, sei somit groß. Das Verständnis ist, dass Wähler*innen, auf dieser Grundlage, Parteien in Wahlen bestrafen oder belohnen (vgl. Ferguson 2012: 2-3). Die Mandatstheorie muss somit als eine Demokratietheorie verstanden werden, welche die Funktionsweisen einer Demokratie zu erklären versucht. Die Grundlagen der Mandatstheorie stammen aus zwei anderen Demokratietheorien, dem ‚retrospective voting‘ und dem ‚prospective voting‘. Die Theorie des ‚retrospective voting‘ geht davon aus, dass bei einer Wahl Wähler*innen die Leistung der bestehenden Regierung bewerten, indem in einer Wahl für oder gegen die Regierung gestimmt wird (vgl. Ferguson 2012: 16). Die Theorie des ‚prospective voting‘ geht wiederum von Wähler*innen aus, die Kandidat*innen wählen, von denen diese denken, sie werden sich im Regierungsamt richtig verhalten. Die Mandatstheorie nimmt sowohl Aspekte der ‚retrospective voting theory‘ auf als auch der ‚prospective voting theory‘. Es wird sowohl darauf geachtet wie Parteien sich Verhalten, aber auch welche Wahlversprechen Parteien einhalten und welche Wahlversprechen nicht eingehalten werden (vgl. Ferguson 2012: 17).

In der Mandatstheorie werden die Wähler*innen und die Parteien in einem Wahlkampf näher betrachtet. Der Wahlkampf und die Wahl stellen hierbei die Bühne für die Beziehung

und die Kommunikation zwischen diesen beiden Gruppen dar. In Wahlen wird durch die Wähler*innen eine bestimmte Policy gewählt, die Wahlbevölkerung entscheidet sich für ein bestimmtes politisches Programm (vgl. Manin et al. 1999: 29). Entscheidend für diese Wahl ist das Stattfinden eines informativen Wahlkampfs, bei welchem die Wähler*innen die Überzeugung besitzen, dass Parteien und Kandidat*innen abgegebene Wahlversprechen umsetzen und das gewählte Mandat die beste Alternative für die Wähler*innen darstellt (vgl. Manin et al. 1999: 30).

Entscheidend für einen erfolgreichen Wahlkampf ist somit das Verhalten der Parteien. Diese haben nach der Mandatstheorie in einem Wahlkampf die Aufgabe die Wähler*innen über ihre politischen Absichten zu informieren (vgl. Manin et al. 1999: 30-33). Damit die Wähler*innen eine Wahlentscheidung treffen können, müssen sich die politischen Programme der Parteien voneinander unterscheiden. Eine Differenzierbarkeit des Angebots der einzelnen Parteien ist somit eine wichtige Grundannahme der Mandatstheorie. Wähler*innen muss es möglich sein sich für unterschiedliche Programme entscheiden zu können. Mithilfe von diesen Wahlprogrammen bewerben sich die Parteien bei den Wähler*innen (vgl. Praprotnik 2017b: 33). Die Summe all dieser abgegebenen Wahlversprechen ergeben das Mandat einer Partei. Dieses Mandat kann somit auch als die Summe aller abgegebenen und überprüfbaren Wahlversprechen angesehen werden (vgl. Praprotnik 2017b: 20). Entscheidend bei der Betrachtung des Verhaltens der Parteien, nach der Mandatstheorie, ist die Vorgehensweise dieser nach einer Wahl, besonders nach einem Wahlsieg. Parteien setzen nach dieser Annahme ihre Wahlversprechen nach einer erfolgreichen Wahl tatsächlich um (vgl. Naurin 2011: 15-16). Gewählte Parteien nehmen somit ihren Wahlauftrag wahr und setzen ihre Wahlprogramme in einer Regierungsperiode um (vgl. Praprotnik 2017b: 34). Hier kann auch der Unterschied zu nicht gewählten Parteien beobachtet werden, diese seien nämlich nicht in der Lage ihre Wahlversprechen umzusetzen (vgl. Ferguson 2012: 20).

Zuletzt muss in der Mandatstheorie das Verhalten der Wähler*innen betrachtet werden. Hierbei besteht die Annahme, dass sich die Wähler*innen über die politischen Programme der verschiedenen Parteien informieren und diese Inhalte miteinander vergleichen. Das Ergebnis aus diesen Informationsprozessen sei für die Wahlentscheidungen der Wähler*innen ausschlaggebend. Wähler*innen entscheiden sich für jene Partei, welche Inhalte vertritt, welche die größte Übereinstimmung mit ihren eigenen Vorstellungen besitzen (vgl. Praprotnik 2017b: 34). Wichtig für das Verständnis der Mandatstheorie ist, dass die Entscheidungen der Wähler*innen nicht zwischen Kandidat*innen oder Parteien stattfinden, sondern zwischen den Programmen der Kandidat*innen und der Parteien. Wahlsieger einer Wahl ist demnach ein Wahlprogramm oder mehrere Wahlprogramme in

3. Theoretische Überlegungen zur Mandatstheorie

einem Mehrparteiensystemen. Die Partei mit diesem Wahlprogramm bekommt durch eine gewonnene Wahl das Mandat dieses Programm umzusetzen (vgl. Ferguson 2012: 16). Das Mandatsmodell bezieht Wähler*innen direkt zu Beginn des demokratischen Prozess in den Repräsentationsprozess mit ein. Durch Wahlen teilen die Wähler*innen mit, welche politischen Maßnahmen sie von der zukünftigen Regierung erwarten (vgl. Naurin 2011: 13).

Bei der Mandatstheorie können jedoch aus einem realitätsnahen Blickwinkel Einschränkungen festgestellt werden. So muss es als unrealistisch angesehen werden, dass Parteien alle im Wahlkampf angesprochenen Themen und abgegeben Wahlversprechen umsetzen können. Praprotnik sieht ein solches Verhalten jedoch nicht als eine grundlegende Verletzung der Mandatstheorie an (vgl. Praprotnik 2017b: 35). Des Weiteren beschäftigen sich Forscher*innen mit Gründen, welche die Nichtumsetzung von Wahlversprechen erklären können. Hier können als Gründe zum einen nicht vorhersehbare Ereignisse genannt werden. In diese Kategorie fallen Naturkatastrophen, Pandemien oder starke Veränderungen der inhaltlichen Positionen von Wähler*innen, dies kann zu einer Veränderung der Prioritäten von gewählten Parteien führen (vgl. Praprotnik 2017b: 35). Weitere Gründe für eine Nichteinhaltung von Wahlversprechen können bestehende institutionelle Rahmenbedingungen, der Inhalt von einzelnen Wahlversprechen oder die Anzahl der verfügbaren Ressourcen sein (vgl. Praprotnik 2017b: 36). Eine Nichtumsetzung von Wahlversprechen kann daher nach Praprotnik nicht mit einer Dysfunktionalität der repräsentativen, demokratischen Systemen gleichgesetzt werden (vgl. Praprotnik 2017b: 37).

3.4. Hypothesen

Das Ziel dieser Forschungsarbeit ist eine empirische Studie über die Mandatstheorie. Durch eine solche Analyse können Einblicke in das Verhalten der Wähler*innen und Parteien gewonnen werden. Das Ergebnis ist ein tieferes Verständnis über die zentralen Akteure in dem politischen Prozess und eine gründliche Beschreibung eines Teils des demokratischen Prozesses (vgl. Praprotnik 2017b: 38). Des Weiteren kann durch die Nutzung der Mandatstheorie die Forschungsfrage, welche nach den Einflussfaktoren für die Umsetzung von Wahlversprechen fragt, untersucht werden. In den folgenden Absätzen der Forschungsarbeit werden die zu untersuchenden Hypothesen vorgestellt und abgebildet.

Die erste Hypothese, welche untersucht werden soll, bezieht sich auf die Unterschiede zwischen abgegebenen Wahlversprechen in den Wahlprogrammen und den Vorhaben in Koalitionsabkommen. Es sollen die Auswirkungen von Wahlversprechen betrachtet werden,

welche nicht in einen Koalitionsvertrag aufgenommen werden. Durch die Betrachtung der bestehenden Forschungsliteratur wird deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen in Koalitionsregierungen geringer ist als in Einparteienregierungen (vgl. Praprotnik 2017b: 235, Royed et al. 2019: 302, Thomson 2001: 185). Eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen von Koalitionen ist das Abschließen eines Koalitionsvertrags zwischen den Regierungsparteien. In bisherigen Forschungsergebnissen wird davon ausgegangen, dass Wahlversprechen, welche in einem Koalitionsvertrag niedergeschrieben werden, eher umgesetzt werden, als jene Wahlversprechen die nicht Teil eines gemeinsamen Koalitionsvertrags werden (vgl. Praprotnik 2015: 10, 2017a: 856, 2017b: 240, Royed et al. 2019: 303, Thomson 2001: 188). In dieser Forschungsarbeit soll dieser Umstand erneut betrachtet werden, hierfür wird die Betrachtung eines neuen Einzelfalls herangezogen, welcher diese Frage beantworten soll. Werden lediglich Wahlversprechen umgesetzt, welche in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden, oder setzen Parteien ebenfalls Versprechen um, die nicht im Koalitionsvertrag stehen? Diese Überlegungen werden in Hypothese 1 zusammengefasst:

Hypothese 1 *Wahlversprechen, die in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden, werden eher umgesetzt als Wahlversprechen, die nicht aufgenommen wurden.*

Die zweite zu testende Hypothese untersucht bereits bestehende Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen des Besitzes des Amtes des*der Regierungschef*in/Kanzler*in auf die Umsetzung von Wahlversprechen neu. Es existieren hierzu widersprüchliche Ergebnisse. So gehen manche Studien von bestehenden Unterschieden in der erfolgreichen Umsetzung aus und sehen bei Kanzlerparteien eine größere Wahrscheinlichkeit in der Umsetzung von Wahlversprechen (vgl. Royed et al. 2019: 303). Andere Studien sehen keine Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung zwischen der Kanzlerpartei und den Koalitionspartnern (vgl. Praprotnik 2015: 10, 2017a: 856, 2017b: 242). Forschungsergebnisse zur Umsetzung von Wahlversprechen in Österreich legen nahe, dass das Stellen der*des Regierungschef*in die Wahrscheinlichkeit steigt mit welcher Parteien Wahlversprechen erfüllen, nicht verändert (vgl. Praprotnik 2015: 10). Da andere Studien in anderen Staaten zu widersprüchlichen Ergebnissen kommen, einen Einfluss durch den Besitz des Amtes des*der Regierungschef*in sehen (vgl. Royed et al. 2019: 303), bleibt die Frage nach dem Einfluss der Kanzlerpartei ungeklärt. Ausgehend von der Studie der Bertelsmann Stiftung, welche mehr umgesetzte Versprechen aus dem Koalitionsvertrag bei der SPD sieht (vgl. Vehrkamp, Matthieß 2019: 15) wird daher folgende zweite Hypothese untersucht und dadurch weitere Forschungsergebnisse generiert:

3. Theoretische Überlegungen zur Mandatstheorie

Hypothese 2 *Die Partei mit Besitz des Kanzleramts setzt weniger Wahlversprechen um als der Koalitionspartner.*

Mit Hilfe der dritten Hypothese soll die Auswirkung der Kontrolle des betreffenden Ministeriums für die Umsetzung eines Wahlversprechens durch Parteien analysiert werden. Es geht hierbei um die Frage, ob ein Wahlversprechen einer Partei, welches inhaltlich in ein bestimmtes Ministerium fällt und dieses Ministerium zusätzlich von dieser Partei kontrolliert wird, eine Auswirkung auf die Wahrscheinlichkeit hat, mit welcher dieses Wahlversprechen erfüllt wird. Auch hierzu bestehen bereits widersprüchliche Forschungsergebnisse aus unterschiedlichen Studien, ob dies eine positive Auswirkung auf die Umsetzung besitzt (vgl. Praprotnik 2017a: 856, 2017b: 240, Thomson 2011: 185) oder keine Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit hat mit welcher Wahlversprechen umgesetzt werden (vgl. Praprotnik 2015: 10). Die Frage, ob der Besitz oder die Kontrolle eines Ministeriums in einer Koalitionsregierung einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit hat, mit welcher ein Wahlversprechen umgesetzt wird, bleibt somit offen. Die Hypothese 3 der Forschungsarbeit heißt daher:

Hypothese 3 *Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlversprechen erfüllt wird, ist größer, wenn die betreffende Partei, welche das Wahlversprechen formuliert, das entsprechende Ministerium kontrolliert.*

3.5. Zusammenfassung

Die empirische Überprüfung der Mandatstheorie und die Testung der Hypothesen anhand eines neuen Einzelfalls der Regierungsperiode der CDU/CSU und der SPD zwischen 2018 bis 2021 ermöglicht es bestehende ‚conflicting findings‘ in der Forschungsliteratur an diesem neuen Fall zu überprüfen. Bei der Testung der Umsetzung von Wahlversprechen handelt es sich aus demokratietheoretischer Sicht um die Betrachtung einer wichtigen Annahme über demokratische Prozesse. Des Weiteren sind die Ergebnisse über die Umsetzung von Wahlversprechen auch für Parteien und besonders für Wähler*innen von großem Interesse.

4. Methodisches Vorgehen

In dem folgenden Kapitel wird das methodische Vorgehen der Forschungsarbeit dargelegt, hierfür werden die Überlegungen und Verfahrensweisen, auf welchen die Arbeit basiert, erläutert. Das verwendete Vorgehen wurde gewählt, da auf diese Weise eine Überprüfung der Mandatstheorie möglich ist. In einem ersten Schritt wird auf die Fallauswahl der Arbeit eingegangen, in einem zweiten Schritt wird die Datenerhebung der Forschungsarbeit veranschaulicht. Der dritte Abschnitt des Kapitels widmet sich der Datenauswertung und behandelt die statistischen Tests und Methoden, welche die Grundlage der Analyse bilden.

4.1. Fallauswahl

In dieser Forschungsarbeit wird die Umsetzung von Wahlversprechen in der Regierungsperiode von 2018 bis 2021 in Deutschland, durch die beiden Regierungsparteien und Koalitionspartner CDU/CSU und SPD, auch bezeichnet als das Kabinett Merkel IV, untersucht (siehe Tabelle 4.1).

Das betrachtete Wahlprogramm der Union wurde am 3. Juli 2017 vorgestellt und unter dem Titel „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2018“ veröffentlicht (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg o.J.-a). Das Wahlprogramm der CDU/CSU ist 75 Seiten lang und unterteilt sich in verschiedene inhaltliche Abschnitte (vgl. CDU/CSU 2017). Im Inhaltsverzeichnis des Wahlprogramms werden zusätzlich zu einleitenden Kapiteln und einem Wahlauf Ruf neun Themenfelder an Wahlversprechen vorgestellt. Diese lauten: „Gute Arbeit auch für morgen - Vollbeschäftigung für Deutschland“, „Familie und Kinder im Mittelpunkt“, „Gleichwertige

Tabelle 4.1.: Große Koalition - Merkel IV (eigene Darstellung)

Regierung	Zeitraum	Koalitionspartner	Sitzverteilung	%
Merkel IV	14.03.2018 - 08.12.2021	Union	246	34,7
		SPD	153	21,6

4. Methodisches Vorgehen

Lebensverhältnisse in ganz Deutschland“, „Wohlstand und Lebensqualität“, „Chancen im digitalen Zeitalter“, „Europa: Mit Sicherheit!“, „Sicherheit im Inneren und nach außen“, „Gutes Klima auch für morgen“ und „Was unser Land zusammenhält“ (CDU/CSU 2017: 1-3). Den meisten Platz räumt das Wahlprogramm dem Kapitel „Wohlstand und Lebensqualität“ ein (vgl. CDU/CSU 2017: 2).

Das Wahlprogramm der SPD wurde auf einem Parteitag in Dortmund am 25. Juni 2017 beschlossen. Unter dem Titel „Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland“ veröffentlichte die SPD ein deutlich längeres Wahlprogramm als die Union (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg o.J.-b). Auf über 100 Seiten behandelt die SPD ein breites Themenspektrum (vgl. SPD 2017). Angesprochen werden verschiedenste Themen wie Gerechtigkeit, Familienpolitik, Ausbildungschancen, Arbeitsplatzsicherheit, Wirtschaftliche Entwicklungen, Migrationspolitik und Weitere. (vgl. SPD 2017: 5).

Die Bundestagswahl 2017 führte zu dem folgenden Wahlergebnis für die daraus entstehende Bundesregierung; die CDU erreichte 26,8 Prozent der Stimmen, die CSU 6,2 Prozent und die SPD 20,5 Prozent (vgl. Bundeswahlleiterin 2017). Dies bedeutet sowohl für die Union als auch für die SPD starke Verluste im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 (vgl. Saalfeld et al. 2019: 517). Die Sitzverteilung des 19. Deutschen Bundestags brachte für die CDU daher 200 Sitze, für die CSU 46 Sitze und für die SPD 153 Sitze ein. Die Bundesregierung belegte somit 399 der 709 (56,28 %) Sitze im Bundestag (vgl. Der Bundeswahlleiter 2018). Der Koalitionsvertrag zwischen der CDU/CSU und der SPD wurde am 12. März 2018 unterschrieben und war die Voraussetzung für das vierte Kabinett unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (vgl. Saalfeld et al. 2019: 513-514).

In diesem Bundeskabinett verteilten die Koalitionspartner die Ministerien wie folgt untereinander (siehe Tabelle 4.2). Die CDU übernahm das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Verteidigung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesministerium für Gesundheit. Die CSU übernahm die Leitung des Bundesministeriums für Inneres, Bau und Heimat, des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die SPD leitete insgesamt sechs Ministerien, hierzu gehören das Bundesministerium für Auswärtiges, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (vgl. Deutsch-

landfunk 2018). Damit kontrollierte die Union neun Ressorts und die SPD sechs Ressorts.

Tabelle 4.2.: Parteien und ihre Ressorts (eigene Darstellung)

Ressort	Kontrollierende Partei
Arbeit und Soziales	SPD
Auswärtiges Amt	SPD
Bildung und Forschung	Union
Bundeskanzleramt	Union
Ernährung und Landwirtschaft	Union
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	SPD
Finanzen	SPD
Gesundheit	Union
Inneres, Bau und Heimat	Union
Justiz und Verbraucherschutz	SPD
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	SPD
Verkehr und digitale Infrastruktur	Union
Verteidigung	Union
Wirtschaft und Energie	Union
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Union

Diese Fallauswahl ist aus zwei Gründen eine Erweiterung des bestehenden Forschungsfelds. So handelt es sich erstens um die Betrachtung eines Falles, welcher bis zum jetzigen Zeitpunkt von der Forschung noch nicht untersucht worden ist. Diese originäre Datenanalyse wird somit das untersuchte Themenfeld erweitern. Zweitens helfen die neu erhobenen Daten dabei, bestehende ‚conflicting findings‘ anhand eines neuen Falls zu untersuchen und aufzulösen.

4.2. Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgt mithilfe der Wahlprogramme der Regierungsparteien. Hierfür wird das Wahlprogramm der CDU/CSU „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021“ (2017) und das Wahlprogramm der SPD „Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland“ (2017) quantitativ analysiert. Die Datenerhebung erfolgt in mehreren Schritten, welche in dem Unterkapitel 4.2.1 „Codierung der Wahlverspreche“ und dem Unterkapitel 4.2.2 „Recherche der Umsetzung der Wahlversprechen“ beschrieben werden.

Eine Erleichterung in der Datenerhebung der Forschungsarbeit wird durch die Ver-

4. Methodisches Vorgehen

wendung einer Studie der Bertelsmann Stiftung erreicht. Es handelt sich um die Studie „Besser als ihr Ruf. Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018“ (2019) und die Fortsetzung dieser, durch den Artikel „Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21“ (2021b) von Robert Vehrkamp und Theres Matthieß.

In dieser Studie werden die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Vorhaben untersucht. Gleichzeitig wird durch eine Umfrage die Differenz zwischen tatsächlichem und wahrgenommenem Erfüllungsstatus der Koalitionsvorhaben untersucht, durch eine zusätzliche Expert*innenbefragung soll die politische Wichtigkeit der einzelnen Koalitionsvorhaben beleuchtet werden (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 4). Die Studie der Bertelsmann Stiftung zählt 294 Vorhaben im Koalitionsvertrag. Von diesen 294 Vorhaben wurden, in der Regierungsperiode von 2018 bis 2021, 214 Vorhaben vollständig umgesetzt, 15 Versprechen wurden teilweise umgesetzt und 64 Vorhaben wurden nicht umgesetzt (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 1). Die Studie gibt der Regierung eine gute Bilanz und vergleicht die Erfüllungsquote von 73 Prozent mit der des vorherigen Koalitionsvertrages von 2013, bei diesem wurden 64 Prozent der Versprechen im Koalitionsvertrag umgesetzt (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 3). Interessant ist auch die Verteilung der Versprechen auf die Koalitionspartner, so sind 117 der Versprechen der SPD zuzuordnen und 77 der CDU/CSU. Daraus schließen die Autor*innen einen von der SPD stärker beeinflussten Koalitionsvertrag, diese Erkenntnis bestätigt sich jedoch nicht bei der tatsächlichen Umsetzung der Versprechen (vgl. Vehrkamp, Matthieß 2021b: 6). Für diese Forschungsarbeit ist des Weiteren die Verteilung der Versprechen über die einzelnen Ressorts interessant. Die Versprechen verteilen sich im Koalitionsvertrag wie folgt: 49 Versprechen fallen in das Ressort Inneres, Bau und Heimat, 33 Versprechen in das Ressort Arbeit und Soziales, 32 Versprechen in das Ressort Gesundheit, 29 Versprechen in das Ressort Justiz und Verbraucherschutz, 28 in das Ressort Verkehr und digitale Infrastruktur, 27 in das Ressort Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, sieben in den Bereich Kultur, sieben in das Ressort Wirtschaft und Energie, fünf in das Ressort wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zwei in das Ressort des Auswärtigen Amtes (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 6-7).

Die Ergebnisse dieser Studie sind wertvoll für diese Forschungsarbeit, da sie den Datenerhebungsprozess erleichtert. Der Untersuchungsgegenstand der Studie der Bertelsmann Stiftung ist jedoch klar von dieser Forschungsarbeit abgrenzbar, da Vehrkamp und Matthieß den Koalitionsvertrag als Datengrundlage nutzen, während in dieser Forschungsarbeit sich die Datengrundlage aus den Wahlprogrammen und den darin abgebenden Wahlversprechen ergibt. Wie die Ergebnisse der Studie der Bertelsmann Stiftung verwendet

werden, wird im Folgenden näher beschrieben.

4.2.1. Codierung der Wahlversprechen

In einem ersten Schritt werden alle in den beiden Wahlprogrammen abgegebenen Wahlversprechen der beiden Parteien identifiziert. Da die Forschungsarbeit die Ergebnisse einer durch die Bertelsmann Stiftung durchgeführten Studien nutzt, wird dasselbe Verfahren angewendet, um die Wahlversprechen festzuhalten. Als Versprechen wurden in der Studie der Bertelsmann Stiftung Aussagen identifiziert, welcher der folgenden Definition entsprechen: „[...] Statements, die eine Zusage zur Durchführung einer Handlung oder zu einer Zielerreichung enthalten. Ebenso sind direkte Ziel- und Handlungsankündigungen als Versprechen zu werten“ (Vehrkamp & Matthieß 2019: 91). Auf diese Weise wurden im Wahlprogramm der CDU/CSU 288 Wahlversprechen identifiziert, im Wahlprogramm der SPD 578.

In einem zweiten Schritt des Codierens, werden die erhobenen Wahlversprechen unterteilt in ‚harte‘ Wahlversprechen, ‚weiche‘ Wahlversprechen und rhetorische Zusagen. Auch hierfür wird das Vorgehen der Studie der Bertelsmann Stiftung genutzt. So werden in dieser ‚harte‘ Versprechen definiert als: „[...] konkret formulierte Maßnahmen oder eindeutig bestimmte Ziele [...]“ (Vehrkamp & Matthieß 2019: 92). Dies bedeutet für die Recherche dieser ‚harten‘ Wahlversprechen, dass bei der Erfüllung der Wahlversprechen kein Interpretationsspielraum besteht, ob die Umsetzung tatsächlich erreicht wurde (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 92). Diese ‚harten‘ Wahlversprechen stehen sogenannte ‚weiche‘ Wahlversprechen und rhetorische Zusagen gegenüber. Unter ‚weichen‘ Wahlversprechen können jene Versprechen verstanden werden, deren Umsetzung theoretisch überprüfbar ist, der Interpretationsspielraum ist hierbei jedoch zu groß um zu einem eindeutigen Ergebnis zu kommen. Rhetorische Zusagen sind allgemeinere Aussagen (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 92). Jene Wahlversprechen die als ‚weiches‘ Wahlversprechen oder als rhetorische Zusage codiert wurden, werden nicht in die Analyse mit aufgenommen, da die empirische Überprüfung im Rahmen dieser Arbeit nicht leistbar ist. Durch diese Vorgehensweise wurden 365 ‚harte‘ Wahlversprechen in den Wahlprogrammen identifiziert. Von diesen Wahlversprechen können 123 der CDU/CSU zugeordnet werden und 242 der SPD.

In dem dritten Schritt des Codieren wird der Inhalt der einzelnen Wahlversprechen zusammengefasst. Das Ziel ist dabei eine Dokumentation, mithilfe welcher der Inhalt

4. Methodisches Vorgehen

der Wahlversprechen schnell erkennbar ist. Dies ist entscheidend, um Wiederholungen innerhalb der einzelnen Wahlprogrammen und Widersprüche oder Übereinstimmungen zwischen den Wahlprogrammen der beiden Parteien feststellen zu können.

In einem vierten Codierungsschritt werden die Charakteristika der Wahlversprechen festgehalten. Hierfür werden die einzelnen Wahlversprechen erst unterteilt in Wahlversprechen, welche eine Maßnahme ankündigen und jene Wahlversprechen, welche ein Ziel ankündigen. In einem zweiten Schritt wird daraufhin festgestellt, ob die jeweiligen Wahlversprechen Änderungen versprechen oder durch sie am Status Quo festgehalten werden soll (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 92).

In einem fünften Schritt weicht die Codierung der Wahlversprechen von dem Vorgehen der Bertelsmann Stiftung Studie ab. In diesem Schritt werden die einzelnen Wahlversprechen den unterschiedlichen Ressorts/Ministerien der Regierung zugeordnet. Hierfür wird der Inhalt eines Wahlversprechens betrachtet, die Thematik festgelegt und das Wahlversprechen daraufhin dem passenden Ministerium zugeordnet. Um diese Zuordnung vornehmen zu können, wurden die Aufgabengebiete der einzelnen Ministerien betrachtet.

4.2.2. Recherche der Umsetzung der Wahlversprechen

Der nächste Schritt der Datenerhebung ist die tatsächliche Recherche der Umsetzung der einzelnen Wahlversprechen. Hierfür werden drei verschiedene Kategorien gebildet. Ein Wahlversprechen kann demnach ‚voll erfüllt‘, ‚nicht erfüllt‘ oder ‚teilweise erfüllt‘ sein. Als ‚voll erfüllt‘ gilt ein Wahlversprechen dann, wenn dieses, wie im Wahlprogramm formuliert, erfüllt wurde. Als ‚nicht erfüllt‘ gilt ein Wahlversprechen, wenn keine Anstrengungen unternommen wurden, um das Ziel oder die Maßnahme zu erreichen. Als ‚teilweise erfüllt‘ gilt ein Wahlversprechen, wenn Anstrengungen zur Erfüllung unternommen wurden, das Ziel aber nicht vollständig umgesetzt werden konnte (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 92). Um den Erfüllungszustand der Wahlversprechen feststellen zu können, werden zahlreiche Quellen herangezogen.

In der Recherche der Umsetzung der ‚harten‘ Wahlversprechen zeigt sich der Nutzen der Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung Studie. So werden in einem ersten Schritt die gesammelten Wahlversprechen aus den beiden Wahlprogrammen mit den Versprechen des Koalitionsvertrags, erhoben durch die Studie von Vehrkamp und Matthieß, abgeglichen. Auf diesem Weg wird der Erfüllungszustand von 65 Wahlversprechen von den Daten der

Studie der Bertelsmann Stiftung übernommen. Die Rechercheergebnisse von Vehrkamp und Matthieß und die Kategorisierung der Versprechen werden hierbei übernommen und nicht zusätzlich recherchiert.

Die restlichen 300 ‚harten‘ Wahlversprechen werden mithilfe einer qualitativen Recherche auf die Umsetzung überprüft. Hierfür muss jedes einzelne Wahlversprechen recherchiert werden, um den jeweiligen Erfüllungszustand feststellen zu können. Häufig verwendete Quellen sind dabei Pressemitteilungen der einzelnen Ministerien, Plenarprotokolle des Bundestags, Anfragen der Parteien an die Bundesregierung, der Bundeshaushalt, verschiedene Bundesgesetze, Artikel verschiedener NGOs und Nachrichtenartikel aus Zeitungen. Um diesen Codierungsvorgang besser nachvollziehen zu können, wird der Vorgang anhand von mehreren Wahlversprechen dargestellt. Hierbei wird eine Varianz der erhobenen Wahlversprechen aufgezeigt, aber auch die Varianz in der Codierung dieser Wahlversprechen. Im Folgenden wird daher die Codierung von Wahlversprechen mit den Ausprägungen ‚hartes‘ Wahlversprechen, Änderungsversprechen, Status Quo Versprechen und Versprechen, welche ‚voll erfüllt‘, ‚teilweise erfüllt‘ und ‚nicht erfüllt‘ wurden, aufgezeigt. Des Weiteren sollen Wiederholungen von Wahlversprechen in Wahlprogrammen, Übereinstimmungen und Widersprüche, die durch den Codierungsvorgang zwischen den beiden Wahlprogrammen erhoben wurden, dargestellt werden.

Zu Beginn wird der Codierungsvorgang anhand eines Wahlversprechen der SPD aufgezeigt. Der Wortlaut dieses Wahlversprechens ist: „Junge Menschen sollen demokratisch mitentscheiden. Wir wollen das Wahlalter bei Bundestagswahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre absenken“ (SPD 2017: 12). Es handelt sich bei diesem Wahlversprechen um ein ‚hartes‘ Wahlversprechen, da ein klares, überprüfbares Ziel formuliert wird. Der Inhalt dieses Wahlversprechens wird in dem nächsten Schritt in der folgenden Aussage zusammengefasst: ‚Senkung des Wahlalters bei der Bundestagswahl und Wahl des Europäischen Parlaments auf 16 Jahre.‘ Dieser Schritt ist wichtig, um mögliche Wiederholungen des Wahlversprechens an anderer Stelle im Wahlprogramm zu finden, dies ist bei diesem Wahlversprechen jedoch nicht der Fall. In dem vierten Codierungsschritt wird die Charakteristika des Wahlversprechens festgehalten. Es handelt sich hier um ein Zielversprechen, da ein Ziel, welches erreicht werden soll, formuliert wird. Des Weiteren muss festgestellt werden, ob das Wahlversprechen eine Änderung verspricht oder die Beibehaltung des Status Quo zum Ziel hat. In diesem Fall handelt es sich um ein Änderungsversprechen, da mit der Erreichung des Ziels eine Veränderung der Gesetzeslage erreicht werden würde. Daraufhin wird das Wahlversprechen in dem fünften

4. Methodisches Vorgehen

Schritt dem jeweiligen Ressort zugeordnet, hier handelt es sich um ein Wahlversprechen des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz. Darauf wird der Erfüllungszustand des Wahlversprechens recherchiert. Dieses Wahlversprechen der SPD wurde nicht erfüllt, da: „Das Wahlalter wurde in der betreffenden Regierungsperiode weder für die Bundestagswahl noch für die Europawahl auf 16 Jahre gesenkt. Die Senkung des Wahlalters der Europawahl wurde erst in der 20. Legislaturperiode bestimmt“. Diese Information ist auf der Website der Bundeswahlleiterin zu finden (vgl. Die Bundeswahlleiterin 2023).

In einem zweiten Schritt wird nun der Codierungsvorgang anhand eines Wahlversprechens der CDU/CSU aufgezeigt. Im Wahlprogramm der Union ist folgendes Wahlversprechen zu finden: „Digitalisierung ist Chefsache. Deshalb wird im Bundeskanzleramt die Position eines „Staatsminister für Digitalpolitik“ neu geschaffen“ (CDU/CSU 2017: 49). Es handelt sich bei diesem Wahlversprechen ebenfalls um ein ‚hartes‘ Wahlversprechen, da ein klares und überprüfbares Ziel beschrieben wird. Der nächste Schritt des Codierens ist das Zusammenfassen des Inhalts, das Wahlversprechen wird zur folgenden Aussage zusammengefasst: „Schaffung des Staatsministers für Digitalpolitik.“ Auch in diesem Fall handelt es sich um kein Wahlversprechen, welches an anderer Stelle im Wahlprogramm wiederholt wird. In dem vierten Codierungsschritt wird die Charakteristika des Wahlversprechens festgehalten. Es handelt sich bei diesem Wahlversprechen der CDU/CSU um ein Zielversprechen, welches eine Veränderung anstrebt. Das Wahlversprechen wird daraufhin dem passenden Ministerium zugeordnet, dies ist das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Darauf wird der Erfüllungszustand des Wahlversprechens recherchiert. Dieses Wahlversprechen der CDU/CSU wurde erfüllt, da: „In der Regierungsperiode wurde das Amt der Staatsministerin für Digitalisierung geschaffen, welches von Dorothee Bär übernommen wurde.“ Diese Information wurde durch eine Mitteilung des neu gegründeten Staatsministeriums veröffentlicht (vgl. Staatsministerium für Digitalisierung o.J.).

Das Ziel dieses Abschnittes ist es, den Codierungsvorgang bei einem Wahlversprechen aufzuzeigen, welches als ‚teilweise erfüllt‘ codiert wurde. Hierfür wird folgendes Wahlversprechen der SPD herangezogen: „Für Projekte, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert werden, wollen wir die Programmpauschale (Overhead) auch nach 2020 fortführen“ (SPD 2017: 33). Bei diesem Wahlversprechen handelt es sich um ein ‚hartes‘ Wahlversprechen. Das Wahlversprechen wird in dem nächsten Codierungsschritt zur folgenden Aussage zusammengefasst: „Fortführung der Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft“. Dieses Wahlversprechen wird an keiner anderen Stelle im Wahlprogramm der SPD erwähnt. Es handelt sich des Weiteren bei dem Wahlverspre-

chen ebenfalls um ein Zielversprechen, jedoch wird keine Veränderung angestrebt, sondern der bestehende Status soll erhalten bleiben, demnach ein Status Quo Versprechen. Das Wahlversprechen wird in dem nächsten Codierungsschritt dem Ministerium für Bildung und Forschung zugeordnet. Der Erfüllungszustand dieses Wahlversprechens wird als ‚teilweise erfüllt‘ codiert, da die Programmpauschale, zwar anders als in dem Wahlversprechen angestrebt, abgeschafft wurde, die Förderung wird jedoch in den intentionellen Haushalt der DFG übergeführt. Veröffentlicht wurde diese Information durch das Ministerium selbst (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung o.J.).

In diesem Abschnitt wird das folgende Wahlversprechen: „In einem ersten Schritt werden wir das Kindergeld um 25 Euro je Kind erhöhen. 300 Euro mehr pro Kind und Jahr sind ein starkes Signal“ (CDU/CSU 2017: 25) der Union codiert. Bei diesem Wahlversprechen handelt es sich um ein ‚hartes‘ Wahlversprechen, welches in die folgende Aussage zusammengefasst werden kann: „Erhöhung des Kindergelds pro Kind um 25 Euro.“ Dieses Maßnahmeversprechen wird im Wahlprogramm der Union auf Seite 33 wiederholt und kann dem Ministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend zugeordnet werden. Eine weitere Besonderheit dieses Wahlversprechens ist die Übernahme von diesem in den Koalitionsvertrag der Regierungsparteien. Dieses Wahlversprechen der Union wurde voll erfüllt, wie in der Studie der Bertelsmann Stiftung nachgelesen werden kann: „Mit dem „Starke-Familien-Gesetz“, das am 29.04.2019 beschlossen wurde, erhöhte sich der monatliche Höchstbetrag des Kinderzuschlags mit Inkrafttreten am 01.07.2019 um 15 [Euro]. Eine weitere Erhöhung beinhaltet das zweite Familienentlastungsgesetz“ (Vehrkamp & Matthieß 2021a: 19). Der Erfüllungszustand von diesem Wahlversprechen wurde somit von der Studie der Bertelsmann Stiftung übernommen.

In diesem Abschnitt wird der Ablauf des Codierungsvorgehens beschrieben, wenn eine Übereinstimmung zwischen den beiden Wahlprogramm der Parteien besteht. Hierfür wird das folgende Wahlversprechen der SPD herangezogen:

„Außerdem werden wir in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit finanzieller Beteiligung des Bundes. Ziel muss es dabei sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote zu anderen Tageszeiten als bisher zu verbessern“ (SPD 2017: 10).

Dieses ‚harte‘ Wahlversprechen wird zur folgenden Aussage zusammengefasst: „Schaffung

4. Methodisches Vorgehen

eines Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung für Kita- und Grundschulkinder“. Durch diesen Schritt wird deutlich, dass ein ähnliches Wahlversprechen im Wahlprogramm der Union vorzufinden ist. Dieses lautet:

„Wir werden deshalb in der kommenden Wahlperiode auch einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen: So wird Betreuung auch in dieser wichtigen Lebensphase sichergestellt. Dabei werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der bestehenden Betreuungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Kinderhorte, erhalten. Durch den neuen Rechtsanspruch helfen wir jungen Familien, Arbeit und Familie besser miteinander zu verbinden“ (CDU/CSU 2017: 25)

und wird zu „Einführung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung von Kinder im Grundschulalter“ zusammengefasst. Das Erkennen der Übereinstimmung zweier Wahlversprechen macht deutlich, weshalb der Codierungsschritt des Zusammenfassen des Inhaltes eines Wahlversprechens so wichtig ist. Der weitere Codierungsvorgang wurde nach dem vorgegebenen Schemata durchgeführt. Das Zielversprechen strebt eine Veränderung an und kann dem Ministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend zugeordnet. Daraufhin wird das Wahlversprechen als ‚vollständig erfüllt‘ codiert, mit folgender Begründung: „Am 11. Oktober 2021 wurde das Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter verkündet. Dieses sieht einen gestaffelten Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung ab 2026 vor.“ Diese Information wurde vom Ministerium selbst veröffentlicht (vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2021).

Zuletzt soll der Codierungsvorgang des folgenden Wahlversprechens dargestellt werden:

„Zentral für die wachsende Bundeswehr ist die „Trendwende Finanzen“. Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dieser Beschluss dient unserer eigenen Sicherheit vor Gefährdungen von außen. Er wurde vom Bündnis einstimmig und mit dem damaligen US-Präsidenten Obama gefasst und seinerzeit von der gesamten Bundesregierung, von CDU, CSU und SPD, mitgetragen. Seine Umsetzung ist auch eine Frage der Verlässlichkeit“ (CDU/CSU 2017: 65).

Dieses Wahlversprechen der CDU/CSU ist ein ‚hartes‘ Wahlversprechen, welches zu folgendem Inhalt zusammengefasst werden kann: „Festhalten an dem 2 Prozent des BIP für die Bundeswehr nach NATO.“ Hier zeigt sich erneut, warum die Zusammenfassung

des Inhalts eines Wahlversprechens so wichtig ist, denn es kann ein Widerspruch zu einem SPD-Wahlversprechen festgestellt werden. Im Wahlprogramm der SPD befindet sich das folgende Wahlversprechen:

„Eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts käme einer Verdoppelung unserer derzeitigen Ausgaben gleich und würde mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr für die deutsche Rüstungs- und Verteidigungspolitik bedeuten. Das wird es mit der SPD nicht geben. Nicht nur, weil dies eine völlige Überdimensionierung der Ausgaben wäre, sondern vor allem auch, weil Sicherheit und Stabilität gerade nicht ausschließlich durch Militärausgaben gewährleistet werden können“ (SPD 2017: 106)

und widerspricht somit dem Wahlversprechen der Union. Bei dem Wahlversprechen der CDU/CSU handelt es sich um ein Zielversprechen, welches eine Veränderung anstrebt. Das Wahlversprechen ist dem Verteidigungsministerium zuzuordnen. Das Wahlversprechen wurde mit dem Erfüllungszustand ‚nicht erfüllt‘ codiert, folgende Erklärung wird dafür angegeben: „Es wurde in keinem der Regierungsjahre 2 Prozent des BIP für die Bundeswehr ausgegeben.“ Die Information über den Erfüllungszustand von diesem Wahlversprechen stammt vom ZDF (vgl. Schneider, Waldow 2022).

4.3. Datenauswertung

Die abhängige Variable der empirischen Untersuchung dieser Arbeit ist der Erfüllungszustand der Wahlversprechen. Diese Variable kommt in dieser Analyse in drei verschiedenen Ausprägungen vor, ‚voll erfüllt‘, ‚teilweise erfüllt‘ und ‚nicht erfüllt‘. Bei der abhängigen Variable handelt es sich um eine ordinale multinomiale Variable. In der bestehenden Forschungsliteratur gibt es einen Diskurs darüber, wie der Erfüllungszustand von Wahlversprechen am besten erhoben wird. So codieren einige Studien den Erfüllungszustand von Wahlversprechen als binomiale Variable, in diesen Studien werden Wahlversprechen, welche ‚teilweise erfüllt‘ wurden, ebenfalls als erfüllte Wahlversprechen codiert. Die Ausprägungen ‚voll erfüllt‘ und ‚teilweise erfüllt‘ werden dann zusammengelegt in einen neue Variable ‚zumindest teilweise erfüllt‘ (vgl. Thomson et al. 2019: 70). Die vorliegende Arbeit sieht von dieser Zusammenlegung ab. Durch die Nutzung drei verschiedener Ausprägungen des Erfüllungszustandes kann ein Informationsverlust, welcher durch eine mögliche Zusammenlegung entstehen könnte, verhindert werden.

4. Methodisches Vorgehen

Die vorliegende Arbeit schließt mehrere unabhängige Variablen in die statistische Auswertung mit ein, dazu gehören; das Vorhandensein eines Wahlversprechens im Koalitionsvertrag, der Besitz des Kanzleramts durch eine Partei, die Verteilung der Ministerien zwischen den Parteien, der Typ eines Wahlversprechens (Beibehaltung des Status Quo oder das Herbeiführen einer Veränderung), das Ressort, die Mehrfachnennung eines Wahlversprechens, die Übereinstimmung eines Wahlversprechens mit dem Wahlprogramm des Koalitionspartners und der Widerspruch zu einem Wahlversprechen in dem Wahlprogramm des Koalitionspartners.

Die erste unabhängige Variable, das Vorhandensein eines Wahlversprechens im Koalitionsvertrag, dient der Testung der ersten Hypothese. Diese Variable wurde mithilfe der Studie der Bertelsmann Stiftung codiert. Erhobene Wahlversprechen wurden inhaltlich mit den Vorhaben des Koalitionsvertrags, welche durch die Studie der Bertelsmann Stiftung erhoben wurden, abgeglichen. Bei einer inhaltlichen Übereinstimmung eines Wahlversprechens mit einem Vorhaben des Koalitionsvertrages wird dieses als Vorhanden im Koalitionsvertrag codiert, bei keiner Übereinstimmung mit den Vorhaben des Koalitionsvertrags, handelt es sich um Versprechen, die nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden. Die Variable nimmt somit zwei Ausprägungen an, im Koalitionsvertrag vorhanden oder nicht vorhanden. Die vorliegende Arbeit nutzt bewusst die Daten der Bertelsmann Stiftung, ein eigener Abgleich der Wahlversprechen mit dem Koalitionsvertrag wurde nicht vorgenommen. Es wird von der Richtigkeit der Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung Studie ausgegangen.

Die zweite unabhängige Variable beschreibt, ob ein Wahlversprechen von der Partei, welche in der betreffenden Regierungsperiode das Kanzleramt innehat, stammt. In der betrachteten Fallauswahl handelt es sich hierbei um die Union. Auf diesem Weg wird die zweite Hypothese der Arbeit untersucht.

Die dritte Hypothese der Arbeit wird mit Hilfe der Dummy Variable, Innehaben eines Ressorts, überprüft. Hierbei wird jedes Wahlversprechen einem bestimmten Ressort/Ministerium zugeordnet, und als Innehaben eines Ressorts codiert, falls das Wahlversprechen von der Partei stammt, welches dieses Ministerium führt. Das Ziel der Erhebung dieser Variable besteht darin, zu überprüfen, ob ein Wahlversprechen einer Partei mit höherer Wahrscheinlichkeit umgesetzt wird, wenn diese Partei das entsprechende Ressort innehat.

Um möglichst genaue Ergebnisse erheben zu können, nutzt die Arbeit mehrere Kontrollvariablen. Hierbei ist zuerst die Dummy Variable Typ eines Wahlversprechens zu nennen. Diese Variable codiert die Wahlversprechen nach Beibehaltung des Status Quo und Veränderung des Status Quo. In bestehenden Studien wird davon ausgegangen, dass

Wahlversprechen, welche den Status Quo beibehalten wollen, eher umgesetzt werden, wie jene Wahlversprechen die eine Veränderung herbeiführen sollen (vgl. Kostadinova 2013: 201, Praprotnik 2015: 10, 2017b: 244, Royed 1996: 77, Thomson 2001: 186). Daher ist es wichtig, diese Variable in die Auswertung der Ergebnisse mit einzubeziehen, da ansonsten eine Verfälschung der anderen Variablen möglich ist.

Eine zweite erhobene Kontrollvariable ist die Mehrfachnennung eines Wahlversprechens innerhalb eines Wahlprogramms. Es wird davon ausgegangen, dass die Mehrfachnennung eines Wahlversprechens einen Einfluss auf den Erfüllungszustand dieses Wahlversprechens hat, da die betreffende Partei hierdurch einen möglichen Schwerpunkt in ihrem Wahlprogramm deutlich machen könnte.

Des Weiteren wurde erhoben, ob ein Konsens bei einem Wahlversprechen zwischen den beiden Wahlprogrammen besteht. Diese Variable wurde erhoben, da in der Forschung Ergebnisse bestehen, dass Konsens einen positiven Einfluss auf die Erfüllung eines Wahlversprechens hat (vgl. Kostadinova 2013: 201, Praprotnik 2015:10). Hier muss unterschieden werden zwischen den Wahlprogrammen und dem Koalitionsvertrag. Ein Konsens zwischen den Wahlprogrammen führt nicht unweigerlich zur Aufnahme dieses Wahlversprechens in den Koalitionsvertrag.

Angelehnt daran, wurde ebenfalls die Kontrollvariable Widerspruch zwischen zwei Wahlversprechen geschaffen. Dies ist der Fall, wenn sich zwei Wahlversprechen zwischen den beiden Parteien inhaltlich konträr verhalten.

Um die Daten auswerten zu können, wird zuerst eine logistische Regression mit proportional Odds durchgeführt (vgl. McNulty 2023). Dieses Vorgehen wurde gewählt, da die abhängige Variable hier in den drei ordinalen Kategorien belassen werden kann, ‚nicht erfüllt‘, ‚teilweise erfüllt‘ und ‚voll erfüllt‘. Ein Test der Annahme der proportional odds zeigt jedoch, dass diese Annahme verletzt ist. Die Annahme könnte möglicherweise durch das Entfernen bestimmter Variablen erfüllt werden, dies hätte jedoch auch zur Folge, dass wichtige Variablen nicht analysiert werden. Dieses Modell ist somit nicht zielführend für eine korrekte Datenauswertung des Fallbeispiels und wird nicht weiter verfolgt.

Die Daten wurden daraufhin mithilfe einer multinomialen logistischen Regression ausgewertet. McNulty (2023) erklärt, dass bei einer verletzten Annahme einer logistischen Regression mit proportionalen Odds das ‚baseline logistic model‘ genutzt werden kann und die niedrigste ordinale Kategorie als Referenzkategorie hierbei genutzt wird. Es wird somit eine einfache multinomiale logistische Regression durchgeführt, hierbei wird die Kategorie ‚nicht erfüllt‘ als Referenzkategorie verwendet. Bei einer multinomialen logisti-

4. Methodisches Vorgehen

schen Regression handelt es sich um eine Erweiterung bzw. Generalisierung der binären logistischen Regression, dies bedeutet, dass die abhängige Variable mehr als nur zwei Ausprägungen besitzt (vgl. Fagerland & Hosmer 2012: 448). Durch die Referenzkategorie ‚nicht erfüllt‘ ermöglicht die multinomiale logistische Regression einen Vergleich zwischen den Ausprägungen ‚teilweise erfüllt‘ und ‚nicht erfüllt‘, sowie zwischen ‚voll erfüllt‘ und ‚nicht erfüllt‘.

In dieser Arbeit wird die R-Funktion `multinom()` aus dem Paket `nnet` verwendet (vgl. Venables, Ripley 2002: 203). Dabei wird folgendes Modell angenommen:

$$\begin{aligned} \text{Erfüllungszustand} = & \text{Koalitionsvertrag} + \text{Partei} + \text{Verteilung der Ressorts} + \\ & \text{Art des Versprechens} + \text{Wiederholung} + \text{Übereinstimmung} + \\ & \text{Widerspruch} + \text{Ressort} \end{aligned}$$

Die Testung der Relevanz der Koeffizienten erfolgt mithilfe eines zweiseitigen Hypothesentests mit $H_0 : \beta_i = 0$ gegen $H_1 : \beta_i \neq 0$ unter einem üblichen Signifikanzniveau von $\alpha = 0.1$. Demzufolge ist ein Koeffizient β_i signifikant, wenn der p-Wert kleiner als 0.1 ist. Eine Interpretation eines Koeffizienten ist nur bei einer entsprechenden Signifikanz zielführend.

In einem zweiten Schritt werden die Koeffizienten in Odds ratios mittels der Exponentialfunktion umgewandelt. Die Odds ratios erlauben eine einfachere Interpretation des Einflusses der Variablen im Vergleich zur Referenzkategorie. Eine Odds ratio für einen Koeffizienten größer wie eins bedeutet, dass die Odds, dass das Wahlversprechen die entsprechende Ausprägung annimmt sich um diesen Faktor im Vergleich zur Ausprägung der Referenz vergrößert. Eine Odds ratio für einen Koeffizienten kleiner wie eins bedeutet, dass die Odds, dass das Wahlversprechen die entsprechende Ausprägung annimmt sich um diesen Faktor im Vergleich zur Ausprägung der Referenz verringert. Bei einer Odds ratio von eins hat der Koeffizient keinen Einfluss auf die abhängige Variable (vgl. UCLA o.J.). Bei einer multinomialen logistischen Regression muss beachtet werden, dass ein Vergleich der Ausprägungen der abhängigen Variablen lediglich mit der Referenzkategorie möglich ist. Dies bedeutet in dem vorliegenden Fall, dass der Erfüllungszustand ‚teilweise erfüllt‘ mit dem Erfüllungszustand ‚nicht erfüllt‘ verglichen wird und ebenso der Erfüllungszustand ‚voll erfüllt‘ mit dem Erfüllungszustand ‚nicht erfüllt‘. Es besteht die Möglichkeit, Odds ratios als Prozente anzusehen. Durch diese Darstellung kann eine Interpretation erleichtert werden, in dem nicht ein Faktor der Veränderung der Odds angegeben wird,

sondern eine Veränderung der Odds in Prozent. Diese wird erreicht durch $(Odds - 1) * 100$ (vgl. UCLA o.J.).

Das angewendete Modell wird mittels McFadden R² und dem Hosmer-Lemeshow goodness-of-fit Test auf Güte untersucht. Mithilfe des McFadden R² Test wird das volle Modell gegen ein Modell mit nur einem Interzept (oder einer Konstante) verglichen. McFadden et al. (1977: 26) beschreibt einen R² Wert zwischen 0.2 und 0.4 als eine sehr gute Modellanpassung. McNulty (2023) bewertet den McFadden R² Test als möglicherweise problematisch für multinomiale Modelle und empfiehlt den Hosmer-Lemeshow Fit als weiteren Test. Dieser Test eignet sich für multinomiale logistische Regressionsmodelle (vgl. Nahhas 2023).

4.4. Limitationen der Arbeit

Um ein vollständiges Methodenkapitel zu verfassen, muss in diesem Abschnitt auch auf die Limitationen der Forschungsarbeit eingegangen werden. Hierdurch kann aufgezeigt werden, was diese Arbeit nicht leistet. Im Folgenden muss daher besonders auf drei Aspekte eingegangen werden.

Eine erste Einschränkung der Forschungsleistung der Arbeit ist die Verwendung der Ergebnisse aus der Studie der Bertelsmann Stiftung. Für die Erhebung des Erfüllungszustands der Wahlversprechen werden in einigen Fällen die Ergebnisse dieser Studie verwendet. Die Nutzung dieser Forschungsergebnisse bedeutet für die Datenerhebung dieser Arbeit eine Erleichterung. Problematisch bei der Nutzung der Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung ist jedoch, dass in dieser Studie die einzelnen Datenquellen, welche genutzt wurden, um den Erfüllungsstatus der Vorhaben des Koalitionsvertrag festzustellen, für Leser*innen nicht nachvollziehbar veröffentlicht wurden. So wird in der Veröffentlichung lediglich Folgendes für die einzelnen Quellen angegeben: „Quelle: Koalitionsvertrag 2018 (Stichtag: 26.09.2021), eigene Recherche“ (Bertelsmann Stiftung 2021).

Eine weitere Einschränkung der Arbeit liegt in den betrachteten Parteien oder der genaueren Fallauswahl. So wurden für diese Forschungsarbeit sämtliche, in den Wahlprogrammen abgegebenen, Wahlversprechen der CDU/CSU und der SPD überprüft. Für eine umfassende Analyse der Regierungsperiode 2018 bis 2021 wäre auch die Betrachtung der Wahlversprechen der Oppositionsparteien sinnvoll. So wäre es möglich, nicht nur das Verhalten der Regierungsparteien zu betrachten, sondern das Verhalten sämtlicher gewählter Parteien. Für eine umfassende Betrachtung der Regierungsperiode ist jedoch

4. Methodisches Vorgehen

auch die Analyse der Regierungsparteien, wie sie in dieser Forschungsarbeit vorgenommen wird, ausreichend.

Zuletzt muss ein Blick auf die Datenerhebung geworfen werden. Durch den zuvor beschriebenen Codierungsvorgang der Forschungsarbeit ist es möglich eine große Objektivität in der Datenerhebung zu ermöglichen. Jedoch wurde die Datenerhebung lediglich von einer Person durchgeführt, was einen Einfluss auf die erhobenen Daten haben wird. Um trotzdem eine größtmögliche Objektivität in der Datenerhebung erreichen zu können, werden die Daten nach den strengen Regeln des zuvor beschriebenen Codierungsverfahren erhoben.

5. Analyse der Daten

In dem folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Analyse des Wahlprogramms der Union „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021“ und des Wahlprogramms der SPD „Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland“ dargelegt. In Kapitel 5.1 werden die Ergebnisse der Datenauswertung erläutert, das Kapitel 5.2 beschäftigt sich mit den Ergebnissen der multinomialen logistischen Regression.

5.1. Deskriptive Ergebnisse

5.1.1. Anzahl und Erfüllung der Wahlversprechen

In der vorliegenden Arbeit werden 365 ‚harte‘ Wahlversprechen untersucht. Von diesen untersuchten ‚harten‘ Wahlversprechen sind 140 ‚voll erfüllt‘, dies entspricht 38.36 Prozent der Wahlversprechen. 12.6 Prozent (46 Versprechen) der Wahlversprechen wurden ‚teilweise erfüllt‘ und 49.04 Prozent (179 Versprechen) wurden in der betrachteten Regierungsperiode ‚nicht erfüllt‘.

Die Anzahl der insgesamt abgegebenen ‚harten‘ Wahlversprechen unterscheidet sich zwischen den beiden Regierungsparteien stark. So ergibt die Analyse der Wahlprogramme für die SPD 242 ‚harte‘ Wahlversprechen und für die Union 123 ‚harte‘ Wahlversprechen. Dieser Unterschied kann durch die zuvor bereits diskutierte Länge der Wahlprogramme der Parteien erklärt werden. So wurden die ‚harten‘ Wahlversprechen der CDU/CSU auf 75 Seiten abgegeben und die der SPD auf über 100 Seiten.

In Tabelle 5.1 „Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Parteien“ wird die Erfüllungsbilanz der beiden Regierungsparteien abgebildet. Die Union hat 64 ihrer abgegebenen Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘ und erreicht somit eine Erfüllungsquote von 52.03 Prozent. 17 (13.82 Prozent) Wahlversprechen der Union wurden in der Regierungsperiode ‚teilweise erfüllt‘, und 42 der abgegebenen ‚harten‘ Versprechen, 34.15 Prozent, wurden ‚nicht erfüllt‘. Die Sozialdemokraten haben in ihrem Wahlprogramm 242 ‚harte‘ Wahlversprechen niedergeschrieben und bei Ablauf der Regierungsperiode 76 dieser Versprechen ‚voll

5. Analyse der Daten

erfüllt', die SPD erreicht somit eine Erfüllungsquote von 31.4 Prozent. Damit kommt die SPD auf eine Quote von 11.98 Prozent bei den ‚teilweise erfüllten‘ Wahlversprechen, dies entspricht 29 Versprechen und 56.61 Prozent (137 Versprechen) bei den ‚nicht erfüllten‘ Wahlversprechen. Die Unionspartei hat somit prozentual deutlich mehr Wahlversprechen ihres Wahlprogramms erfüllt als die SPD. Wird jedoch die Anzahl der erfüllten Wahlversprechen betrachtet, wird deutlich, dass die SPD 12 Wahlversprechen mehr als die CDU/CSU ‚voll erfüllt‘ hat.

Tabelle 5.1.: Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Partei

Erfüllungszustand	SPD	Union
Erfüllt	76 (31.4 %)	64 (52.03 %)
Teilweise Erfüllt	29 (11.98 %)	17 (13.82 %)
Nicht Erfüllt	137 (56.61 %)	42 (34.15 %)
Gesamt	242 (100 %)	123 (100 %)

5.1.2. Vorhandensein von Wahlversprechen im Koalitionsvertrag

In der Abbildung 5.1 „Anzahl und prozentualer Anteil der Wahlversprechen pro Partei, welche in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden“ werden jene Wahlversprechen der Parteien dargestellt, welche in den Koalitionsvertrag des Kabinetts Merkel IV aufgenommen wurden. Durch die zusätzliche Betrachtung dieser Wahlversprechen kann der Einfluss des Koalitionsvertrag auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen betrachtet werden.

Es wird hierbei deutlich, dass die Anzahl an ‚harten‘ Wahlversprechen der Parteien, welche in das Koalitionsabkommen übernommen wurden, sehr ähnlich ist. Die SPD hat 34 der im Wahlprogramm abgegebenen ‚harten‘ Wahlversprechen in dem Koalitionsvertrag der Parteien abbilden können, die CDU/CSU 31 ihrer ‚harten‘ Wahlversprechen. Wird jedoch der prozentuale Anteil der Wahlversprechen betrachtet, welche im Koalitionsvertrag ebenfalls abgebildet werden, kann ein deutlicher Unterschied festgestellt werden. Es kann festgestellt werden, dass die Unionspartei einen deutlich höheren prozentualen Anteil ihrer Wahlversprechen in dem Koalitionsvertrag unterbringen konnte. So wurden 25 Prozent der Wahlversprechen der CDU/CSU in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Der Anteil der Wahlversprechen der SPD, welche im Koalitionsvertrag abgebildet werden, ist deutlich geringer, dieser liegt bei lediglich 14 Prozent.

5.1. Deskriptive Ergebnisse

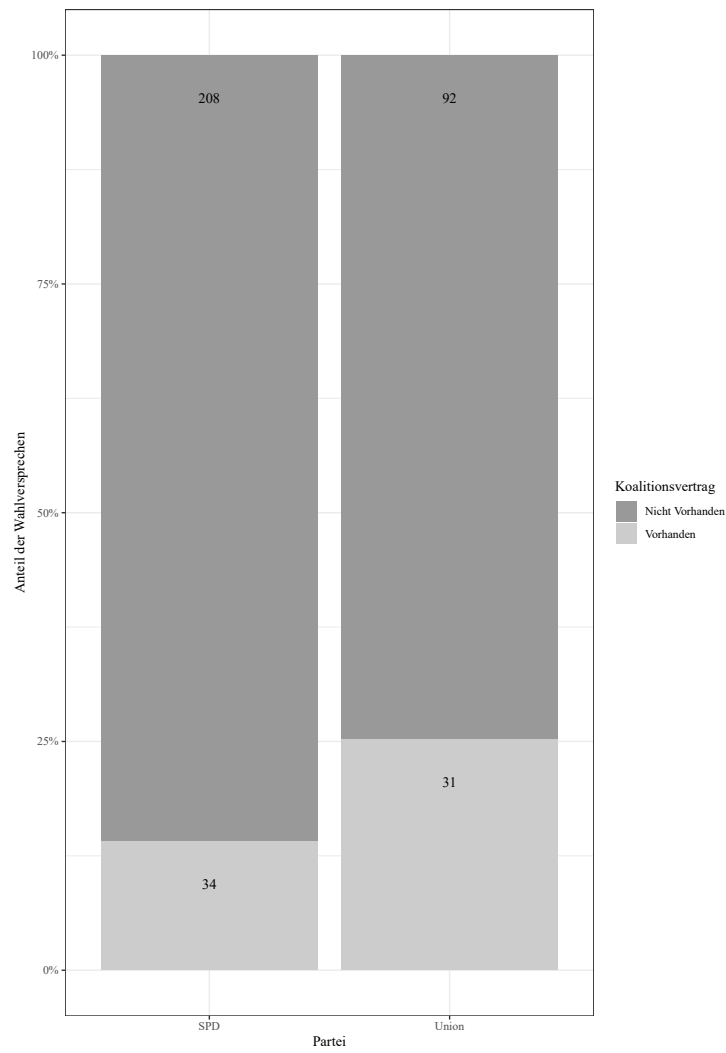


Abbildung 5.1.: Anzahl und prozentualer Anteil der Wahlversprechen pro Partei, welche in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden.

5. Analyse der Daten

Durch diese zusätzliche Betrachtung von Wahlversprechen, welche im Koalitionsvertrag aufgenommen wurden, können auch Unterschiede in dem Erfüllungszustand von Wahlversprechen, welche nicht im Koalitionsvertrag vorhanden sind und jenen die vorhanden sind, analysiert werden. Diese Unterschiede werden in Abbildung 5.2 „Erfüllungszustand der Wahlversprechen pro Partei, je nachdem, ob das Wahlversprechen in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde oder nicht“ dargestellt.

Die Abbildung zeigt, dass sowohl die SPD als auch die CDU/CSU deutlich mehr Wahlversprechen erfüllen konnten, wenn diese in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden. Eine genauere Betrachtung der Erfüllungsquote der SPD zeigt, dass bei Wahlversprechen, welche nicht im Koalitionsvertrag abgebildet sind, 26 Prozent ‚voll erfüllt‘ werden und 12.5 Prozent ‚teilweise erfüllt‘. Die Erfüllungsquote von Wahlversprechen, welche auch im Koalitionsvertrag abgebildet werden, ist deutlich höher. Hier kann beobachtet werden, dass 64.7 Prozent der Wahlversprechen der SPD ‚voll erfüllt‘ wurden und 8.8 Prozent ‚teilweise erfüllt‘. Auch bei der Unionspartei kann beobachtet werden, dass durch die Aufnahme von Wahlversprechen in den Koalitionsvertrag deutlich mehr dieser erfüllt werden, der Unterschied ist jedoch nicht in dem Ausmaß wie bei der SPD feststellbar. So wurden 46.7 Prozent der Wahlversprechen der CDU/CSU, welche nicht im Koalitionsvertrag abgebildet werden, ‚voll erfüllt‘ und 17.3 Prozent ‚teilweise erfüllt‘. Demgegenüber stehen jene Wahlversprechen die auch im Koalitionsvertrag abgebildet werden, von diesen wurden 67.7 Prozent ‚voll erfüllt‘ und 3.3 Prozent ‚teilweise erfüllt‘.

Das Vorhandensein eines Wahlversprechens im Koalitionsvertrag und der Einfluss dessen auf die Wahrscheinlichkeit mit welcher ein solches Wahlversprechen erfüllt wird, ist ebenfalls eine Thematik in der bestehenden Forschungsliteratur. So wurde in Kapitel zwei dieser Arbeit deutlich, dass in bereits veröffentlichten Studien Ergebnisse zu dem Bestehen eines Konsens zwischen zwei Koalitionspartnern generiert wurden. Hierbei wurden unterschiedliche Ergebnisse veröffentlicht, so wurde die Zustimmung von beiden Koalitionspartnern zu einem Wahlversprechen in Studien als eine Variable betrachtet, welche die Umsetzung eines Wahlversprechens wahrscheinlicher werden lässt (vgl. Praprotnik 2015: 10, Kostadinova 2013: 2013), während andere Veröffentlichungen diese Variable nicht als signifikant bewerteten (vgl. Praprotnik 2017b: 246). Des Weiteren wird in Studien bestätigt, dass Wahlversprechen in Koalitionsregierungen eher umgesetzt werden, wenn diese in einem Koalitionsabkommen nach einer Wahl festgeschrieben werden (vgl. Praprotnik 2015: 10, 2017a: 856, 2017b: 240, Royed et al. 2019: 303, Thomson 2001: 188). Die Ergebnisse der Datenauswertung der Regierungsperiode 2018 bis 2021 können diese Untersuchungen bestätigen. Die Auswertung der tatsächlichen Umsetzung von Wahlversprechen zeigt den Einfluss des Koalitionsvertrags deutlich auf.

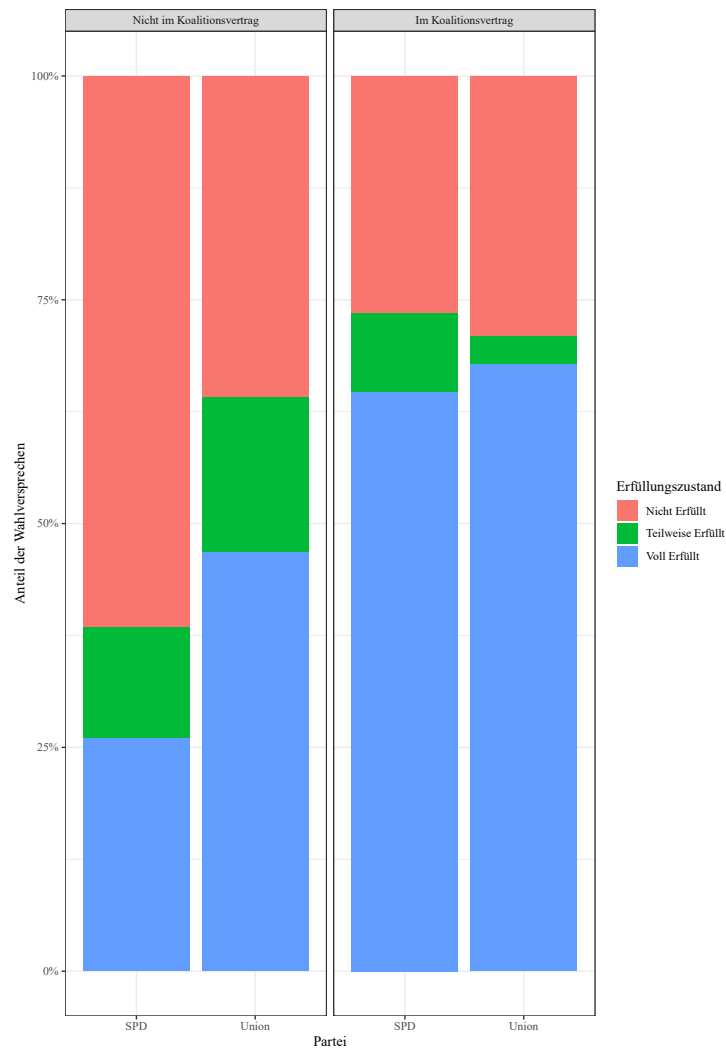


Abbildung 5.2.: Erfüllungszustand der Wahlversprechen pro Partei, je nachdem, ob das Wahlversprechen in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden oder nicht.

5.1.3. Typ und Nennung der Wahlversprechen nach Partei

Die untersuchten ‚harten‘ Wahlversprechen werden in zwei Kategorien aufgeteilt, sogenannte Änderungsversprechen und Status Quo Versprechen. Ein Großteil der abgegebenen Wahlversprechen sind sogenannte Änderungsversprechen, diese haben zum Ziel eine Veränderung der bestehenden Situation herbeizuführen. Dies können neue Gesetze, Richtlinien, Budgetvorstellungen usw. sein. In Tabelle 5.2 „Typ und Nennung der Wahlversprechen nach Partei“ werden diese Änderungsversprechen dargestellt. So sind 92.1 Prozent der ‚harten‘ Wahlversprechen der SPD angestrebte Veränderungen, bei der Union liegt der Anteil dieser Wahlversprechen bei 78 Prozent. Insgesamt sind 87.4 Prozent der betrachteten ‚harten‘ Wahlversprechen Änderungsversprechen. Das Gegenstück zu den Änderungsversprechen sind die sogenannten Status Quo Versprechen, es handelt sich hierbei um Wahlversprechen, welche die bestehende Situation nicht verändern, sondern beibehalten möchten und diese Überzeugung zusätzlich in einem Wahlversprechen niederschreiben. 7.9 Prozent der SPD Wahlversprechen sind Status Quo Versprechen. Die Union hat 27 Status Quo Versprechen in ihrem Wahlprogramm niedergeschrieben, dies entspricht 22 Prozent aller von der Union abgegebenen, ‚harten‘ Wahlversprechen, einem deutlich höheren Anteil als dem der SPD. Insgesamt sind 12.6 Prozent der betrachteten ‚harten‘ Wahlversprechen Status Quo Versprechen.

Tabelle 5.2.: Typ und Nennung der Wahlversprechen nach Partei

		Partei	
		SPD	Union
Typ	Veränderung	223 (92.15 %)	96 (78.05 %)
	Status Quo	19 (7.85 %)	27 (21.95 %)
	Gesamt	242 (100 %)	123 (100 %)
Nennung	Wiederholung	24 (9.92 %)	11 (8.94 %)
	Übereinstimmung	15 (6.2 %)	14 (11.38 %)
	Widerspruch	5 (2.07 %)	5 (4.07 %)

Diese Aufteilung der Wahlversprechen in Änderungsversprechen und Status Quo Versprechen, mit einem deutlich geringeren Anteil an Status Quo Versprechen, steht im Einklang mit den Ergebnissen anderer Forschungsarbeiten (vgl. Kostadinova 2013: 196-197, Praprotnik 2015: 10, 2017b: 244, Royed 1996: 77, Thomson 2001: 186). Die Anzahl der Status Quo Versprechen einer Partei können einen Hinweis darauf geben wie zufrieden die entsprechende Partei mit der politischen Situation eines Landes ist. Die Zufriedenheit

von amtierenden Parteien mit dieser politischen Situation ist meist höher, da durch die Abgabe von Status Quo Versprechen auch die Erfolge vorheriger Regierungsperioden herausgestellt werden sollen (vgl. Kostadinova 2013: 197). Dies kann deutlich in der Interpretation des Wahlprogramms der Union festgestellt werden, 22 Prozent der dort abgegebenen Wahlversprechen sind Status Quo Versprechen. Jedoch war auch die SPD Teil der vorherigen Regierung (vgl. Die Bundesregierung 2022), die Unterschiede in der Anzahl der Status Quo Versprechen sind somit schwerer zu erklären und können eventuell mit der stärkeren Rolle der Union als Kanzlerpartei erläutert werden.

Ein weiteres Ergebnis der bestehenden Forschung ist die Feststellung, dass Status Quo Versprechen, die den Policy-Zustand nicht verändern wollen, eher erfüllt werden als Wahlversprechen die eine Veränderung anstreben (vgl. Kostadinova 2013: 2021, Praprotnik 2017b: 244, Thomson 2001: 186). Auch die Studie der Bertelsmann Stiftung unterstützt diese Ergebnisse und geht von einer deutlichen höheren Erfüllungsquote für Status Quo Versprechen im Koalitionsvertrag aus (vgl. Vehrkamp, Matthieß 2019: 25). Von den in den Wahlprogrammen abgegebenen Status Quo Versprechen wurden 80.43 Prozent ‚voll erfüllt‘. Ein besonders großer Anteil an voll erfüllten Status Quo Versprechen, es handelt sich auch um einen deutlich höheren Anteil im Vergleich zu den voll erfüllten Änderungsversprechen mit 32.29 Prozent. Interessant ist demnach auch die Betrachtung der ‚voll erfüllten‘ Status Quo Versprechen der Parteien. Die SPD hat 73.68 Prozent ihrer Status Quo Versprechen ‚voll erfüllt‘, jedoch lediglich 27.8 Prozent ihrer Änderungsversprechen. Die Union hat wiederum sogar 85.19 Prozent ihrer Status Quo Versprechen ‚voll erfüllt‘, auch hier ist ein geringerer Anteil der Änderungsversprechen (42.71 Prozent) ‚voll erfüllt‘. Die Ergebnisse der Datenauswertung der Regierungsperiode Merkel IV stimmen somit mit früheren Untersuchungen überein, auch diese Datenlage unterstützt das Ergebnis, dass Wahlversprechen, welche den Policy-Zustand nicht verändern wollen, eher erfüllt werden.

Des Weiteren werden Wahlversprechen durch die Parteien in den Wahlprogrammen wiederholt. So wiederholt die SPD 35 Wahlversprechen in ihrem Wahlprogramm, die Union wiederholt 11 der von ihnen abgegebenen Wahlversprechen. In Tabelle 5.2 „Typ und Nennung der Wahlversprechen nach Partei“ wird außerdem deutlich, dass es zwischen den Wahlversprechen der SPD und der Union Übereinstimmungen und Widersprüche gibt. So gibt es Wahlversprechen, welche sowohl in dem Wahlprogramm der SPD, als auch in dem Wahlprogramm der Union vorkommen. Es stehen aber auch Wahlversprechen in den Wahlprogrammen der Parteien, die sich gegenseitig widersprechen. Eine Umsetzung eines Wahlversprechens einer Partei führt bei diesen Wahlversprechen dazu, dass das entsprechende Wahlversprechen der anderen Partei nicht erfüllt werden kann. Die Anzahl

5. Analyse der Daten

an Übereinstimmungen in den beiden Wahlprogrammen ist begrenzt, in der bestehenden Forschungsliteratur existieren jedoch Ergebnisse darüber, dass ein solcher Konsens sich positiv auf die Erfüllungsquote dieser Wahlversprechen auswirken kann (vgl. Kostadinova 2013: 201, Praprotnik 2015: 10). Durch die geringe Anzahl an Übereinstimmungen und Widersprüchen in den analysierten Wahlprogrammen, können keine Aussagen über den Einfluss dieser auf die Umsetzung von Wahlversprechen gemacht werden.

5.1.4. Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressorts

Die Tabelle 5.3 „Anzahl und Erfüllungszustand nach Ressorts“ beschäftigt sich mit der Verteilung der ‚harten‘ Wahlversprechen beider Parteien über die einzelnen Ressorts bzw. Ministerien und dem Erfüllungsstatus der einzelnen Wahlversprechen in den jeweiligen Ressorts. Die meisten ‚harten‘ Wahlversprechen der beiden Parteien sind inhaltlich dem Ministerium für Inneres, Bau und Heimat zuzuordnen, es handelt sich hierbei um 53 Wahlversprechen. Das Ministerium für Arbeit und Soziales liegt mit 51 Wahlversprechen auf dem zweiten Platz der Ministerien mit den meisten Wahlversprechen und mit 38 Wahlversprechen liegt das Finanzministerium auf dem dritten Platz. 37 Wahlversprechen sind dem Ministerium für Bildung und Forschung zuzuordnen. 36 Wahlversprechen sind inhaltlich dem Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zuzuordnen. 32 Wahlversprechen sind sowohl dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz als auch dem Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zuzuordnen. 19 Wahlversprechen fallen in das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft und 18 Wahlversprechen in das Ministerium für Gesundheit. Dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sind 14 ‚harte‘ Wahlversprechen zuzuordnen, dem Ministerium für Wirtschaft und Energie 13 und dem Auswärtigen Amt 10. In das Verteidigungsministerium fallen fünf ‚harte‘ Wahlversprechen und in das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vier. Am wenigsten Wahlversprechen fallen inhaltlich in das Bundeskanzleramt, mit lediglich drei zugeordneten Wahlversprechen.

Wird nun der Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressorts näher betrachtet, wird deutlich, dass die meisten ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen in das Ministerium für Inneres, Bau und Heimat fallen, es handelt sich hierbei um 25 Wahlversprechen. Im Ministerium für Finanzen wurden 17 der 38 ‚harten‘ Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘ und im Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ebenfalls 17. Die wenigsten erfüllten Wahlversprechen sind inhaltlich dem Bundeskanzleramt zuzuordnen, es handelt sich hierbei um lediglich ein Wahlversprechen. Der Erfüllungszustand ‚teilweise erfüllt‘ ist

die am wenigsten vergebene Kategorie. Die meisten ‚teilweise erfüllten‘ Wahlversprechen fallen inhaltlich in das Ministerium für Inneres, Bau und Heimat und in das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, es handelt sich bei beiden Ministerien um jeweils acht Wahlversprechen. Keine Wahlversprechen mit dem Erfüllungsstatus ‚teilweise erfüllt‘ fallen thematisch in das Bundeskanzleramt und das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die meisten Wahlversprechen des Erfüllungsstatus ‚nicht erfüllt‘ (37 Wahlversprechen) fallen in das Ministerium für Arbeit und Soziales. Des Weiteren wurde eine hohe Anzahl an ‚harten‘ Wahlversprechen ‚nicht erfüllt‘ in dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz, dem Ministerium für Inneres Bau und Heimat und dem Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Keine ‚nicht erfüllten‘ Wahlversprechen, demnach eine hohe Erfüllungsquote, sind im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu finden.

Interessant ist ebenfalls eine Betrachtung der prozentualen Anteile nach den jeweiligen Ressorts. Es wird hierbei deutlich, dass prozentual die meisten ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abgegeben wurden. In diesem Ressort wurden alle abgegebenen ‚harten‘ Wahlversprechen (vier Versprechen) ‚voll erfüllt‘. Eine weitere hohe Erfüllungsquote hat das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Wahlversprechen die inhaltlich in dieses Ressort fallen wurden zu 57.14 Prozent ‚voll erfüllt‘. In dieser Reihe an hohen Umsetzungsquoten der Wahlversprechen ist auch das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu nennen, 53.12 Prozent der Wahlversprechen, die in dieses Politikressort fallen, wurden ‚voll erfüllt‘. Der höchste Anteil an ‚teilweise erfüllten‘ Wahlversprechen kann mit 21.05 Prozent im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft festgestellt werden. Schließlich werden Ministerien mit einer geringen Erfüllungsquote betrachtet, hierfür werden hohe prozentuale Anteile mit dem Erfüllungszustand ‚nicht erfüllt‘ herangezogen. Den höchsten prozentualen Anteil an ‚nicht erfüllten‘ Wahlversprechen kann mit 72.55 Prozent im Ministerium für Arbeit und Soziales festgestellt werden. Einen ebenfalls hohen Anteil an ‚nicht erfüllten‘ Wahlversprechen, mit 66.67 Prozent, sind im Ressort des Bundeskanzleramts festzustellen. Den drittgrößten Anteil an ‚nicht erfüllten‘ Wahlversprechen mit 65.62 Prozent der Wahlversprechen in diesem Ressorts sind im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz feststellbar.

5. Analyse der Daten

Tabelle 5.3.: Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort

	Erfüllt	Teilweise Erfüllt	Nicht Erfüllt	Gesamt
Arbeit und Soziales	11 (21.57 %)	3 (5.88 %)	37 (72.55 %)	51 (100 %)
Auswärtiges Amt	4 (40 %)	2 (20 %)	4 (40 %)	10 (100 %)
Bildung und Forschung	11 (29.73 %)	7 (18.92 %)	19 (51.35 %)	37 (100 %)
Bundeskanzleramt	1 (33.33 %)	0 (0 %)	2 (66.67 %)	3 (100 %)
Ernährung und Landwirtschaft	5 (26.32 %)	4 (21.05 %)	10 (52.63 %)	19 (100 %)
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14 (38.89 %)	3 (8.33 %)	19 (52.78 %)	36 (100 %)
Finanzen	17 (44.74 %)	4 (10.53 %)	17 (44.74 %)	38 (100 %)
Gesundheit	6 (33.33 %)	2 (11.11 %)	10 (55.56 %)	18 (100 %)
Inneres, Bau und Heimat	25 (47.17 %)	8 (15.09 %)	20 (37.74 %)	53 (100 %)
Justiz und Verbraucherschutz	10 (31.25 %)	1 (3.12 %)	21 (65.62 %)	32 (100 %)
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	8 (57.14 %)	2 (14.29 %)	4 (28.57 %)	14 (100 %)
Verkehr und digitale Infrastruktur	17 (53.12 %)	8 (25 %)	7 (21.88 %)	32 (100 %)
Verteidigung	2 (40 %)	1 (20 %)	2 (40 %)	5 (100 %)
Wirtschaft und Energie	5 (38.46 %)	1 (7.69 %)	7 (53.85 %)	13 (100 %)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 (100 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	4 (100 %)

Die Tabellen 5.4 „Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort - SPD“ und 5.5 „Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort - Union“ betrachten die Verteilung der Wahlversprechen nach Ressorts auf Basis der einzelnen Wahlprogrammen. Die prozentualen Anteile beziehen sich hierbei jeweils auf die gesamte Anzahl an Wahlversprechen in diesem Ressort über beide Parteien. Einen zusätzlichen Überblick über den Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressorts bietet die Abbildung 5.3 „Erfüllungszustand der Wahlversprechen pro Partei, getrennt nach Innehaben des Ressorts“ und die Abbildungen 5.4 „Erfüllungszustand der Wahlversprechen der SPD, getrennt nach Innehaben des Ressorts“ und 5.5 „Erfüllungszustand der Wahlversprechen der Union, getrennt nach Innehaben des Ressorts“.

Die SPD leitete insgesamt sechs Ministerien, hierzu gehören das Bundesministerium

für Auswärtiges, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (vgl. Deutschlandfunk 2018).

Die meisten Wahlversprechen der SPD sind inhaltlich dem Ministerium für Arbeit und Soziales zugeordnet, in dieses Ressort fallen 42 der abgegebenen ‚harten‘ Wahlversprechen der SPD. Das sind 82.35 Prozent der insgesamt dem Ministerium für Arbeit und Soziales zugeordneten Wahlversprechen. Geleitet wurde das Ministerium für Arbeit und Soziales in der betrachteten Regierungsperiode von 2018 bis 2021 von dem SPD-Politiker Hubertus Heil (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2022). Des Weiteren sind viele Wahlversprechen des Wahlprogramms der SPD dem Ministerium für Inneres, Bau und Heimat zuzuordnen, es handelt sich hierbei um 32 Wahlversprechen, dies entspricht 60.35 Prozent aller Wahlversprechen in diesem Ressort. Das Ministerium wurde in der Regierungsperiode von der Union geleitet. Auf Platz drei der Bundesministerien, zu welchem die meisten SPD Wahlversprechen zuzuordnen sind, liegt das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (30 Wahlversprechen), die SPD hat 83.33 Prozent aller Wahlversprechen in diesem Ressort abgegeben. Geleitet wurde das Ministerium von Franziska Giffey, ab Mai 2021 hat Christine Lambrecht die Geschäfte des Ministeriums übernommen (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Ebenfalls 30 Wahlversprechen der SPD fallen in das von der Union geleitete Ministerium für Bildung und Forschung. Es handelt sich um 81.08 Prozent aller Wahlversprechen in diesem Ressort. Die gleiche Anzahl an Wahlversprechen kann des Weiteren im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz festgestellt werden. Dieses Ministerium wurde in der betrachteten Regierungsperiode von Katarina Barley geleitet, ab Juni 2019 wurde dieses Amt von Christine Lambrecht übernommen (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Interessant ist bei den Wahlversprechen, die diesen Ministerien zugeordnet werden können, die Tatsache, dass auch hier ein insgesamt hoher Prozentsatz aller abgegebenen Wahlversprechen bei der SPD liegt. Bei dem Ministerium für Bildung und Forschung sind es ganze 81.08 Prozent und bei dem Bundesministerium für Inneres, Bau und Heimat sind es auch mit 60.38 Prozent ein hoher Anteil der Wahlversprechen. Dies ist wahrscheinlich mit dem deutlich längeren Wahlprogramm der SPD zu erklären. Die SPD leitete im vierten Kabinett Merkmals ebenfalls das Ministerium für Finanzen, in dieses fielen 20 der SPD Wahlversprechen, von den gesamten Wahlversprechen kann hierbei ein sehr ähnlicher prozentual Anteil an Union Wahlversprechen festgestellt werden, so wurden 52.63 Prozent der Wahlversprechen in diesem Ressort von der SPD abgegeben. Das Ministerium wurde von Olaf Scholz geleitet (vgl. Wissenschaftliche

5. Analyse der Daten

Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hatte ebenfalls eine SPD Ministerin, Svenja Schulze leitete das Bundesministerium (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Diesem Ministerium können inhaltlich neun der SPD Wahlversprechen zugeordnet werden. Zuletzt wurde das Auswärtige Amt mit Heiko Maas als Bundesminister an der Spitze von einem SPD Politiker geleitet (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 14). Diesem Ministerium sind sieben der SPD Wahlversprechen zuzuordnen. Wenige Wahlversprechen fallen in die CDU/CSU geleitete Ressorts, dem Bundeskanzleramt, dem Ministerium für Wirtschaft und Energie und dem Verteidigungsministerium. Mit lediglich zwei ‚harten‘ Wahlversprechen sind im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die wenigsten der SPD Wahlversprechen zu finden.

In einem nächsten Schritt wird der Erfüllungszustand der Wahlversprechen der SPD in den einzelnen Ministerien betrachtet. Die meisten ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen der SPD sind dem Ministerium für Inneres, Bau und Heimat (12 Wahlversprechen, 37.5 Prozent) inhaltlich zuzuordnen. Dieses Ergebnis ist besonders interessant, da das Ministerium von Horst Seehofer, einem CSU-Politiker, geleitet wurde (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 14). Zehn (33.34 Prozent) ‚voll erfüllte‘ Wahlversprechen erreicht die SPD im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Es handelt sich hierbei um ein Ministerium, das von der SPD geleitet wurde. Mit jeweils neun ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen erreichten viele SPD Wahlversprechen in den Ministerien für Justiz und Verbraucherschutz (30 Prozent) und dem Ministerium für Finanzen (45 Prozent) diesen Erfüllungsstatus. Es handelt sich hierbei um Ministerien, welche von der SPD geleitet wurden. Keine der SPD Wahlversprechen des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurden ‚voll erfüllt‘. Dieses Ergebnis ist wiederum erwartbar, da das Ministerium von der CDU-Politikerin Julia Klöckner geleitet wurde (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Im Bundeskanzleramt wurden ebenfalls keine SPD Wahlversprechen erfüllt, dies kann auch damit erläutert werden, dass dieses Ressort von der Union geleitet wurde. Ein anderes Bild der ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen ergibt sich, wenn betrachtet wird, wie viel Prozent der Wahlversprechen die SPD in einem jeweiligen Ressort erfüllen konnte. Hierbei kann festgestellt werden, dass prozentual die meisten abgegeben Wahlversprechen beider Parteien im Ministerium für Verteidigung von der SPD ‚voll erfüllt‘ wurden (40 Prozent). Im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit wurden von der SPD 35.71 Prozent der Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘ wurden. Ein hoher prozentualer Anteil wurde mit 28.12 Prozent ebenfalls im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz erreicht. Einen weiteren hohen Anteil mit dem Erfüllungsstatus ‚voll erfüllt‘ konnte das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen

und Jugend mit 27.78 Prozent erreichen. Diese Ergebnisse sind nachvollziehbar, da es sich um Ressorts handelt, welche von der SPD geleitet wurden.

Die meisten ‚teilweise erfüllten‘ Wahlversprechen der SPD sind dem Ministerium für Inneres, Bau und Heimat und dem Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zuzuordnen.

Die meisten Wahlversprechen der SPD mit dem Erfüllungsstatus ‚nicht erfüllt‘ sind dem Ministerium Arbeit und Soziales (64.71 Prozent) zuzuordnen, dem Ministerium welchem die meisten der SPD Wahlversprechen inhaltlich zugeordnet werden. Dieses Ergebnis ist besonders interessant, da dieses Ministerium von einem SPD-Politiker geleitet wurde (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2022) und mit 82.35 Prozent der insgesamt abgegebenen Wahlversprechen die SPD einen eindeutig höheren Anteil an Wahlversprechen abgab. Auch diese Ergebnisse zeigen, dass ein besonders hoher Anteil an SPD Wahlversprechen in diesen, von der SPD geleiteten Ministerien, nicht umgesetzt werden konnte.

Interessant bei der Betrachtung der Verteilung der Wahlversprechen nach Ressorts ist, dass die SPD ihre meisten ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen im Ministerium für Inneres, Bau und Heimat hat, ein Ministerium an dessen Spitze ein Unions Politiker steht. Bei der Betrachtung der ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen nach dem prozentualen Ansatz ist zu erkennen, dass die SPD die meisten Wahlversprechen im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit erfüllt hat, ein Ministerium welches von der SPD geleitet wird. Die meisten von der SPD abgegebenen Wahlversprechen sind dem Ministerium für Arbeit und Soziales zuzuordnen, einem Ministerium welches auch von der SPD regiert wird. Jedoch konnte die SPD lediglich 8 ihrer Wahlversprechen in diesem Ressort erfüllen.

5. Analyse der Daten

Tabelle 5.4.: Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort - SPD

Ressort	Erfüllt	Teilweise Erfüllt	Nicht Erfüllt	Gesamt
Arbeit und Soziales	8 (15.69 %)	1 (1.96 %)	33 (64.71 %)	42 (82.35 %)
Auswärtiges Amt	1 (10 %)	2 (20 %)	4 (40 %)	7 (70 %)
Bildung und Forschung	8 (21.62 %)	5 (13.51 %)	17 (45.95 %)	30 (81.08 %)
Bundeskanzleramt	0 (0 %)	0 (0 %)	2 (66.67 %)	2 (66.67 %)
Ernährung und Landwirtschaft	0 (0 %)	2 (10.53 %)	6 (31.58 %)	8 (42.11 %)
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10 (27.78 %)	3 (8.33 %)	17 (47.22 %)	30 (83.33 %)
Finanzen	9 (23.68 %)	2 (5.26 %)	9 (23.68 %)	20 (52.63 %)
Gesundheit	2 (11.11 %)	0 (0 %)	7 (38.89 %)	9 (50 %)
Inneres, Bau und Heimat	12 (22.64 %)	6 (11.32 %)	14 (26.42 %)	32 (60.38 %)
Justiz und Verbraucherschutz	9 (28.12 %)	1 (3.12 %)	20 (62.5 %)	30 (93.75 %)
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	5 (35.71 %)	1 (7.14 %)	3 (21.43 %)	9 (64.29 %)
Verkehr und digitale Infrastruktur	6 (18.75 %)	6 (18.75 %)	2 (6.25 %)	14 (43.75 %)
Verteidigung	2 (40 %)	0 (0 %)	1 (20 %)	3 (60 %)
Wirtschaft und Energie	2 (15.38 %)	0 (0 %)	2 (15.38 %)	4 (30.77 %)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	2 (50 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	2 (50 %)

In Tabelle 5.5 „Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort - Union“ sind die Wahlversprechen der Union inhaltlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet. Die CDU übernahm in der betrachteten Regierungsperiode das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Verteidigung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Bundesministerium für Gesundheit. Die CSU übernahm die Leitung des Bundesministeriums des Inneren, Bau und Heimat, des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur und des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (vgl. Deutschlandfunk 2018).

Es wird deutlich, dass die meisten ‚harten‘ Wahlversprechen der Union dem Ministerium für Inneres, Bau und Heimat (21 Wahlversprechen) zugeordnet werden können. Es handelt

sich hierbei um ein Ministerium, welches von der Union geleitet wird, der verantwortliche Minister war der CSU-Politiker Horst Seehofer (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 14). Des Weiteren sind viele der ‚harten‘ Wahlversprechen der Union dem Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (18 Wahlversprechen) inhaltlich zuzuordnen, dieses Ministerium stand ebenfalls unter der Leitung eines CSU-Politiker, es handelte sich um Andreas Scheuer (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Eine gleiche Anzahl an ‚harten‘ Wahlversprechen des Union Wahlprogramms kann dem Ministerium für Finanzen zugeordnet werden (ebenfalls 18 Wahlversprechen). Auf Platz drei der Bundesministerien, in welche die meisten Union Wahlversprechen fallen, liegt das, ebenfalls von der Union geleitete, Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, es handelt sich hierbei um ein Ministerium, welches in der betrachteten Regierungsperiode von der CDU-Politikerin Julia Klöckner geleitet wurde (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). In drei Ministerien fallen inhaltlich neun Wahlversprechen aus dem Wahlprogramm der Union, dem von der SPD geleiteten Ministerium für Arbeit und Soziales, dem Ministerium für Gesundheit, geleitet von Jens Spahn (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15) und in das Ministerium für Wirtschaft und Energie, welches von dem CDU-Politiker Peter Altmeier geleitet wurde (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Sieben Wahlversprechen der Union fallen in das Ministerium für Bildung und Forschung, geleitet von der CDU-Politikerin Anja Karliczek (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15) und sechs der Wahlversprechen fallen in das SPD geleitete Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Fünf Wahlversprechen des Wahlprogramms der Union fallen in das ebenfalls von der SPD geleitete Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und drei Wahlversprechen in das Auswärtige Amt. In drei Ministerien fallen inhaltlich jeweils zwei Wahlversprechen aus dem Wahlprogramm der Union, dem Ministerium für Verteidigung, geleitet von Ursula von der Leyen bis Juli 2019, daraufhin geleitet von Annegret Kramp-Karrenbauer (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15), dem Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, welches von dem CSU-Politiker Gerd Müller geleitet wurde (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Lediglich ein Wahlversprechen fällt in das Ressort des Bundeskanzleramts.

Auch bei der CDU/CSU wird der Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach den Ministerien genauer analysiert. Die meisten ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen der Union sind dem Ministerium für Inneres, Bau und Heimat (13 Wahlversprechen) inhaltlich zuzuordnen. Dieses Ergebnis ist nachvollziehbar, da es sich hierbei um ein Ministerium

5. Analyse der Daten

handelt, welches von der Union geleitet wurde. Der CSU-Politiker Horst Seehofer war der entsprechende Minister (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 14). Viele ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen (11 Wahlversprechen) der Union sind des Weiteren dem Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zuzuordnen, auch hierbei handelt es sich um ein von der Union geleitetes Ministerium (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022: 15). Auf dem dritten Platz der Ministerien, in welchem die meisten der Union Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘ wurden, liegt das von der SPD geleitete Finanzministerium mit acht ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen. Ein ähnliches Bild der Erfüllungsquote nach Ressorts ergibt sich, wenn der prozentuale Anteil der ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen in einem Ressort betrachtet wird. Mit 34.38 Prozent wurde der größte Anteil an Wahlversprechen im Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur von der Union erfüllt, auf dem zweiten Platz liegt mit 33.33 Prozent das Bundeskanzleramt. 26.32 Prozent der Wahlversprechen im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurden von der Union ‚voll erfüllt‘.

Die meisten ‚teilweise erfüllten‘ Wahlversprechen der Union können nicht auf ein Ministerium festgemacht werden, da in gleich sieben Ministerien jeweils zwei Wahlversprechen ‚teilweise erfüllt‘ wurden.

Die meisten ‚nicht erfüllten‘ Wahlversprechen der Union sind Teil des Aufgabengebiets des Ministeriums für Finanzen (8 Wahlversprechen). Das Innehaben des Ministeriums durch die SPD könnte diese Ergebnisse erklären. Wird auch hier der prozentuale Anteil betrachtet, wird deutlich, dass im Ministerium für Wirtschaft und Energie 38.46 Prozent der Wahlversprechen ‚nicht erfüllt‘ wurden. Von den Wahlversprechen, welche inhaltlich dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zugeordnet wurden, wurden 21.05 Prozent der Wahlversprechen von der Union ‚nicht erfüllt‘.

Die meisten ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen der Union fallen in das von ihr geleitete Ministerium für Inneres, Bau und Heimat. Es handelt sich hierbei um das gleiche Ministerium in welchem auch der Koalitionspartner SPD die meisten ihrer Wahlversprechen erfüllen konnte. Die Union konnte in diesem Ministerium eine leicht höhere Erfüllungsquote im Vergleich zu ihrem Koalitionspartner erreichen.

In bestehenden Studien wird ebenfalls der Aufbau einer Regierung und die Kontrolle des betreffenden Ministeriums betrachtet. Hierbei wird untersucht, ob der Besitz eines Ministeriums, dem inhaltlich richtigen Ressorts, durch eine Partei einen Einfluss darauf hat, mit welcher Wahrscheinlichkeit diese Partei ein Wahlversprechen in diesem Ressort umsetzen kann. So kommt eine Studie von Praprotnik aus dem Jahr 2015 zu dem Ergebnis, dass die Kontrolle des relevanten Ministeriums keine Auswirkung auf die

5.1. Deskriptive Ergebnisse

Tabelle 5.5.: Anzahl und Erfüllungszustand der Wahlversprechen nach Ressort - Union

	Erfüllt	Teilweise Erfüllt	Nicht Erfüllt	Gesamt
Arbeit und Soziales	3 (5.88 %)	2 (3.92 %)	4 (7.84 %)	9 (17.65 %)
Auswärtiges Amt	3 (30 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	3 (30 %)
Bildung und Forschung	3 (8.11 %)	2 (5.41 %)	2 (5.41 %)	7 (18.92 %)
Bundeskanzleramt	1 (33.33 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (33.33 %)
Ernährung und Landwirtschaft	5 (26.32 %)	2 (10.53 %)	4 (21.05 %)	11 (57.89 %)
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4 (11.11 %)	0 (0 %)	2 (5.56 %)	6 (16.67 %)
Finanzen	8 (21.05 %)	2 (5.26 %)	8 (21.05 %)	18 (47.37 %)
Gesundheit	4 (22.22 %)	2 (11.11 %)	3 (16.67 %)	9 (50 %)
Inneres, Bau und Heimat	13 (24.53 %)	2 (3.77 %)	6 (11.32 %)	21 (39.62 %)
Justiz und Verbraucherschutz	1 (3.12 %)	0 (0 %)	1 (3.12 %)	2 (6.25 %)
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	3 (21.43 %)	1 (7.14 %)	1 (7.14 %)	5 (35.71 %)
Verkehr und digitale Infrastruktur	11 (34.38 %)	2 (6.25 %)	5 (15.62 %)	18 (56.25 %)
Verteidigung	0 (0 %)	1 (20 %)	1 (20 %)	2 (40 %)
Wirtschaft und Energie	3 (23.08 %)	1 (7.69 %)	5 (38.46 %)	9 (69.23 %)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	2 (50 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	2 (50 %)

Umsetzung von Wahlversprechen in diesem Themenbereich durch die Partei habe (vgl. Praprotnik 2015: 10), während andere Studien diesem Ergebnis widersprechen und eine erhöhte Wahrscheinlichkeit bei der Umsetzung von Wahlversprechen beobachten, wenn das entsprechende Ministerium durch die Partei kontrolliert wird (vgl. Praprotnik 2017a: 856, 2017b: 240, Thomson 2001: 185).

5. Analyse der Daten

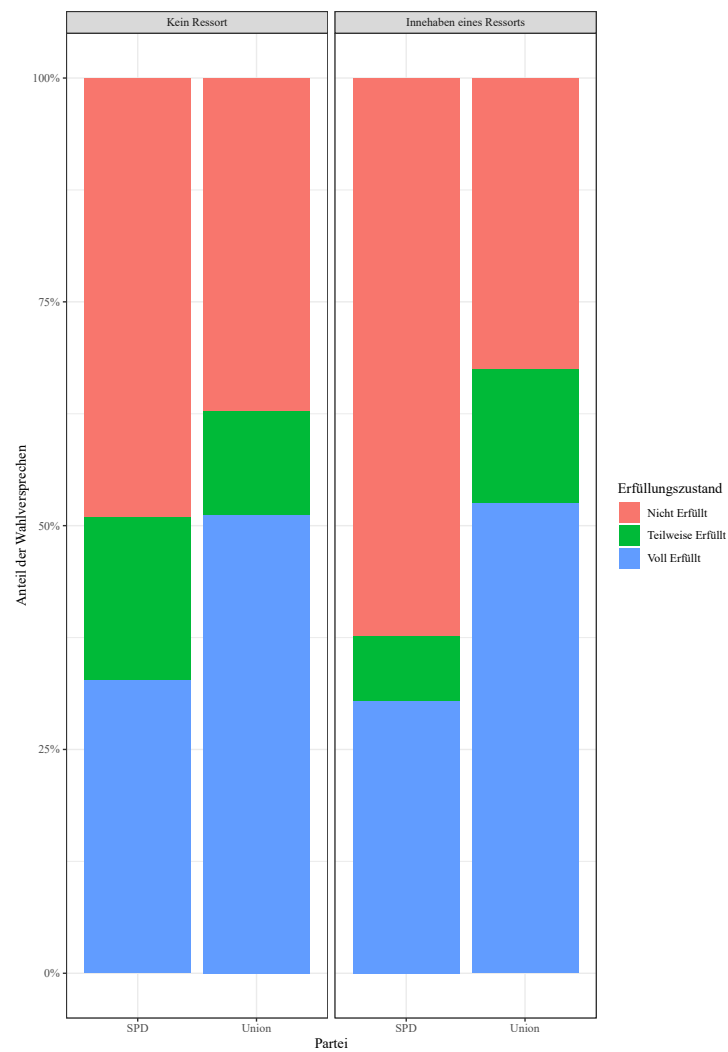


Abbildung 5.3.: Erfüllungszustand der Wahlversprechen pro Partei, getrennt nach Innehaben des Ressorts

5.1. Deskriptive Ergebnisse

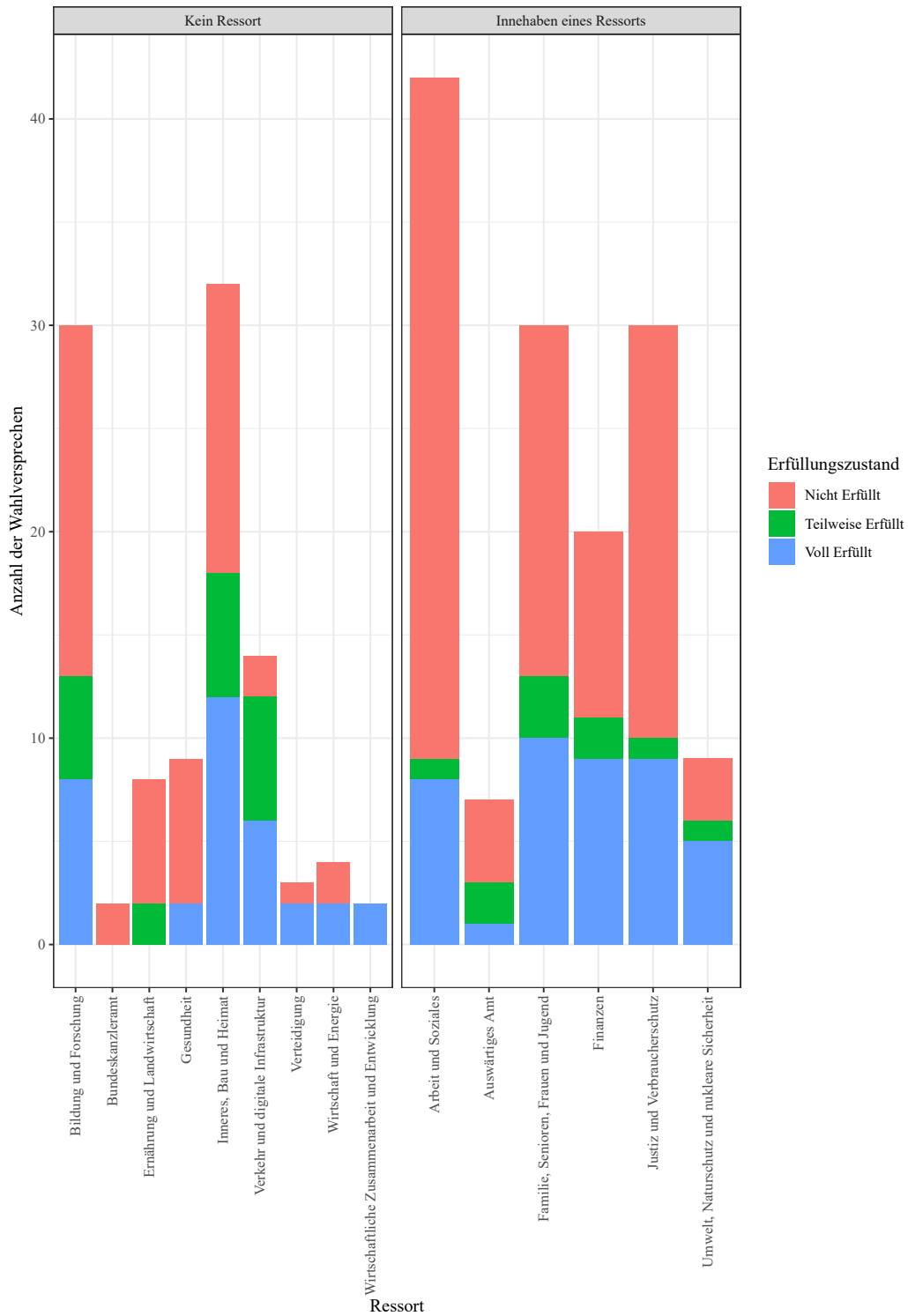


Abbildung 5.4.: Erfüllungszustand der Wahlversprechen der SPD, getrennt nach Innehaben des Ressorts

5. Analyse der Daten

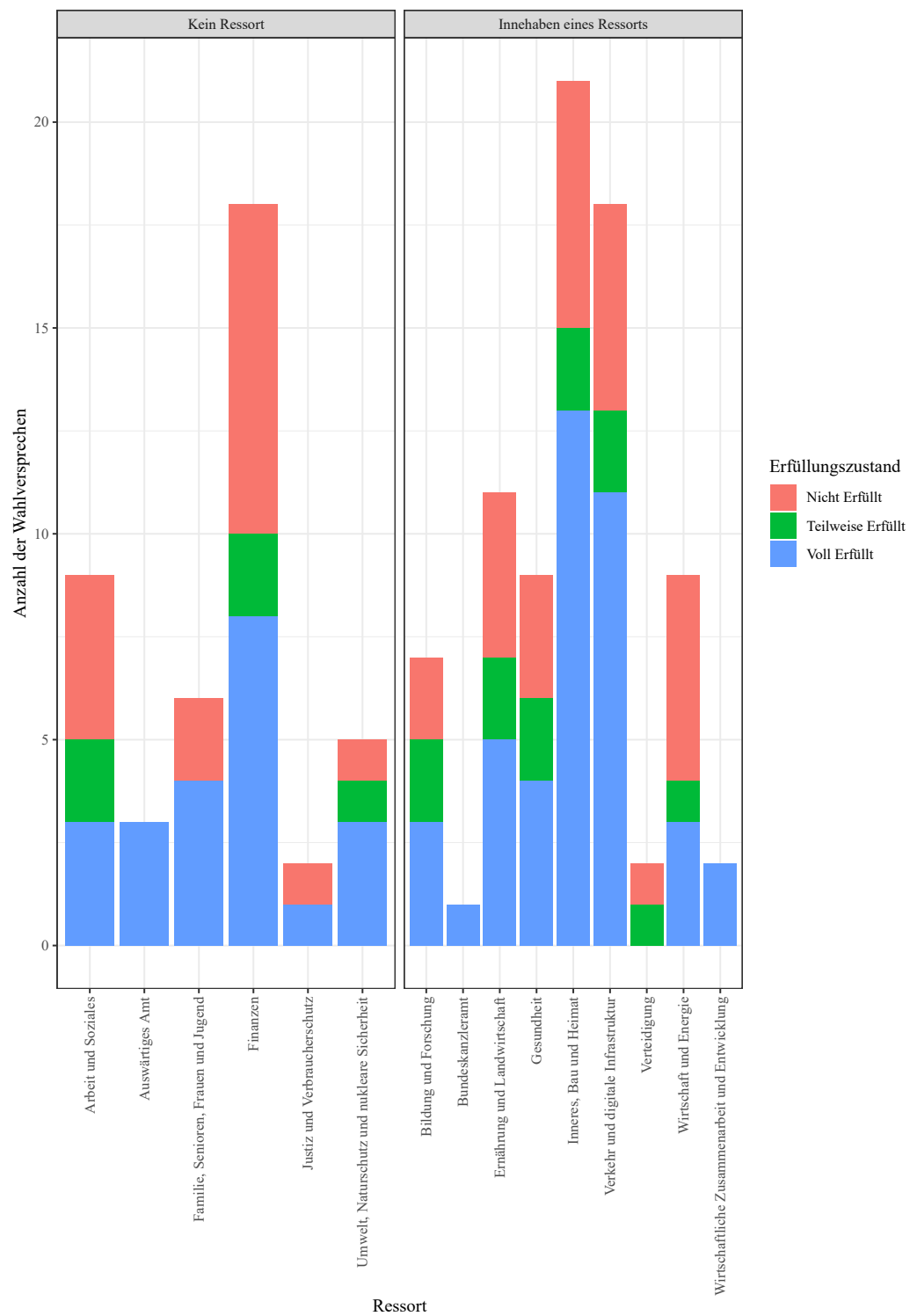


Abbildung 5.5.: Erfüllungszustand der Wahlversprechen der Union, getrennt nach Innehaben des Ressorts

5.2. Ergebnisse der Regression

5.2.1. Multinomiale logistische Regression

In Tabelle 5.6 „Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression“ sind die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression abgebildet. In dieser werden die Koeffizienten mit den entsprechenden Standardfehlern und den p-Werten dargestellt. Mithilfe der multinomialen logistischen Regression werden die Einflussfaktoren auf die Umsetzung von Wahlversprechen diskutiert. Für diese Arbeit wurde im Vorhinein ein Signifikanzniveau von 0.1 festgelegt. Dies bedeutet, dass ein Koeffizient in der Regressionsanalyse signifikant ist, wenn der p-Wert kleiner als 0.1 ist. Je kleiner der p-Wert, desto wahrscheinlicher ist es, dass der geschätzte Koeffizient unterschiedlich von 0 ist. Ein Koeffizient, der nicht 0 ist, hat einen Einfluss auf die abhängige Variable, in diesem Fall auf den Erfüllungszustand eines Wahlversprechens. In der Tabelle 5.6 sind die p-Werte mittels Sterne abgebildet. Alle Koeffizienten mit mindestens einem Stern werden in dieser Arbeit als signifikant angesehen. Koeffizienten mit drei Sternen haben einen p-Wert unter 0.01, diese Ergebnisse können als sehr wahrscheinlich angesehen werden und es kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass diese Ergebnisse nicht durch Zufall entstanden sind, falls die Modellannahmen nicht verletzt wurden.

In der ersten Spalte der abhängigen Variable in der Tabelle 5.6 sind die Koeffizienten der unabhängigen Variablen Typ des Wahlversprechens (Status Quo oder Änderungsversprechen), Übereinstimmung zwischen den Wahlprogrammen, Widerspruch zwischen den Wahlprogrammen, Zuordnung zu den Ressorts Auswärtiges Amt, Bundeskanzleramt, Ernährung und Landwirtschaft, Inneres, Bau und Heimat, Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Verkehr und digitale Infrastruktur, Verteidigung und Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung signifikant unterschiedlich von null. Dies bedeutet, dass diese Variablen einen signifikanten Einfluss darauf haben, ob die abhängige Variable eher ‚teilweise erfüllt‘ oder ‚nicht erfüllt‘ ist.

Dabei haben die unabhängigen Variablen Zuordnung zu den Ressorts Auswärtiges Amt, Ernährung und Landwirtschaft, Inneres, Bau und Heimat, Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Verkehr und digitale Infrastruktur und Verteidigung einen signifikanten positiven Einfluss, dass der Erfüllungszustand eines Wahlversprechen eher die Ausprägung ‚teilweise erfüllt‘ wie ‚nicht erfüllt‘ annimmt im Vergleich zu der Zuordnung des Wahlversprechens in das Ressort Arbeit und Soziales. Zudem hat die unabhängige Variable Typ eines Wahlversprechens bei der Ausprägung Status Quo und Übereinstimmung zwischen den Wahlprogrammen einen signifikanten positiven Einfluss, dass das Wahlversprechen eher ‚teilweise erfüllt‘ als ‚nicht erfüllt‘ wird. Die unabhängigen Variablen Widerspruch

5. Analyse der Daten

zwischen den Wahlprogrammen, Zuordnung zu den Ressorts Bundeskanzleramt und Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben wiederum einen signifikanten negativen Einfluss darauf, ob ein Wahlversprechen ‚teilweise erfüllt‘ im Vergleich zu einer Nichterfüllung ist.

In der zweiten Spalte der abhängigen Variablen in der Tabelle 5.6 sind die Koeffizienten der unabhängigen Variablen im Koalitionsvertrag vorhanden, Besitz des Kanzleramts, Typ des Wahlversprechens, Zuordnung zu den Ressorts Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Inneres, Bau und Heimat, Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Verkehr und digitale Infrastruktur und Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung signifikant unterschiedlich von null. Dabei haben alle genannten Koeffizienten einen signifikant positiven Einfluss, dass das Wahlversprechen eher ‚voll erfüllt‘ wird als ‚nicht erfüllt‘ wird. Der Koeffizient Typ des Wahlversprechens ist hierbei am größten.

Mithilfe der Goodness-of-fit Maße, welche ebenfalls in Tabelle 5.6 abgebildet werden, wird überprüft, wie gut das Modell mit den tatsächlich erhobenen Daten übereinstimmt (vgl. Behnke 2015: 99). Der McFadden R² Test nimmt für das Modell einen Wert von 0.183 an. Dies liegt innerhalb des Intervalls, welches in der Literatur als gute Modellanpassung beschrieben wird (vgl. McFadden et al. 1977: 26). Der Hosmer-Lemeshow Fit Test nimmt einen p-Wert von 0.941 an. Die Nullhypothese wird demnach nicht abgelehnt und beschreibt somit eine gute Anpassung des Modells (vgl. Nahhas 2023).

5.2. Ergebnisse der Regression

Tabelle 5.6.: Ergebnisse der multinomialen Logistischen Regression

	<i>Abhängige Variable:</i>	
	Teilweise Erfüllt	Voll Erfüllt
	(1)	(2)
Koalitionsvertrag	−0.709 (0.680)	1.317*** (0.380)
Partei: Union	0.305 (0.420)	0.581* (0.310)
Innehaben des Ressorts	−0.167 (0.417)	0.115 (0.310)
Status Quo	2.276*** (0.791)	3.278*** (0.673)
Wiederholung	0.036 (0.742)	0.447 (0.465)
Übereinstimmung	1.167* (0.686)	−0.030 (0.539)
Widerspruch	−25.100*** (0.000)	−0.742 (1.055)
Ressorts:		
Auswärtiges Amt	1.781* (1.078)	1.333 (0.879)
Bildung und Forschung	1.284 (0.802)	0.784 (0.604)
Bundeskanzleramt	−11.485*** (0.00001)	1.041 (1.313)
Ernährung und Landwirtschaft	1.512* (0.897)	−0.171 (0.825)
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	0.682 (0.878)	1.226** (0.530)
Finanzen	0.807 (0.880)	0.649 (0.589)
Gesundheit	1.051 (1.021)	0.697 (0.718)
Inneres, Bau und Heimat	1.516* (0.783)	1.128** (0.541)
Justiz und Verbraucherschutz	−0.378 (1.201)	0.714 (0.582)
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	1.793* (1.084)	1.611** (0.783)
Verkehr und digitale Infrastruktur	2.500*** (0.831)	1.952*** (0.637)
Verteidigung	2.588* (1.510)	1.019 (1.269)
Wirtschaft und Energie	0.093 (1.281)	0.614 (0.810)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	−1.605*** (0.000)	24.308*** (0.000)
Interzept	−2.560*** (0.697)	−1.983*** (0.472)
McFadden R2	0.183	
Hosmer-Lemeshow Test	X-Squared: 8.265	p-Wert: 0.941
Akaike Inf. Crit.	671.016	

Anmerkung:

*p<0.1; **p<0.05; ***p<0.01

5.2.2. Interpretation der Odds Ratios

Tabelle 5.7.: Odds Ratios der multinomialen Logistischen Regression

	<i>Abhängige Variable:</i>	
	Teilweise Erfüllt	Voll Erfüllt
	(1)	(2)
Koalitionsvertrag	0.492	3.734
Partei: Union	1.357	1.789
Innehaben des Ressorts	0.846	1.122
Status Quo	9.738	26.525
Wiederholung	1.037	1.564
Übereinstimmung	3.212	0.971
Widerspruch	0.000	0.476
Ressorts:		
Auswärtiges Amt	5.933	3.793
Bildung und Forschung	3.611	2.191
Bundeskanzleramt	0.00001	2.832
Ernährung und Landwirtschaft	4.535	0.843
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	1.978	3.407
Finanzen	2.242	1.914
Gesundheit	2.860	2.007
Inneres, Bau und Heimat	4.553	3.089
Justiz und Verbraucherschutz	0.685	2.042
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	6.007	5.007
Verkehr und digitale Infrastruktur	12.183	7.040
Verteidigung	13.299	2.771
Wirtschaft und Energie	1.098	1.849
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	0.201	> 99
Interzept	0.077	0.138
Akaike Inf. Crit.	671.016	671.016

Die Abbildung 5.6 bildet die Odds Ratios mit den entsprechenden Konfidenzintervallen unter einem Signifikanzniveau von $\alpha = 0.1$ für die Variablen Koalitionsvertrag, Partei und Innehaben des Ressorts, welche für die Beantwortung der drei Hypothesen relevant sind, ab. Hier wird deutlich, dass ein Wahlversprechen eher ‚voll erfüllt‘ wird, wenn es im Koalitionsvertrag aufgenommen wurde und von der Union, also der Kanzlerpartei, abgegeben wurde. Das Vorhandensein des Wahlversprechens im Koalitionsvertrag hat dabei den größten Einfluss auf die ‚volle‘ Erfüllung des Wahlversprechens. Das Inne-

haben eines Ressorts hat zwar einen positiven Einfluss auf die ‚volle‘ Erfüllung eines Wahlversprechens, jedoch konnte in dieser Arbeit keine Signifikanz festgestellt werden, da das 90%-Konfidenzintervall die Odds Ratio von eins beinhalten. Für die ‚teilweise‘ Erfüllung konnten keine signifikanten Ergebnisse für die drei entscheidenden Variablen festgestellt werden. Interessanterweise ist das Vorhandensein eines Wahlversprechens im Koalitionsvertrag eher schlechter für die teilweise Erfüllung dieses Wahlversprechens.

Teilweise Erfüllt

Bei einem Wahlversprechen, welches den Status Quo wiedergibt, sind die Odds, dass dieses Wahlversprechen ‚teilweise erfüllt‘ wird im Vergleich zu einer Nichterfüllung des Wahlversprechens um einen Faktor von 9.74 (873.83 %) größer im Vergleich zu einem Wahlversprechen, welches eine Veränderung anstrebt. Bei einem Wahlversprechen, das im Widerspruch zu einem Wahlversprechens des Wahlprogramms des Koalitionspartners steht, sind die Odds, dass dieses Wahlversprechen ‚teilweise erfüllt‘ wird im Vergleich zu einer Nichterfüllung des Wahlversprechens um einen Faktor von 0 (-100 %) geringer im Vergleich zu einem Wahlversprechen das nicht im Widerspruch zu einem Wahlversprechen des Koalitionspartners steht.

Bei Wahlversprechen, welche inhaltlich in die Ressorts Auswärtiges Amt, Ernährung und Landwirtschaft, Inneres, Bau und Heimat, und Verkehr und digitale Infrastruktur fallen, sind die Odds dass diese Wahlversprechen ‚teilweise erfüllt‘ werden im Vergleich zu einer Nichterfüllung der Wahlversprechen um folgende Faktoren, 5.93 (493.33 %), 4.53 (353.47 %), 4.55 (355.28 %) und 12.18 (1118.31 %) größer im Vergleich zu einem Wahlversprechen, das inhaltlich in das Ressort Arbeit und Soziales fällt.

Bei Wahlversprechen, welche inhaltlich in die Ressorts Bundeskanzleramt, Wirtschaft und Energie, und Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fallen, sind die Odds, dass diese Wahlversprechen ‚teilweise erfüllt‘ werden im Vergleich zu einer Nichterfüllung der Wahlversprechen um folgende Faktoren, 0 (-100 %), 1.1 (9.79 %) und 0.2 (-79.91 %), geringer im Vergleich zu einem Wahlversprechen, welches inhaltlich in das Ressort Arbeit und Soziales fällt.

Bei einem Wahlversprechen, welches in den Wahlprogrammen beider Parteien genannt wird, sind die Odds, dass dieses Versprechen ‚teilweise erfüllt‘ wird im Vergleich zu einer Nichterfüllung des Wahlversprechens um einen Faktor 3.21 (221.16 %) größer im Vergleich zu einem Wahlversprechens, welches nicht von beiden Parteien im Wahlprogramm genannt wird.

Bei Wahlversprechen, welche inhaltlich in die Ressorts Bildung und Forschung, Umwelt,

5. Analyse der Daten

Naturschutz und nukleare Sicherheit und Verteidigung fallen, sind die Odds, dass diese Wahlversprechen ‚teilweise erfüllt‘ werden im Vergleich zu einer Nichterfüllung der Wahlversprechen um folgende Faktoren, 3.61 (261.07 %), 6.01 (500.7 %) und 13.3 (1229.89 %), größer im Vergleich zu einem Wahlversprechen, welches inhaltlich in das Ressort Arbeit und Soziales fällt.

Voll Erfüllt

Bei einem Wahlversprechen, das in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird, sind die Odds, dass dieses Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘ wird im Vergleich zu einer Nichterfüllung des Wahlversprechens um einen Faktor von 3.73 (273.4 %) größer im Vergleich zu einem Wahlversprechen, welches nicht im Koalitionsvertrag steht.

Bei einem Wahlversprechen, das von der Union abgegeben wurde, sind die Odds, dass dieses Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘ wird im Vergleich zu einer Nichterfüllung des Wahlversprechens um einen Faktor von 1.79 (78.86 %) größer im Vergleich zu einem Wahlversprechen das von der SPD abgegeben wurde.

Bei einem Wahlversprechen, welches den Status Quo wiedergibt, sind die Odds, dass dieses Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘ wird im Vergleich zu einer Nichterfüllung des Wahlversprechens um einen Faktor von 26.53 (2552.5 %) größer im Vergleich zu einem Wahlversprechens, welches eine Veränderung anstrebt.

Bei Wahlversprechen welche inhaltlich in die Ressorts Naturschutz, Umwelt und nukleare Sicherheit, Verkehr und digitale Infrastruktur und Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fallen, sind die Odds dass diese Wahlversprechen ‚teilweise erfüllt‘ werden im Vergleich zu einer Nichterfüllung der Wahlversprechen um folgende Faktoren, 5.01 (400.71 %), 7.04 (604.03 %) und mehr als 99 (> 9999 %), größer im Vergleich zu einem Wahlversprechen, das inhaltlich in das Ressort Arbeit und Soziales fällt. Die Zahlen für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind so hoch, da alle Wahlversprechen in diesem Ressort ‚voll erfüllt‘ wurden.

Bei Wahlversprechen, welche inhaltlich in die Ressorts Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Inneres, Bau und Heimat fallen, sind die Odds, dass diese Wahlversprechen teilweise erfüllt werden im Vergleich zu einer Nichterfüllung der Wahlversprechen um folgende Faktoren, 3.41 (240.73 %) und 3.09 (208.94 %), größer im Vergleich zu einem Wahlversprechen, welches inhaltlich in das Ressort Arbeit und Soziales fällt.

5.2. Ergebnisse der Regression

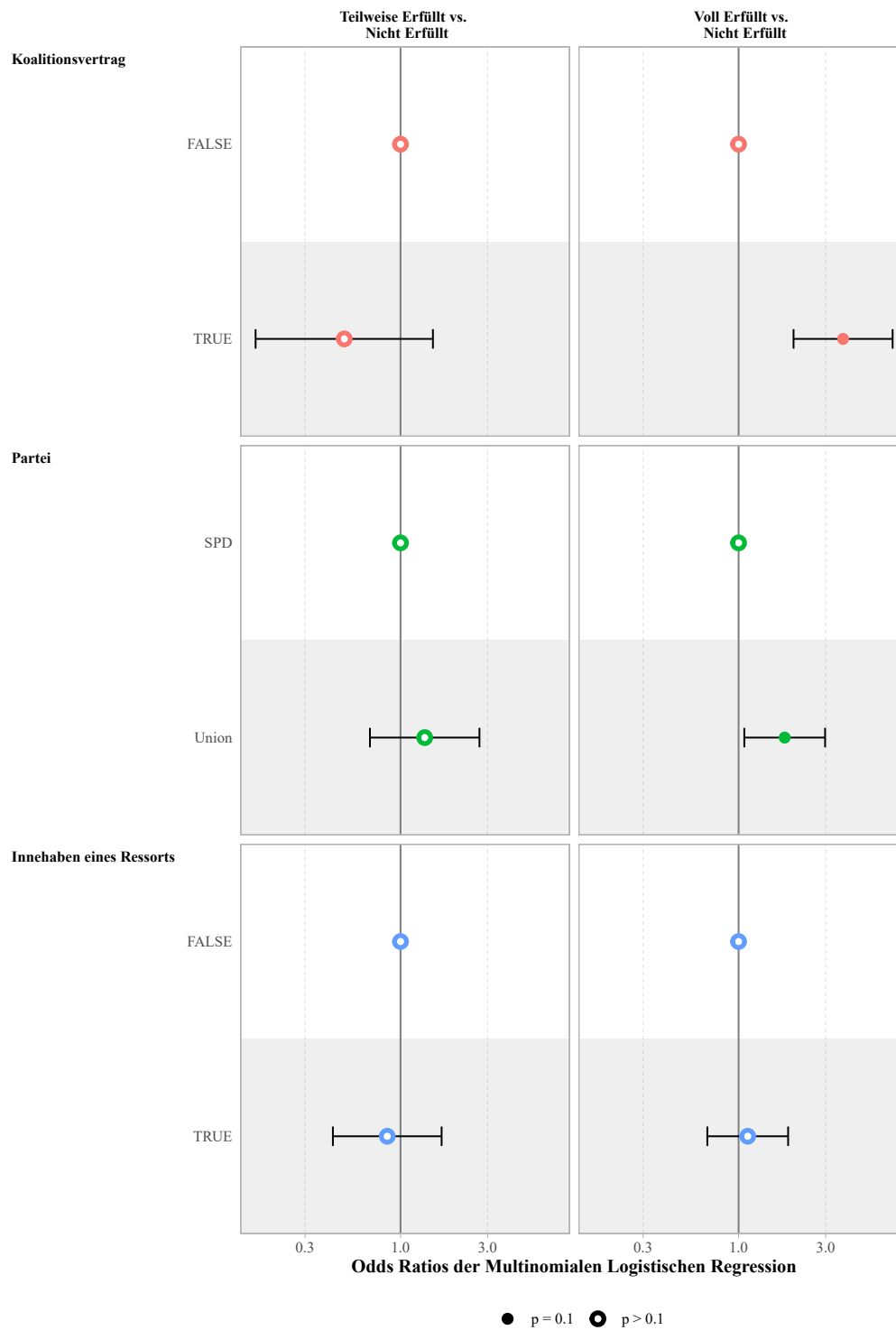


Abbildung 5.6.: Zusammenfassung der Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression für die drei Variablen, welche für die Beantwortung der Hypothesen relevant sind.

6. Diskussion

Das Ziel des vorliegenden Kapitels ist die Diskussion der Ergebnisse, welche im vorherigen Kapitel dargestellt wurden. Hierfür wird im folgenden auf die drei Hypothesen der Forschungsarbeit eingegangen. Das Ziel ist es die Hypothesen im Kontext der Mandatstheorie und der bestehenden Forschung zu diskutieren und die Gründe für die Annahme oder Ablehnung dieser zu erläutern. Ein zweiter Teil des Kapitels geht auf zusätzliche Faktoren ein, welche in der Analyse der Daten herausgearbeitet wurden und welche die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen zusätzlich erklären können. Der dritte Teil des Kapitels diskutiert die Ergebnisse der Datenanalyse der Wahlversprechen im Vergleich zu den Ergebnissen der Bertelsmann Studie „Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21“ (2021), welche ebenfalls die betrachtete Regierungsperiode untersucht, hierfür jedoch eine andere Datenlage heranzieht. Schließlich wird die Mandatstheorie auf die Ergebnisse der Analyse angewendet.

6.1. Überprüfung der Hypothesen

Die Überprüfung der Hypothesen erfolgt mithilfe der Datenanalyse des vorherigen Kapitels. Das Ziel ist es diese Analyseergebnisse im Kontext der bestehenden Forschungsergebnisse und der Mandatstheorie zu diskutieren.

6.1.1. Über den Einfluss des Koalitionsvertrags

Mithilfe der erhobenen Daten über die Regierungsperiode 2018 bis 2021 der CDU/CSU und der SPD kann der Einfluss der Übernahme eines Wahlversprechens in den Koalitionsvertrag auf die Erfüllung dieses Wahlversprechen bewertet werden. Hypothese 1 wird daher auf Basis dieser Daten analysiert. Durch die Betrachtung von bestehenden Forschungsergebnissen wird deutlich, dass durch das erneute Niederschreiben von Wahlversprechen in einen Koalitionsvertrag die Chance steigt, dass dieses Wahlversprechen erfüllt wird (vgl. Praprotnik 2015: 10, 2017a: 856, 2017b: 240, Royed et al.: 303, Thomson 2001: 188).

6. Diskussion

Insgesamt konnten bei der Analyse dieser Regierungsperiode 365 abgegebene ‚harte‘ Wahlversprechen untersucht werden. Von diesen Wahlversprechen sind 65 Versprechen auch im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien zu finden. Dies entspricht 17.8 Prozent aller Wahlversprechen. 82.2 Prozent der Wahlversprechen sind nicht im Koalitionsvertrag der Regierung abgebildet. Eine genauere Analyse der Wahlversprechen im Koalitionsvertrag lässt die folgenden Schlüsse zu: 43 von diesen Wahlversprechen wurden ‚voll erfüllt‘, vier ‚teilweise erfüllt‘ und 18 ‚nicht erfüllt‘. Dies entspricht einer Erfüllungsquote von 66.2 Prozent der im Koalitionsvertrag aufgenommenen Wahlversprechen. Werden zusätzlich die ‚teilweise erfüllten‘ Wahlversprechen dieser Erfüllungsquote hinzugerechnet, kann eine Erfüllungsquote von 72.3 Prozent festgestellt werden. Von den 300 Wahlversprechen die nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden, sind 97 dieser ‚voll erfüllt‘. Dies entspricht einer Erfüllungsquote von 32.3 Prozent. Ein zusätzlichen Einbezug der ‚teilweise erfüllten‘ Wahlversprechen ergibt eine Erfüllungsquote der Wahlversprechen, welche nicht im Koalitionsvertrag abgebildet werden, von 46.3 Prozent. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass Wahlversprechen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit umgesetzt werden, wenn diese im Rahmen der Koalitionsverhandlungen in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden.

Die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression zeigen ebenfalls, dass das Vorhandensein eines Wahlversprechens einen signifikant positiven Einfluss darauf hat, dass ein Wahlversprechen die Ausprägung ‚voll erfüllt‘ annimmt statt ‚nicht erfüllt‘. Genauer konnte bei der Betrachtung der Odds ein Faktor von 3.73 (273.4 Prozent) festgestellt werden, dass diese Wahlversprechen eher umgesetzt werden statt einer Nichterfüllung dieser. Die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression unterstützen die Hypothese 1: *„Wahlversprechen, die in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden, werden eher umgesetzt als Wahlversprechen, die nicht aufgenommen wurden.“* Somit kann Hypothese 1 angenommen werden. Die Annahme von Hypothese 1 über den Einfluss eines Koalitionsvertrags auf die Umsetzung von Wahlversprechen, reiht sich in die bereits bestehenden Studienergebnisse ein und bestätigt diese. Mit der Untersuchung des Verhaltens der deutschen Bundesregierung wird diesen ein neuer Fall hinzugefügt. Durch die Analyse dieser Arbeit wird die Annahme über Koalitionsverträge in einem weiteren Staat und Regierungssystem bestätigt.

6.1.2. Über den Einfluss des Besitz des Kanzleramts

In diesem Kapitel sollen die erhobenen Daten genutzt werden, um auf Hypothese 2 und den Einfluss einer Partei durch das Stellen des*der Kanzler*in auf die Wahrscheinlichkeit,

6.1. Überprüfung der Hypothesen

dass Wahlversprechen umgesetzt werden, einzugehen. Zu der Rolle der Partei, welche den*die Kanzler*in oder Regierungschef*in stellt, existieren bereits Forschungsergebnisse, diese sind jedoch durchaus widersprüchlich. So gehen manche Studien von bestehenden Unterschieden in der erfolgreichen Umsetzung aus und sehen bei den Kanzlerparteien eine größere Wahrscheinlichkeit in der Umsetzung von Wahlversprechen (vgl. Royed et al. 2019: 303). Andere Studien sehen keine Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung zwischen der Kanzlerpartei und den Koalitionspartnern (vgl. Praprotnik 2015: 10, 2017a: 856, 2017b: 242). Forschungsergebnisse zur Umsetzung von Wahlversprechen in Österreich legen nahe, dass das Stellen des*der Regierungschef*in die Wahrscheinlichkeit nicht steigert mit welcher Parteien Wahlversprechen erfüllen (vgl. Praprotnik 2015: 10). Da andere Studien in anderen Staaten zu widersprüchlichen Ergebnissen kommen - einen Einfluss durch den Besitz des Amt des*der Regierungschef*in sehen (vgl. Royed et al. 2019: 303) - bleibt die Frage nach dem Einfluss der Kanzlerpartei ungeklärt. Die Formulierung der Hypothese 2: *„Die Partei mit Besitz des Kanzleramts setzt weniger Wahlversprechen um als der Koalitionspartner.“* orientiert sich an den Ergebnissen der Studie der Bertelsmann Stiftung, welche mehr umgesetzte Versprechen aus dem Koalitionsvertrag bei der SPD sieht (vgl. Vehrkamp, Matthieß 2019: 15).

Die Ergebnisse der Datenauswertung der Umsetzung von Wahlversprechen in der betrachteten Regierungsperiode machen deutlich, dass unterschiedliche Erfüllungsquoten über die Umsetzung der Wahlversprechen der beiden Parteien bestehen. So wurden von der Union 123 ‚harte‘ Wahlversprechen betrachtet, von diesen ‚harten‘ Wahlversprechen wurden 64 Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘, 17 der Wahlversprechen wurden ‚teilweise erfüllt‘ und 42 der Wahlversprechen wurden ‚nicht erfüllt‘. Die Erfüllungsquote der SPD unterscheidet sich hiervon, so wurden 242 ‚harte‘ Wahlversprechen von den Sozialdemokraten abgegeben. Die Untersuchung dieser Wahlversprechen ergab, dass 76 der Wahlversprechen ‚voll erfüllt‘ wurden, 29 ‚teilweise erfüllt‘ wurden und 137 der Wahlversprechen wurden in der Regierungsperiode ‚nicht erfüllt‘. Eine Betrachtung der Prozentzahlen der umgesetzten Wahlversprechen macht diesen Unterschied noch deutlicher, so hat die SPD 43.38 Prozent ihrer abgegebenen Wahlversprechen ‚voll‘ oder ‚teilweise‘ umgesetzt. Die CDU/CSU hat jedoch eine deutlich höhere Prozentzahl in der Umsetzung ihrer abgegebenen Wahlversprechen, so wurden von dieser Partei 65.85 Prozent ‚voll erfüllt‘ oder ‚teilweise erfüllt‘.

Werden die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression herangezogen, kann wie bei Hypothese 1 beobachtet werden, dass der Besitz des Kanzleramts einen signifikant positiven Einfluss darauf hat, dass das Wahlversprechen dieser Partei eher ‚voll erfüllt‘ wird als ‚nicht erfüllt‘. Wird weiterhin die Betrachtung der Odds herangezogen, wird folgendes

6. Diskussion

deutlich: die Odds, dass ein Wahlversprechen einer Partei ‚voll erfüllt‘ wird, welche die Kanzler*in stellt, sind im Vergleich zu einer Nichterfüllung dieser Wahlversprechen um einen Faktor von 1.79 oder 78.86 Prozent größer. Die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression können die Hypothese 2 daher nicht unterstützen. Vielmehr kann festgestellt werden, dass Parteien ihre Wahlversprechen mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit umsetzen, wenn diese im Besitz des Kanzleramts sind.

Eine ausführliche Betrachtung dieser Hypothese über den Einfluss des Besitzes des Kanzleramts auf die Umsetzung von Wahlversprechen muss jedoch auch auf den Typ eines Wahlversprechens eingehen. In der Datenerhebung der Forschungsarbeit wurde zwischen Änderungsversprechen und Status Quo Versprechen ein Unterschied gemacht. Hierbei konnte festgestellt werden, dass beide betrachteten Parteien deutlich mehr Änderungsversprechen in ihren Wahlprogrammen abgeben als Status Quo Versprechen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass kein Unterschied in der Anzahl der Status Quo Versprechen festgestellt werden konnte. So sind 21.95 Prozent der Wahlversprechen des Union Wahlprogramms Status Quo Versprechen, während die SPD lediglich 7.85 Prozent Status Quo Versprechen in ihrem Wahlprogramm abgegeben hat. Dies ist auch sichtbar in der multinomialen logistischen Regression. So hat der Koeffizient Typ des Wahlversprechens den größten signifikant positiven Einfluss, dass ein Wahlversprechen eher ‚voll erfüllt‘ wird als ‚nicht erfüllt‘. Diese Ergebnisse stimmen mit der bestehenden Forschungsliteratur überein. So kommen mehrere Studien zu dem Ergebnis, dass ein Wahlversprechen eher umgesetzt wird, wenn es die Beibehaltung des Status Quo zum Ziel hat. Wahlversprechen, welche eine Veränderung der bestehenden Situation zum Ziel haben, werden mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit umgesetzt (vgl. Kostadinova 2013: 201, Praprotnik 2015: 10, 2017b: 244, Royed 1996: 77, Thomson 2001: 186). Da die CDU/CSU deutlich mehr Status Quo Versprechen abgeben hat, könnte dies einen Einfluss darauf haben, dass sie eine höhere Wahrscheinlichkeit in der Umsetzung ihrer Wahlversprechen hat und nicht nur ausschließlich der Besitz des Kanzleramts.

Bei der Betrachtung der Hypothese 2 muss eine weitere Einschränkung der Ergebnisse vorgenommen werden. So liefert die Datenanalyse dieser Forschungsarbeit keine abschließenden Ergebnisse darüber, ob der festgestellte Einfluss der CDU/CSU auf ihre Rolle als Kanzlerpartei zurückzuführen ist oder ob die CDU/CSU diesen Effekt ihrer Parteistruktur oder ihren Politiker*innen zu verdanken hat. Ergebnisse hierzu könnten mithilfe qualitativer Studien erarbeitet werden. In diesen könnten Protokolle von Parlamente und Regierungen analysiert werden oder eine Diskussionsanalyse über den unterschiedlichen Einfluss verschiedener Akteure durchgeführt werden. Auf diese Weise könnte eine Analyse von Machtstrukturen durchgeführt werden, welche genauere Ergebnisse zum Einfluss von

Parteien geben könnte.

6.1.3. Über die Kontrolle der Ministerien

Die Hypothese 3 der Forschungsarbeit lautet: *„Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlversprechen erfüllt wird, ist größer, wenn die betreffende Partei, welche das Wahlversprechen formuliert, das entsprechende Ministerium kontrolliert.“* Bei dieser These wird der Frage nachgegangen, ob die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlversprechen einer Partei, welches inhaltlich in ein bestimmtes Ministerium fällt, welches von eben dieser Partei kontrolliert wird, eher umgesetzt wird als ein Wahlversprechen einer Partei, welches inhaltlich in ein Ressort fällt, das von einer anderen Partei/dem Koalitionspartner kontrolliert wird. In der Entwicklung dieser Hypothese wurde deutlich, dass zu dieser Thematik ebenfalls unterschiedliche Forschungsergebnisse bestehen. So gehen Studien teilweise davon aus, dass dies eine positive Auswirkung auf die Umsetzung dieser Wahlversprechen besitzt (vgl. Praprotnik 2017a: 856, 2017b: 240, Thomson 2011:185), andere sehen keine Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit, mit welcher Wahlversprechen umgesetzt werden (vgl. Praprotnik 2015:10).

In Kapitel fünf der Arbeit wird darauf eingegangen, welchen Einfluss das Innehaben eines Ministeriums durch eine Partei auf die Erfüllung von Wahlversprechen besitzt, wenn die Wahlversprechen dieser Partei in dieses Ressort fallen. Bei der Betrachtung der Daten wird besonders deutlich, dass der Erfüllungszustand der Wahlversprechen der Union sich fast nicht verändert, unabhängig davon, ob die Partei die Leitung eines entsprechenden Ministeriums besitzt oder nicht. Bei der SPD kann sogar festgestellt werden, dass die Umsetzung von Wahlversprechen geringer ist, wenn die Partei die Führung eines Ministeriums übernommen hat. Diese Ergebnisse können noch genauer betrachtet werden in den Abbildungen 5.4 und 5.5, in diesen wird der Erfüllungszustand der Wahlversprechen der Parteien in den einzelnen Ministerien abgebildet.

Die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression zeigen, dass keine statistische Signifikanz der Variable Innehaben eines Ressorts festgestellt werden kann. Bei manchen Ressorts wurde ein signifikanter Unterschied auf den Einfluss des Erfüllungszustandes festgestellt.

Dieser signifikante Unterschied kann auf unterschiedliche Gründe zurückgeführt werden, diese Forschungsarbeit kann jedoch keine Untersuchung dieser möglichen Gründe liefern. Mögliche Gründe könnten sein, dass manche Ressorts eher Wahlversprechen umsetzen und die Partei, die dieses Ministerium innehat, keinen Einfluss ausübt. Ein Grund könnte auch sein, dass die inhaltliche Ausgestaltung bestimmter Wahlversprechen die Umsetzung

6. Diskussion

erleichtert und somit höhere Erfüllungsquoten in bestimmten Ministerien entstehen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression kann Hypothese 3 nicht angenommen werden, da kein signifikanter Einfluss der Variable feststellbar ist.

6.2. Zusätzliche erklärende Faktoren zur Umsetzung von Wahlversprechen

Durch die Auswertung und Interpretation der Daten über die Erfüllung von Wahlversprechen in der Regierungsperiode 2018 bis 2021 wurden weitere Faktoren herausgearbeitet, welche die Umsetzung von Wahlversprechen erklären. So wird deutlich, dass der Typ eines Wahlversprechens einen großen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit hat, mit welcher dieses Wahlversprechen umgesetzt wird. Hierunter wird die Unterscheidung zwischen Änderungsversprechen und Status Quo Versprechen verstanden. Insgesamt kann festgestellt werden, dass Parteien in Wahlkämpfen mehr Wahlversprechen abgeben, welche eine Veränderung der bestehenden Situation anstreben. Dies kann in der Betrachtung der Wahlprogramme der CDU/CSU und der SPD festgestellt werden. So betrug der Anteil der Wahlversprechen der CDU/CSU die eine Veränderung anstreben 78.05 Prozent, während die Status Quo Versprechen 21.95 Prozent des Wahlprogramms einnahmen. Bei der SPD ist der Unterschied noch deutlicher zu sehen. In dem Wahlprogramm der Sozialdemokrat*innen sind lediglich 7.85 Prozent der abgegebenen Wahlversprechen Status Quo Versprechen, bei den restlichen Wahlversprechen (92.15 Prozent) handelt es sich um Versprechen welche eine Veränderung anstreben. Bei der Betrachtung des Erfüllungsstatus nach dem Typ der Wahlversprechen wird deutlich, dass wesentlich mehr Status Quo Versprechen umgesetzt werden als Wahlversprechen, welche die bestehende Situation verändern möchten. So wurden von allen abgegebenen Status Quo Versprechen der beiden Parteien 80.43 Prozent ‚voll erfüllt‘. Von den Änderungsversprechen wurden lediglich 32.29 Prozent ‚voll erfüllt‘. Die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression deuten ebenfalls darauf hin, dass Status Quo Versprechen eine höhere Wahrscheinlichkeit besitzen ‚voll erfüllt‘ statt ‚nicht erfüllt‘ zu werden. Diese Ergebnisse der Analyse der Koalitionsregierung der SPD und der CDU/CSU stimmen mit den Forschungsergebnissen anderer Studien über unterschiedliche Staaten und Parteien überein, auch in diesen wird von einer höheren Erfüllungsquote bei Status Quo Versprechen ausgegangen (vgl. Kostadinova 2013: 2021, Praprotnik 2017b: 244, Thomson 2001: 18). Diese Ergebnisse lassen sich mit dem Umstand erklären, dass Status Quo Versprechen von Parteien sehr viel leichter umzusetzen sind als Wahlversprechen die eine Veränderung anstreben. Die Veränderung einer Gesetzeslage oder einer

6.3. Diskussion der Ergebnisse im Vergleich zur Bertelsmann Studie

Maßnahme erfordert für die Parteien einer Regierung mehr Aufwand als die Erfüllung eines Wahlversprechen, welches zum Ziel hat eine Situation nicht zu verändern. Für eine Veränderung müssen Mehrheiten gefunden werden, Ressourcen eingesetzt werden und viele Individuen müssen hinter dieser Veränderung stehen. Soll eine Situation jedoch nicht verändert werden reicht es, wenn sich eine Partei nicht für einen Veränderungsprozess einsetzt oder einfach nicht zu einer Thematik aktiv wird. Dieser Umstand lässt sich mit einem Beispiel erläutern: So wird im Wahlprogramm der CDU/CSU darauf eingegangen, dass der Meisterbrief als Bildungsabschluss erhalten bleiben soll (vgl. CDU/CSU 2017: 13). Es handelt sich hierbei um ein Status Quo Versprechen. Es wird das Wahlversprechen abgegeben, dass dieser bereits bestehende Abschluss beibehalten wird. Um dieses Wahlversprechen umzusetzen muss die Union nicht aktiv eine Veränderung herbeiführen, sondern lediglich dafür sorgen, dass die Situation nicht verändert wird. Im Wahlprogramm der SPD wird wiederum kein Wahlversprechen abgegeben, das eine Abschaffung des Meisterbriefs fordert. Dieses Beispiel erläutert die deutlich höhere Umsetzungsquote von Status Quo Versprechen durch Regierungsparteien anschaulich.

6.3. Diskussion der Ergebnisse im Vergleich zur Bertelsmann Studie

Für die Datenerhebung wurde, wie im Methodenkapitel beschrieben, eine Studie der Bertelsmann Stiftung genutzt. Es handelt sich um die Studie „Besser als ihr Ruf. Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018“ (2019) und die Fortsetzung dieser, durch den Artikel „Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21“ (2021b) von Robert Vehrkamp und Theres Matthieß. In diesen Studien wird die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Versprechen untersucht. Das Ziel des folgenden Kapitel ist es, die Ergebnisse dieser Studie im Vergleich zu den Ergebnissen dieser Arbeit zu diskutieren und so zwei verschiedene Perspektiven auf die betrachtete Regierungsperiode zu bekommen. Auf diese Weise können die Unterschiede in der Erfüllung der Versprechen aus den Wahlprogrammen und dem Koalitionsvertrag analysiert werden.

Die betrachteten Studien der Bertelsmann Stiftung codierten aus dem Koalitionsvertrag 294 Koalitionsversprechen, welche auf ihre Umsetzung untersucht wurden (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 2). In der vorliegenden Forschungsarbeit werden wiederum 365 ‚harte‘ Wahlversprechen aus den Wahlprogrammen der SPD und der CDU/CSU analysiert.

6. Diskussion

Interessant ist ein Vergleich der Erfüllungsquoten der Koalitionsversprechen, wie diese von den Autor*innen der Bertelsmann Stiftung erhoben wurden, mit den Erfüllungsquoten der Wahlversprechen in dieser Arbeit. Vehrkamp und Matthieß kommen zu dem Schluss, dass 73 Prozent der Versprechen im Koalitionsvertrag ‚voll erfüllt‘ wurden (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 2), die Analyse der Wahlprogramme dieser Arbeit stellt wiederum eine ‚volle‘ Erfüllung bei 38 Prozent der ‚harten‘ Wahlversprechen fest. Der Erfüllungszustand ‚teilweise erfüllt‘ bei den Koalitionsversprechen der Bertelsmann Stiftung Studien wurde bei fünf Prozent vergeben (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 2). Die vorliegende Arbeit kommt hierbei wiederum auf 12 Prozent. 22 Prozent der Koalitionsversprechen wurden nach Vehrkamp und Matthieß ‚nicht erfüllt‘ (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 2), die Betrachtung der Wahlversprechen der Parteien kommt hier auf 49 Prozentpunkte. Diese Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Erfüllungsquote der Versprechen des Koalitionsvertrags deutlich höher ist als die Erfüllungsquote der Wahlversprechen aus den Wahlprogrammen der beiden Koalitionspartnern. Um Vorhersagen über eine zukünftige Regierungsperiode und das Verhalten dieser Regierung zu machen, sei es demnach besser den Koalitionsvertrag der Regierung zu betrachten, als die einzelnen Wahlprogramme der Parteien. Die Erfüllungsbilanz auf Grundlage eines Mandats der jeweiligen Parteien ist jedoch nur mit einer Betrachtung der Wahlversprechen in den einzelnen Wahlprogrammen möglich.

Ein weiterer interessanter Vergleich kann zwischen den bereits genannten Koalitionsversprechen der Studien der Bertelsmann Stiftung und den Wahlversprechen dieser Forschungsarbeit, welche im Koalitionsvertrag aufgenommen wurden, gemacht werden. Auch hier kann eine geringere Erfüllungsquote der Wahlversprechen festgestellt werden, welche Teil des Koalitionsabkommen sind. So wurden 66.2 Prozent dieser Wahlversprechen beider Parteien erfüllt, während Vehrkamp und Matthieß eine Erfüllungsquote von 73 Prozent feststellen konnten. Jedoch sind hier die Ergebnisse dieser Arbeit und der Studien der Bertelsmann Stiftung deutlich ähnlicher. Diese Beobachtungen bestätigen bestehende Forschungsergebnisse, welche davon ausgehen, dass die Aufnahme von Wahlversprechen in den Koalitionsvertrag als eine Variable anzusehen ist, welche die Umsetzung dieser Wahlversprechen wahrscheinlicher macht. Dieser Vergleich bestätigt somit auch die in Hypothese 1 aufgestellte Annahme.

Ein Vergleich der Auswertungen der Koalitionsversprechen und der Wahlversprechen ist ebenfalls auf Basis der beiden Regierungsparteien möglich. Hierbei wird deutlich, dass Vehrkamp und Matthieß davon ausgehen, dass 72 Versprechen im Koalitionsvertrag von der SPD kommen und von diesen 83.33 Prozent umgesetzt wurden. Die CDU/CSU habe

6.3. Diskussion der Ergebnisse im Vergleich zur Bertelsmann Studie

demnach 32 Koalitionsversprechen gesponsert und von diesen 75 Prozent umgesetzt (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 5). Diese Ergebnisse der Studien der Bertelsmann Stiftung weisen darauf hin, dass die SPD mehr ihrer Versprechen umsetzen konnte als der Koalitionspartner CDU/CSU. Die Analyse dieser Arbeit kommt zu einem anderen Ergebnis, so konnte eine deutlich höhere Erfüllungsquote der CDU/CSU (52 Prozent) festgestellt werden als bei der SPD (31 Prozent). Es kann demnach festgestellt werden, dass durch die zwei Blickwinkel auf die betreffende Regierungsperiode unterschiedliche Bewertungen der Leistungen der Regierung ausgemacht werden konnten. So ist die gesamte Erfüllungsquote von Versprechen auf der Basis von Wahlversprechen deutlich geringer, aber auch die Parteien werden unterschiedlich bewertet.

Die Analyse der Versprechen in dem Koalitionsvertrag durch Vehrkamp und Matthieß kommt zu dem Schluss, dass 81 Prozent der Versprechen Änderungsversprechen und 19 Prozent Status Quo Versprechen sind (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 24). Es kann also wie in den Ergebnissen dieser Analyse der Wahlprogramme festgestellt werden, dass deutlich mehr Versprechen Änderungsversprechen sind. So nehmen diese auch in den Wahlprogrammen der SPD und der CDU/CSU den größeren Anteil an, es handelt sich hierbei zu 87.4 Prozent um Änderungsversprechen, während lediglich 12.6 Prozent der Wahlversprechen Status Quo Versprechen sind. Es ist somit eine Übereinstimmung zwischen den Anteilen der Typen der Versprechen in dem Koalitionsvertrag und den Wahlprogrammen festzustellen.

Des Weiteren kann die Verteilung der Versprechen auf die Ressorts betrachtet werden. Im Koalitionsvertrag sind die meisten Versprechen dem Politikfeld Inneres, Bau und Heimat zuzuordnen, 17 Prozent der Versprechen fallen in dieses Ministerium (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 22). In dieses Ressort fallen auch viele Wahlversprechen der Wahlprogramme der Parteien. Es handelt sich hierbei um das Ministerium in dem die Unionsparteien die meisten Wahlversprechen abgegeben haben. Auf dem zweiten Platz nach der Anzahl der Versprechen im Koalitionsvertrag liegt das Ministerium für Arbeit und Soziales (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 22). Diesem Ressort sind die meisten Wahlversprechen der SPD zuzuordnen. Die wenigsten Versprechen des Koalitionsvertrags fallen inhaltlich in das Auswärtige Amt, lediglich 1 Prozent der Versprechen (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2019: 22). In den Wahlprogrammen sind die meisten Wahlversprechen dem Ministerium für Arbeit und Soziales zuzuordnen. Die wenigsten Versprechen sind in den Wahlprogrammen in dem Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorzufinden. Der Vergleich dieser Zuordnung der Versprechen der einzelnen

6. Diskussion

Ressorts lässt den Schluss zu, dass die Regierungsparteien in den Koalitionsverhandlungen darauf Acht gegeben haben, dass ihre inhaltlichen Schwerpunkte auch in dem gemeinsam beschlossenen Koalitionsvertrag abgebildet werden.

Auch die Erfüllungsquote der Versprechen kann in den Vergleich miteinbezogen werden. Die meisten ‚voll erfüllten‘ Versprechen des Koalitionsvertrags fallen inhaltlich in das Ministerium Inneres, Bau und Heimat (80 Prozent). Dieses Ergebnis stimmt mit der Erfüllung der Wahlversprechen der Wahlprogramme überein. Werden die Wahlprogramme der CDU/CSU und der SPD gemeinsam betrachtet, ist der Prozentsatz der ‚voll erfüllten‘ Wahlversprechen in diesem Ressort am höchsten. Kein Versprechen des Koalitionsvertrags wurde in dem Ressort Auswärtiges Amt ‚voll erfüllt‘ (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 7). Dieses Ergebnis stimmt nicht mit der Erfüllungsquote in diesem Ressort auf Basis der Wahlprogramme überein.

Des Weiteren kann der Erfüllungsstatus ‚teilweise erfüllt‘ betrachtet werden. Die meisten Versprechen des Koalitionsvertrags mit dem Erfüllungsstatus ‚teilweise erfüllt‘ fallen in das Ministerium Auswärtiges Amt, 100 Prozent der Versprechen wurden hier ‚teilweise erfüllt‘ (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 7). Diese Erfüllungsquote kann in einer Betrachtung der Umsetzung der Wahlversprechen nicht beobachtet werden.

Eine Betrachtung des Erfüllungsstatus ‚nicht erfüllt‘ zeigt auf, dass 42 Prozent der ‚nicht erfüllt‘-Versprechen des Koalitionsvertrags im Ministerium für Finanzen zu finden sind. Es handelt sich hierbei um das Ministerium in welchem prozentual die wenigsten Versprechen des Koalitionsvertrags umgesetzt wurden (vgl. Vehrkamp & Matthieß 2021b: 7). Die wenigsten der abgegebenen Wahlversprechen wurden im Ministerium Arbeit und Soziales umgesetzt. Es handelt sich um das Ressort mit den prozentual meisten Wahlversprechen, welche den Erfüllungsstatus ‚nicht erfüllt‘ annehmen.

Abschließend kann durch den Vergleich der Forschungsarbeiten und -ergebnisse gesagt werden, dass diese unterschiedliche Bewertungen vornehmen. So kann durch eine Analyse des Koalitionsvertrags und die Überprüfung der Vorhaben des Koalitionsvertrags das Verhalten einer Regierung bewertet werden. So gibt die Studie der Bertelsmann Stiftung Auskunft über die Bilanz der Koalitionsregierung auf Grundlage eines von den Parteien ausgearbeiteten Koalitionsvertrags. Während die Analyse von Wahlprogrammen und den Wahlversprechen der verschiedenen Parteien eine Überprüfung des Verhaltens der Parteien ermöglicht. Die Mandatstheorie geht davon aus, dass Wähler*innen durch die Entscheidung für eine Partei auf Grundlage von deren Wahlprogramm ein Mandat übertragen, die Überprüfung der Bilanz dieser Parteien durch die Überprüfung der Umsetzung von Wahlversprechen macht somit eine Anwendung und Überprüfung der Mandatstheorie

möglich. Des Weiteren kann lediglich auf Grundlage der einzelnen Wahlprogrammen die Erfüllungsbilanz von Wahlversprechen überprüft werden.

6.4. Anwendung der Mandatstheorie

In einem letzten Kapitel der Diskussion soll auf die Anwendbarkeit der Mandatstheorie auf der Ergebnisgrundlage der Auswertung der Bilanz der Regierungskoalition 2018 bis 2021 eingegangen werden.

In der Diskussion der Mandatstheorie in Kapitel drei der Arbeit wird deutlich, dass Wähler*innen bei einer Wahl die Aufgabe zukommt, sich für ein bestimmtes politisches Programm zu entscheiden. Auf Grundlage der Wahlentscheidung und dem Ergebnis der Wahl wird einer oder mehreren Parteien dann ein politisches Mandat erteilt (vgl. Manin et al. 1999: 29-30). In der untersuchten Regierungsperiode wurde dieses Mandat der CDU/CSU und der SPD erteilt. Daher werden in dieser Arbeit die Wahlprogramme dieser Parteien analysiert.

Des Weiteren wird bei der Mandatstheorie davon ausgegangen, dass eine Differenzierbarkeit zwischen den Programmen der einzelnen Parteien besteht (vgl. Praprotnik 2017b: 33). Diese Differenzierbarkeit konnte in dieser Forschungsarbeit festgestellt werden, so wurden sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten zwischen den Wahlprogrammen der Parteien erarbeitet. Hierbei kann insgesamt festgestellt werden, dass die Übereinstimmung zwischen den Wahlprogrammen einen kleinen Teil der Wahlversprechen der Parteien einnehmen. Eine Differenzierbarkeit ist somit erkennbar.

Eine weitere Annahme der Mandatstheorie, die in Kapitel drei dargestellt wird, ist jene, dass die Summe aller abgegebenen Wahlversprechen das Mandat einer Partei ergibt (vgl. Praprotnik 2017b: 20). In der Regierungsperiode Merkel IV wurden 365 überprüfbare Wahlversprechen abgegeben, es handelt sich hierbei um das politische Mandat, welches in dieser Arbeit überprüft wird. Eine weitere Annahme der Mandatstheorie ist, dass Parteien ihren Wahlauftrag annehmen und ihr Mandat erfüllen (vgl. Naurin 2011: 15-16). Unter dieser Erfüllung des Mandats wird die Umsetzung der Wahlversprechen verstanden. Die vorliegende Forschungsarbeit untersucht 365 Wahlversprechen und kommt zu dem folgenden Ergebnis: 38.36 Prozent aller Wahlversprechen wurden ‚voll erfüllt‘, 12.6 Prozent aller Wahlversprechen wurden ‚teilweise erfüllt‘ und 49.04 Prozent der Wahlversprechen wurden ‚nicht erfüllt‘. Dies führt zu einer Erfüllungsbilanz der ‚voll‘ und ‚teilweise erfüllten‘ Wahlversprechen von 50.96 Prozent aller Wahlversprechen. Hierunter kann verstanden werden, dass die gewählten Parteien ihr Mandat angenommen haben und versuchten dieses zu erfüllen.

6. Diskussion

Es muss jedoch auch festgestellt werden, dass mit 49.04 Prozent ein großer Anteil der Wahlversprechen, also dem Mandat, nicht erfüllt wurden. Die Mandatstheorie führt hierbei Gründe an, welche eine Einschränkung der Mandatstheorie erläutern können. Hierzu gehören sogenannte unvorhersehbare Ereignisse (vgl. Praprotnik 2017b: 35). In der Forschungsliteratur werden hier als Beispiel Naturkatastrophen angeführt. In die untersuchte Regierungsperiode fällt der Ausbruch und die Versuche der Eindämmung der COVID-19 Pandemie. Bei einer Interpretation der Bilanz einer Regierung muss demnach dieser Umstand mit einbezogen werden, welcher einen Einfluss auf die Regierungsarbeit und die Prioritäten dieser Regierung hatte. Die Annahmen der Mandatstheorie ziehen diese Einschränkungen jedoch mit in ihre Überlegungen ein.

7. Schlussfolgerung

In dem folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Forschungsarbeit zusammengefasst und die Forschungsfrage beantwortet. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Forschungsarbeit in das bestehende Forschungsfeld der Politikwissenschaft eingeordnet.

7.1. Zusammenfassung der Ergebnisse und Beantwortung der Forschungsfrage

In der vorliegenden Forschungsarbeit werden Faktoren aufgezeigt, welche die Umsetzung von Wahlversprechen in einer Koalitionsregierung wahrscheinlicher machen. Diese Faktoren werden mithilfe einer Analyse der Regierungsperiode 2018 bis 2021 der deutschen Koalitionsregierung zwischen der CDU/CSU und der SPD erarbeitet. Auf diesem Weg kann die folgende Forschungsfrage der Arbeit beantwortet werden:

Welche Faktoren erklären die Umsetzung von Wahlversprechen in Koalitionsregierungen während einer Regierungsperiode?

Durch die Überprüfung der Hypothesen kann die Forschungsfrage wie folgt beantwortet werden. Mithilfe der Hypothese 1 der Arbeit wird der Einfluss eines Koalitionsvertrags auf die Erfüllung von Wahlversprechen überprüft. Die Analyse der Daten bestätigt hierbei, dass Wahlversprechen von Regierungsparteien, welche in einem Koalitionsvertrag festgeschrieben werden, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit umgesetzt werden, wie Wahlversprechen, welche nicht in einen Koalitionsvertrag aufgenommen werden. In der Variable Koalitionsvertrag kann somit ein Faktor ausgemacht werden, welcher die Umsetzung von Wahlversprechen in einer Koalitionsregierung erklärt.

Diese Forschungsarbeit ist weiteres auf den Einfluss des Besitz des Kanzleramts durch eine der Koalitionsparteien eingegangen. Hierbei konnte durch die Auswertung der Daten der Regierungsperiode 2018 bis 2021 festgestellt werden, dass der Besitz des Kanzleramts die Wahrscheinlichkeit steigert, mit welcher Wahlversprechen dieser Partei erfüllt werden. Bei dem Besitz des Kanzleramts handelt es sich somit um einen weiteren Faktor, welcher

7. Schlussfolgerung

die Umsetzung von Wahlversprechen in einer Koalitionsregierung erklären kann. Die Überprüfung dieser Hypothese 2 macht jedoch auch deutlich, dass in dieser Forschungsarbeit eine Regierungsperiode betrachtet wird, in welcher eine Partei (die CDU/CSU) im Besitz des Kanzleramt war. Der Effekt dieser Partei auf die Erfüllung von Wahlversprechen konnte in dieser Arbeit nicht überprüft werden, was eine Einschränkung der Aussagekraft der Hypothese 2 darstellt.

Durch die Überprüfung der Hypothese 3 der Forschungsarbeit kann festgestellt werden, dass die Leitung eines Ministeriums durch eine Koalitionspartei keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit hat, mit welcher diese Partei ihre Wahlversprechen in diesem Ressort erfüllen kann. Es handelt sich somit bei der Kontrolle eines Ministeriums nicht um einen Faktor, welcher die Umsetzung von Wahlversprechen in Koalitionsregierungen erklären kann. Schließlich muss um die Forschungsfrage beantworten zu können auf den Einfluss des Typs eines Wahlversprechens eingegangen werden. Die Analyse des Einflusses von Status Quo Versprechen und Änderungsversprechen macht deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung eines Wahlversprechens höher ist, wenn es sich bei diesem um ein Status Quo Versprechen handelt, bei welchem eine Partei nicht den Anspruch hat, die bestehende Situation zu verändern. Somit ist die Ausprägung Status Quo Versprechen der Variable Typ eines Wahlversprechens ein weiterer Faktor, welcher die Umsetzung von Wahlversprechen in einer Koalitionsregierung erklären kann.

Ein weiteres Ziel der Forschungsarbeit ist die Überprüfung der Annahmen der Mandatstheorie durch die Analyse der Regierungsperiode 2018 bis 2021 der Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD. In dem Diskussionskapitel der Arbeit wird deutlich, dass die Annahmen der Mandatstheorie durch die Analyse der Daten bestätigt werden. So ist erstens die Differenzierbarkeit zwischen den Parteien und den Wahlprogrammen dieser erkennbar. Die zweite Annahme der Mandatstheorie, welche das Mandat der Parteien und die Umsetzung dieses Mandats betrachtet, kann ebenfalls, mit einer Erfüllungsbilanz von 50.96 Prozent, als, durch die Analyse der Daten, erfüllt angesehen werden. Insgesamt handelt es sich bei den Ergebnissen der Forschungsarbeit somit um eine Einzelfallanalyse einer deutschen Bundesregierung, welche die Annahmen der Mandatstheorie unterstützen.

Ein drittes Ziel der Forschungsarbeit ist es mithilfe neu erhobener Daten ‚conflicting findings‘ der bestehenden Forschungsliteratur zu untersuchen. So kommen bestehende Studien zur Umsetzung von Wahlversprechen zu unterschiedlichen Ergebnissen über den Einfluss des Besitz eines Ministeriums durch eine Partei auf die Umsetzung der Wahlversprechen dieser Partei, welche inhaltlich in dieses Politikressort fallen. Eine Studie

7.2. Implikationen der Forschung und Ausblick auf weiterführende Forschung

von Praprotnik aus dem Jahr 2015 kommt hierbei zu dem Ergebnis, dass kein Einfluss dieser Variable festgestellt werden kann (vgl. Praprotnik 2015: 10). Diese Forschungsergebnisse können durch die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit bestätigt werden. Die Datenauswertung der Regierungsperiode 2018 bis 2021 kann ebenfalls keine Auswirkungen auf die Umsetzung von Wahlversprechen durch diese Variable feststellen. Daher können andere Forschungsergebnisse, welche eine erhöhte Wahrscheinlichkeit in der Erfüllung von Wahlversprechen bei der Leitung des entsprechenden Ministeriums sehen (vgl. Praprotnik 2017b: 856, 2017b: 240, Thomson 2001: 185), nicht bestätigt werden.

Weitere widersprüchliche Ergebnisse bestehen in Studien über den Einfluss auf die Umsetzung von Wahlversprechen durch den Besitz des Kanzleramts. In dieser Forschungsarbeit kann festgestellt werden, dass der Besitz des Kanzleramts die Wahrscheinlichkeit steigert, mit welcher Wahlversprechen dieser Partei erfüllt werden. Diese Ergebnis schließt sich somit den Ergebnissen der Arbeit „Making and Keeping Pledges: What We learned“ (Royed et al. 2019) an, welche in einer Analyse der Umsetzung von Wahlversprechen in verschiedenen Staaten, das selbe Ergebnis erreicht.

7.2. Implikationen der Forschung und Ausblick auf weiterführende Forschung

Durch den in Kapitel zwei dargestellten Forschungsstand wird deutlich, wie diese Forschungsarbeit sich in das Forschungsfeld der Wahlforschung einfügt. Diese Arbeit ermöglicht die Betrachtung eines neuen zusätzlichen Falls, schafft und analysiert neue Daten und untersucht anhand von diesen Daten bestehende ‚conflicting findings‘. Durch die Forschungsarbeit werden Analyseergebnisse generiert und mehr Klarheit in das Forschungsfeld gebracht. Somit ist diese Arbeit ein wichtiger Beitrag in der Wahlversprechensforschung, besonders durch die Analyse einer weiteren Regierungsperiode.

Das Forschungsfeld der Wahlversprechensforschung kann zukünftig durch weitere Studien zusätzlich bereichert werden. So könnten besonders qualitative Analysen über Prozesse, welche zur Erfüllung von Wahlversprechen führen, untersucht werden und dadurch weitere Einblicke in demokratische Prozesse liefern. Quantitative Studien können diese Einblicke nicht bieten und müssen daher durch andere Forschung unterstützt werden.

Literaturverzeichnis

- Adhikari, Pankaj; Mariam, Sania; Thomson, Robert (2022). The fulfilment of election pledges in India. In: Journal of Contemporary Asia, 1-19.
- Artés, Joaquín (2013). Do Spanish politicians keep their promises? In: Party Politics, 19(1), 143–158.
- Borrelli, Steven A. (2001). Finding the third way: Bill Clinton, the DLC, and the Democratic platform of 1992. In: Journal of Policy History, 13(4), 429-462.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2022): Hubertus Heil. Abgerufen unter: <https://www.bmas.de/DE/Ministerium/Minister-und-Hausleitung/hubertus-heil-lebenslauf.html> [03.07.2023].
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.J.). DFG-Programmpauschale. Abgerufen unter: https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/das-wissenschaftssystem/dfg-programmpauschale/dfg-programmpauschale_node.html [26.04.2023].
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2021). Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG). Abgerufen unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gesetze/gesetz-rechtsanspruch-ganztagsbetreuung-grundschulen-178966> [26.04.2023].
- Carson, Andrea; Gibbons, Andrew; Martin, Aaron (2019). Did the minority Gillard government keep its promises? A study of promissory representation in Australia. In: Australian Journal of Political Science, 54(2), 219-237.
- CDU/CSU (2017). Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021. Abgerufen unter: <https://archiv.cdu.de/regierungsprogramm> [22.11.2022].
- Costello, Rory; Thomson, Robert (2008). Election pledges and their enactment in coalition governments: A comparative analysis of Ireland. In: Journal of Elections,

7. Schlussfolgerung

Public Opinion and Parties, 18(3), 239-256.

Die Bundesregierung (2022): Bundeskanzlerin Angela Merkel 2005 – 2021. Abgerufen unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bundeskanzlerin-angela-merkel-2005-2021-2045938> [25.04.2023].

Die Bundeswahlleiterin (2023). Wahlalter. Abgerufen unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlalter.html#id-1%20%20https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw41-pa-inneres-wahlalter-913446> [26.04.2023].

Die Bundeswahlleiterin (2017): Bundestagswahl 2017: Endgültiges Ergebnis. Abgerufen unter: https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html [21.03.2023].

Der Bundeswahlleiter (2018): Bundestagswahl 2017. Ergebnisse der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag. Abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/e2023a6b-6535-4ec4-af93-29b4af9a056c/btw17_ergebnisse_flyer.pdf [27.04.2023].

Deutschlandfunk (2018). Große Koalition. Merkels neues Kabinett. Abgerufen unter: <https://www.deutschlandfunk.de/grosse-koalition-merkels-neues-kabinett-100.html> [27.04.2023].

Duval, Dominic; Pétry, Francois (2019). Time and the Fulfillment of Election Pledges. In: Political Studies, 67(1), 207–223.

Fagerland, Morten W.; Hosmer, David W. (2012). A generalized Hosmer–Lemeshow goodness-of-fit test for multinomial logistic regression models. In: The Stata Journal, 12(3), 447-453.

Ferguson, Mark Joseph (2012). Pledge fulfillment in Germany: An examination of the Schröder II and Merkel I governments. Dissertation. The University of Alabama.

Ferguson, Mark J. (2019). Germany. In: Naurin, Elin; Royed, Terry J.; Thomson, Robert (Hg.). Party mandates and democracy: making, breaking, and keeping election pledges in twelve countries. Ann Arbor, University of Michigan Press, 223-239.

Kennedy, John; Alcantara, Christopher; Armstrong, David A (2020). Do governments keep their promises? An analysis of speeches from the throne. In: Governance, 34(3), 917-934.

King, Gary, Laver, Michael, Hofferbert, Richard I., Budge, Ian and McDonald, Michael D.

7.2. Implikationen der Forschung und Ausblick auf weiterführende Forschung

- (1993). Party Platforms, Mandates, and Government Spending. In: *American Political Science Review*, 87(3), 744–750.
- Kostadinova, Petia (2013). Democratic performance in post-communist Bulgaria: election pledges and levels of fulfillment, 1997–2005. In: *East European Politics*, 29(2), 190–207.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o.J.-a): Wahlprogramm der CDU/CSU 2017. Abgerufen unter:
<https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-cdu-2017> [22.03.2021].
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o.J.-b): Wahlprogramm der SPD 2017. Abgerufen unter:
<https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm-spd-2017> [22.03.2023].
- McFadden, Daniel; Talvitie, Antti; Cosslett, Stephen; Hasan, Ibrahim; Johnson, Michael; Reid, Fred, & Train, Kenneth (1977). Demand model estimation and validation. Urban Travel Demand Forecasting Project, Phase, 1. Abgerufen unter:
<https://eml.berkeley.edu/~mcfadden/utdfp5.html> [02.08.2023].
- McNulty, Keith (2023). Multinomial Logistic Regression for Nominal Category Outcomes. In: *Handbook of Regression Modeling in People Analytics*. Abgerufen unter:
<https://peopleanalytics-regression-book.org/multinomial-logistic-regression-for-nominal-category-outcomes.html> [26.04.2023].
- McNulty, Keith (2023). Proportional Odds Logistic Regression for Ordered Category Outcomes. In: *Handbook of Regression Modeling in People Analytics*. Abgerufen unter: <https://peopleanalytics-regression-book.org/ord-reg.html> [26.04.2023].
- Matthieß, Theres (2019). Equal performance of minority and majority coalitions? Pledge fulfilment in the German state of NRW. In: *German Politics*, 28(1), 123–144.
- Matthieß, Theres (2020). Retrospective pledge voting: A comparative study of the electoral consequences of government parties' pledge fulfilment. In: *European Journal of Political Research*, 59(4), 774–796.
- Nahhas, Ramzi W. Binary Logistic Regression. In: *Introduction to Regression Methods for Public Health Using R*. Abgerufen unter:
<https://www.bookdown.org/rwnahhas/RMPH/blr-gof.html> [01.08.2023]
- Naurin, E. (2011). Election promises, party behaviour and voter perceptions. Basingstoke

7. Schlussfolgerung

[u.a.]: Palgrave Macmillan.

- Naurin, Elin; Royed, Terry J.; Thomson, Robert (Hg.). Party mandates and democracy: making, breaking, and keeping election pledges in twelve countries. Ann Arbor, University of Michigan Press.
- Pétry, Francois; Duval, Duval (2018). Electoral promises and single party governments: the role of party ideology and budget balance in pledge fulfillment. In: Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique, 51(4), 907-927.
- Pitkin, Hanna Fenichel (1967). The Concept of Representation. Berkley: University of California Press.
- Pomper, Gerald (1967). „If Elected, I Promise“: American Party Platforms. In: Midwest Journal of Political Science, 318-352.
- Praprotnik, Katrin (2015). Die Policy-Bilanz der Regierung Faymann I. Ein Test der Mandatstheorie. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 44(2), 1-14.
- Praprotnik, Katrin (2017a). Jurisdiction, time, and money: The role of resources in pledge fulfillment. In: Party Politics, 23(6), 848-859.
- Praprotnik, Katrin (2017b) Parteien und ihre Wahlversprechen. Dissertation. Wiesbaden, Springer VS.
- Rallings, Colin (1987). The influence of election programmes: Britain and Canada 1945-1979. In: Budge, Ian; Robertson, David; Hearl, Derek (Hg.). Ideology, Strategy and party change: Spatial analyses of post-war election programmes in 19 democracies, Cambridge University Press. 1-14.
- Royed, Terry (1996). Testing the Mandate Model in Britain and the United States: Evidence from the Reagan and Thatcher Eras. In: British Journal of Political Science, 26(1), 45-80.
- Royed, Terry; Naurin, Elin; Thomson, Robert (2019). A Systematic Research Design for Studying the Fulfillment of Election Pledges. In: Naurin, Elin; Royed, Terry J.; Thomson, Robert (Hg.). Party mandates and democracy: making, breaking, and keeping election pledges in twelve countries. Ann Arbor, University of Michigan Press. 293-314.
- Royed, Terry; Naurin, Elin; Thomson, Robert (2019). Making and Keeping Pledges: What We Learned. In: Naurin, Elin; Royed, Terry J.; Thomson, Robert (Hg.). Party mandates and democracy: making, breaking, and keeping election pledges in

7.2. Implikationen der Forschung und Ausblick auf weiterführende Forschung

- twelve countries. Ann Arbor, University of Michigan Press. 293-314.
- Saalfeld, Thomas, Bahr, Matthias, Hohner, Julian, Seifert, Olaf (2019). Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvertrag. In: Korte, Karl-Rudolf; Schoofs, Jan (Hg.). Die Bundestagswahl 2017. Wiesbaden, Springer VS. 513-538.
- Schneider, Jan; Waldow, Michaela (2022). Sondervermögen für Bundeswehr: Was bedeuten die Milliarden für die Truppe? ZDF. Abgerufen unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bundeswehr-etat-ukraine-krieg-100.html> [26.04.2023].
- SPD (2017). Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland. Abgerufen unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Regierungsprogramm/SPD_Regierungsprogramm_BTW_2017_A5_RZ_WEB.pdf [22.11.2022].
- Staatsministerium für Digitalisierung (o.J.). Die Staatsministerin für Digitalisierung. Abrufbar unter: <https://web.archive.org/web/20210120071023/https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-digitalisierung/die-staatsministerin> [26.04.2023].
- Thomson, Robert (2001). The programme to policy linkage: The fulfilment of election pledges on socio-economic policy in the Netherlands, 1986–1998. In: European Journal of Political Research, 40(2), 171-197.
- Thomson, Robert; Royed, Terry; Naurin, Elin; Artés, Joaquín; Costello, Rory; Ennser-Jedenastik, Laurenz; Ferguson, Mark; Kostadinova, Petia; Moury, Catherine; Pétry, Francois; Praprotnik, Katrin (2017). The fulfilment of parties' election pledges: A comparative study on the impact of power sharing. In: American Journal of Political Science, 61(3), 527-542.
- Thomson, Robert; Naurin, Elin; Royed, Terry (2019): A Comparative Analysis of Pledge Fulfillment. In: Naurin, Elin; Royed, Terry J.; Thomson, Robert (Hg.). Party mandates and democracy: making, breaking, and keeping election pledges in twelve countries. Ann Arbor, University of Michigan Press. 57-80.
- UCLA (o.J.): FAQ: How do I interpret odds ratios in logistic regression? Abgerufen unter: <https://stats.oarc.ucla.edu/other/mult-pkg/faq/general/faq-how-do-i-interpret-odds-ratios-in-logistic-regression/> [01.08.2023]
- Vehrkamp, Robert; Matthieß, Theres (2019). Besser als ihr Ruf. Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrags 2018. [Bertelsmann

7. Schlussfolgerung

Stiftung]. Abgerufen unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/besser-als-ihr-ruf> [22.11.2022].

Vehrkamp, Robert; Matthieß, Theres (2021a). Die Einzelversprechen im Überblick. [Bertelsmann Stiftung]. Abgerufen unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/koalitionsversprechen-die-einzelversprechen-im-ueberblick-all> [01.08.2023].

Vehrkamp, Robert; Matthieß, Theres (2021b). Versprechen gehalten – Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der GroKo 2018-21. [Bertelsmann Stiftung]. Abgerufen unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/monitoring-der-demokratie/projektnachrichten/versprechen-gehalten-schlussbilanz-zum-koalitionsvertrag-der-groko-2018-21> [22.11.2022].

Venables, W. N.; Ripley, B. D. (2002). Modern Applied Statistics with S. Springer Science and Business, New York, (4 Edition).

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2022): Parlament und Regierung. Zusammensetzung der Bundeskabinette. In: Das Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Abgerufen unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/196242/80104eb4a84be3bed65a60eee81c4b77/Kapitel_06_02_Zusammensetzung_der_Bundeskabinette_-_Namensliste-data.pdf [01.08.2023].

Wooldridge, Jeffrey M. (2013). Introductory econometrics: a modern approach (Fifth edit). Boulevard Mason, USA: South-Western Cengage Learning.

A. Zusammenfassung

Die vorliegende Forschungsarbeit analysiert die Umsetzung von Wahlversprechen in Koalitionsregierungen. Der Fokus der Arbeit liegt hierbei auf dem Erarbeiten von Faktoren, welche die Erfüllung von Wahlversprechen erklären. Die Datengrundlage bilden die Wahlprogramme der CDU/CSU und der SPD, welche im Kontext der deutschen Bundestagswahl 2017 veröffentlicht wurden. 365 Wahlversprechen dieser Parteien werden auf ihren Erfüllungszustand untersucht. Die Hauptergebnisse der multinomialen logistischen Regression zeigen den positiven Einfluss des Koalitionsvertrags und den Besitz des Kanzleramts auf die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung von Wahlversprechen auf. Einen Einfluss des Innehabens eines Ressorts auf die Umsetzung eines Wahlversprechens konnte nicht festgestellt werden. Schließlich kann die Forschungsarbeit die Annahmen der Mandatstheorie bestätigen.

B. Abstract

This research paper analyses the implementation of election pledges in coalition governments. The focus of the study is to determine factors that explain the fulfilment of election pledges. The data basis is formed by the election programmes of the CDU/CSU and the SPD, which were published for the German federal elections in 2017. 365 election pledges of these parties are examined for their fulfilment status. The main results of the multinomial logistic regression show the positive influence of the coalition agreement and the ownership of the chancellor's office on the probability of the implementation of election pledges. An effect of holding a ministry on the implementation of an election pledge could not be found. Finally, the research can confirm the assumptions of the mandate theory.

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Tabelle C.1.: Wahlversprechen der Parteien nach Ressort.

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung flächendeckender Jugendberufsagenturen	Teilweise Erfüllt			x		
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung einer Mindestausbildungsvergütung	Voll Erfüllt		x	x		
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung einer Ankündigungsfrist für Arbeitgeber	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Arbeit und Soziales	Abschaffung der sachgrundlosen Befristung	Nicht Erfüllt		x	x		
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung der Initiative zum Ausbau der Teilzeitausbildung	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Vergütung von Leiharbeiter*innen wie die Stammbesellschaft	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Ausnahmeregelungen des Mindestlohns bei Langzeitarbeitslosen und unter 18-Jährigen abschaffen	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines Verbandsklagerecht für Gewerkschaften	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines Wahlarbeitszeitgesetz um Wahlmöglichkeiten zur Arbeitszeit und zum Arbeitsort zu schaffen	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines Rechts zur freiwilligen früheren Rückkehr aus der Teilzeit	Voll Erfüllt		x	x	x	
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung des Gesetzes Regelung zur Nicht-Erreichbarkeit	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Erweiterung des Arbeitsschutzrecht	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung des Beschäftigtendatenschutzgesetz um persönliche Daten vor Missbrauch zu schützen	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Senkung des Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Mitbestimmungsrecht muss auch für Unternehmen in ausländischer Rechtsform mit Sitz in Deutschland gelten	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Änderung der EU Gesetzeslage zur Mitbestimmung in Europäischen Aktiengesellschaften	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Anpassung des Drittelbeteiligungsgesetz	Nicht Erfüllt					

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines Initiativrechts für Betriebsräte bei der Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Vereinfachung der Arbeit von Betriebsräten	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Durchführung einer Nationalen Weiterbildungskonferenz 4.0 um die Weiterbildung insgesamt zu verbessern	Voll Erfüllt				x	
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines Rechts auf Weiterbildung für Arbeitslose mit der Vergütung Arbeitslosengeld Q	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Arbeit und Soziales	Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung und der Bundesagentur für Arbeit in die Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung des Entwicklungskonto für Weiterbildungsmaßnahmen mit finanziertem Startguthaben	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Änderung der Bedingungen für Arbeitslosengeld, Auszahlungen ab zehn Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Übernahme des Bundesprogramm SSoziale Teilhabe in das Sozialgesetzbuch II	Voll Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Einführung des Umgangsmehrbedarf des Arbeitslosengeld II bei einer Kinderbetreuung durch beide Eltern	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Verankerung der Chancengleichheit im SGB II	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Streichung der schärferen Sanktionen für unter 25-Jährigen aus SGB II	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Streichung der Sanktionierung der Leistungen für die Unterkunft aus SGB II	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Verdopplung des Schonvermögens im SGB II	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Die Solo-Selbstständigkeit und andere neue Beschäftigungsformen soll in die Sozialversicherung mit aufgenommen werden	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Arbeit und Soziales	Ablehnung einer Erhöhung der Regelaltersgrenze	Voll Erfüllt	x		x		
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines gesetzlich festgelegten Rentenniveau von mind. 48 Prozent bis 2030 und einem Beitragssatz von 22 Prozent	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines Rechts auf Weiterbildung	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung einer Solidarrente für Menschen die 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt haben und/o-der Kinderbetreuung übernommen haben, diese Rente soll 10 Prozent über dem Grundsicherungsanspruch liegen	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Selbstständige sollen Teil der gesetzlichen Rentenversicherung werden	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Anhebung der Grundzulage der Ruster Rente	Voll Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines Fonds für Alterssicherung für Menschen aus der DDR	Nicht Erfüllt					

Fortsetzung ...

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Arbeit und Soziales	Abschaffung des Wahlrechtsaus- schlusses von Menschen mit Behin- derung	Voll Erfüllt		x			
SPD	Arbeit und Soziales	Schaffung eines Gesetz zum Bil- dungsurlaub und zur Freiwilligenför- derung	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Umwandlung des Transparenzgesetz in ein Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht	Nicht Erfüllt					
SPD	Arbeit und Soziales	Beibehaltung der solidarischen Fi- nanzierung der Künstlersozialkasse	Voll Erfüllt	x				
SPD	Auswärtiges Amt	Bekenntnis zur moralischen und his- torischen Verantwortung Deutsch- lands in Namibia	Voll Erfüllt					
SPD	Auswärtiges Amt	Schaffung eines permanenten Ju- gendschäftigungsfonds auf EU- Ebene	Teilweise Erfüllt					
SPD	Auswärtiges Amt	Schaffung eines sozialen Fort- schrittsprotokoll welches im europäischen Primärrecht verankert werden soll	Nicht Erfüllt					
SPD	Auswärtiges Amt	Schaffung eines gemeinsamen Fi- nanzbudget der EU und eine wirk- same Besteuerung von Finanzmarkt- geschäften für ein gemeinsames EU Finanzbudget	Nicht Erfüllt					
SPD	Auswärtiges Amt	Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments	Nicht Erfüllt					
SPD	Auswärtiges Amt	Reformierung der EU-Kommission	Nicht Erfüllt					
SPD	Auswärtiges Amt	Steigerung des Haushalts für Aus- wärtiges	Teilweise Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Modernisierung von Schulen	Teilweise Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Verbesserung von BAföG	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung einer "Nationaler Bil- dungsallianz"	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Fortsetzung der "Qualitätsoffensive Lehrerbildung"	Voll Erfüllt	x				
SPD	Bildung und Forschung	Fortsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung"	Voll Erfüllt	x				
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung einer Garantie auf einen Ausbildungsplatz	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung eines Berufsschulpakt	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Novellierung des Berufsbildungsge- setz mit dem Ziel die Qualität der Ausbildung zu verbessern	Voll Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung der Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0 - Weiterent- wicklung des Berufsbildungsgesetz	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Förderung und Angleichung der dual- en Studiengänge	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Verdopplung der Stipendien für Be- rufabsolvent*innen	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Abschaffung der Kosten für Techniker-, Meister- und Fachwirt- kurse	Nicht Erfüllt			x	x	
SPD	Bildung und Forschung	Meisterbrief als gültige Zulassungs- voraussetzung für ein Masterstudium	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Beibehaltung der befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschul- pakete nach 2019/2020	Voll Erfüllt	x	x			

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung einer Ausstattungsinitati- ve um die Digitalisierung der Hoch- schulen zu ermöglichen	Voll Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung des Bund-Länder- Programms um Fachhochschulen bei der Gewinnung von wissenschaftli- chem Personal zu unterstützen	Voll Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung des Hochschulsozialpaktes um die Situation von Studierenden zu verbessern	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Verbesserung von BAföG, Erhöhung der Fördersätze	Voll Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Erhöhung der Einkommensgrenze beim Studierenden BAföG	Voll Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Erhöhung der Altersgrenze von BAföG	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Berücksichtigung von sozialem und politischem Engagement bei der BAföG Vergabe	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung des Dach "BAföG- Plus" unter welchem die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung zusam- mengefasst werden	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Gründung von regionalen Innova- tionsagenturen in Verbindung mit Wissenschaft und Wirtschaft	Teilweise Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung eines Forschungsbonus für kleinere und mittelgroße Unterneh- men	Teilweise Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Schaffung eines Gründungsfreisemes- ters und eines Recht auf Gründer- Sabbatical für Hochschulbeschäftig- te	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Bis 2025 sollen 3,5 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung auf- gewendet werden	Teilweise Erfüllt				x	
SPD	Bildung und Forschung	Verdopplung der Forschungsförde- rung des Bundes für Hochschulen	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Fortführung der Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft	Teilweise Erfüllt	x				
SPD	Bildung und Forschung	Erhöhung der Akzeptanz in der Be- völkerung für neue Technologien durch die Einbindung in den Inno- vationsdialog	Nicht Erfüllt					
SPD	Bildung und Forschung	Verbesserung der Kompetenzenfest- stellung und der Arbeitsmarktinte- gration	Nicht Erfüllt					
SPD	Bundes- kanz- leramt	Kulturelle Einrichtungen welche vom Bund gefördert werden sollen einmal im Monat einen kostenlosen Eintritt anbieten	Nicht Erfüllt					
SPD	Bundes- kanz- leramt	Schaffung eines Gesetz zur Rückga- be von Kulturgütern welche in der NS-Zeit gestohlen wurden	Nicht Erfüllt					
SPD	Ernährung und Land- wirtschaft	Schaffung eines staatlichen Tier- schutzlabels	Nicht Erfüllt		x		x	
SPD	Ernährung und Land- wirtschaft	Erarbeitung einer nationalen und eu- ropäischen Nutztierstrategie und ein modernes Tierschutzgesetz	Teilweise Erfüllt					
SPD	Ernährung und Land- wirtschaft	Schaffung von Verboten des Schna- belkürzens, Kupieren von Schwän- zen und des Schenkelbrand bei Pfer- den	Teilweise Erfüllt					

Fortsetzung ...

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Ernährung und Land- wirtschaft	Verbesserungen in den Baurechtli- chen Regelungen bei Tierhaltungs- anlagen	Nicht Erfüllt					
SPD	Ernährung und Land- wirtschaft	Ausstieg aus den pauschalen Subven- tionen der Landwirtschaft bis 2026	Nicht Erfüllt					x
SPD	Ernährung und Land- wirtschaft	Die Standards der Deutschen Ge- sellschaft für Ernährung sollen für Mahlzeiten an Schulen und Kitas verbindlich werden	Nicht Erfüllt					
SPD	Ernährung und Land- wirtschaft	Ablehnung von Gentechnik	Nicht Erfüllt	x	x			
SPD	Ernährung und Land- wirtschaft	Einrichtung einer Schwerpunkt- staatsanwaltschaft um organisierte Kriminalität in der Lebensmittel- branche zu bekämpfen	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Abschaffung aller Kosten für Bil- dung	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung der Familienarbeitszeit	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung des Familiengelds	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schrittweise Abschaffung der Kita Gebühren	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung für Kita- und Grundschulkinder	Voll Erfüllt			x	x	
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung eines Gesetz zur Steige- rung der Qualität von Kitas	Voll Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung eines nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kinder- geld und die Zusammenlegung von Kindergeld und Kinderzuschlag	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Stärkung von Kinderrechten (SGB VIII)	Voll Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Kinderrechte ins Grundgesetz auf- nehmen	Nicht Erfüllt		x			
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Erweiterung der Funktion des unab- hängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs	Voll Erfüllt		x			
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung des "Jugend-Checks"	Teilweise Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Erhöhung des finanziellen Budget für die Jugendarbeit	Voll Erfüllt					

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung ...

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung eines neuen Grundgesetz- artikels 104c um das Kooperations- verbot aufzuheben	Voll Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung der Familienarbeitszeit für Pflegende, diese können von der Arbeit freigestellt werden und erhalten einen Lohnersatz	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung einer verbindlichen Quote von 40 Prozent Frauenanteil in Führungspositionen bei personalwirksamen Maßnahmen des Bundes	Teilweise Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung eines kostenlosen Zugangs zu Verhütungsmitteln für Frauen mit niedrigen Einkommen	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung eines Familienbaugeldes um den Erwerb von Wohneigentum für Familien mit niedrigem und mittleren Einkommen zu ermöglichen	Nicht Erfüllt			x		
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung des Familientarif mit Kinderbonus. Jedes Elternteil soll 150 Euro pro Kind von der Steuerlast abziehen können	Voll Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung des erweiterten Kindergeld. Zusammenlegung von Kindergeld und Kinderzuschlag bei einkommensschwachen Familien	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Gründung einer Deutschen Engagementstiftung mit finanziellen Mitteln zur Förderung des Engagement	Voll Erfüllt				x	
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Mehr finanzielle Förderung der Jugend- und Bundesfreiwilligendienste	Teilweise Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung und Umsetzung eines Aktionsplan Gleichstellung	Voll Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung der Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen: hierfür wird das Gleichstellungsgesetz geschaffen, welches die Beruf- und Aufstiegschancen von Frauen in der Wirtschaft verbessert	Voll Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung eines dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Schutz und Hilfe für Opfer von Gewalt	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Einrichtung einer Koordinierungsstelle auf Bundesebene um die Umsetzung der Istanbul-Konvention zu überwachen	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz durch die Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die Ausdehnung des Anwendungsbereich und die Ermöglichung von Verbandsklagen	Nicht Erfüllt					

Fortsetzung ...

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Erweiterung Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetz um die sexuelle Identität	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Reformierung des Transsexuellenge- setz um die Lage von trans- und in- tergeschlechtlichen Menschen zu ver- bessern	Nicht Erfüllt					
SPD	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung der Ehe für alle. Mit Ein- schließung des Adoptionsrechts	Nicht Erfüllt					
SPD	Finanzen	Schaffung eines Kriterienkatalogs für Finanzinstitute um eine Kontrol- le zu garantieren	Nicht Erfüllt					
SPD	Finanzen	Fortsetzung der Regulierung von over the counter-Geschäften und bank- und börseninternen Handels- plattformen	Teilweise Erfüllt	x				
SPD	Finanzen	Einschränkung der Rolle von Rating- Agenturen	Voll Erfüllt					
SPD	Finanzen	Einführung der Finanztransaktions- steuer	Nicht Erfüllt		x	x	x	
SPD	Finanzen	Beibehaltung von Bargeld	Voll Erfüllt	x	x	x		
SPD	Finanzen	Schaffung von besseren Bedingungen von Finanzkund*innen	Nicht Erfüllt					
SPD	Finanzen	Auflösung der Kontrolle von Finanz- anlagenvermittler über die Gewerbe- ordnungen, zukünftig Unterstellung unter die Finanzdienstleistungsauf- sicht	Nicht Erfüllt		x			
SPD	Finanzen	Einführung eines "Dispo-Deckelung die Gebühren beim Abheben von Bargeld bei fremden Banken zu be- grenzen	Nicht Erfüllt					
SPD	Finanzen	Beibehaltung des Ehegattensplit- tings für bestehende Eheleute	Voll Erfüllt	x				
SPD	Finanzen	Schaffung einer Beitragsentlastung für Arbeitnehmer*innen mit einem Einkommen zwischen 451 und 1300 Euro. Volle Rentenansprüche usw. bleiben bestehen	Voll Erfüllt					
SPD	Finanzen	Abschaffung des Solidaritätszu- schlags bis 52.000 Euro oder Ehepaare bis 104.000 Euro	Teilweise Erfüllt		x		x	
SPD	Finanzen	Erhöhung des Steuersatz von 42 Pro- zent von 54.000 Euro auf 60.000 Eu- ro	Nicht Erfüllt				x	
SPD	Finanzen	Anhebung des Spitzensteuersatz linear-progressiv auf 45 Prozent ab 76.200 Euro für Singles und 152.400 Euro für Ehepaare	Nicht Erfüllt					x
SPD	Finanzen	Anhebung der Reichensteuer um drei Prozent auf den Spitzensteu- ersatz ab einem Einkommen von 250.000 Euro	Voll Erfüllt					x
SPD	Finanzen	Abschaffung der Abgeltungsteuer	Nicht Erfüllt		x		x	
SPD	Finanzen	Begrenzung der steuerlichen Absetz- barkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro	Nicht Erfüllt					
SPD	Finanzen	Reform der Grundsteuer und der Ge- werbesteuer für Kommunen	Voll Erfüllt		x	x		

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Finanzen	Anpassung der pauschalen Steuer- freibeträge für Menschen mit Behin- derung im Einkommenssteuergesetz	Voll Erfüllt					
SPD	Finanzen	Erhöhung der finanziellen Ausstat- tung der Deutschen Welle	Voll Erfüllt					
SPD	Finanzen	Schaffung eines europäischen Inves- titionsprogramms	Voll Erfüllt		x			
SPD	Gesundheit	Schaffung eines Familiengeld für die Pflege	Nicht Erfüllt					
SPD	Gesundheit	Umwandlung von vollschulischen Ausbildungen in duale Ausbildun- gen bei sozialen Berufen. Es soll ein bundeseinheitlicher Rahmen für Ge- sundheitsfachberufe geschaffen wer- den	Nicht Erfüllt					
SPD	Gesundheit	Schaffung der Bürgerversicherung, in welche alle Einzahlen und alle me- dizinische Versorgung erhalten. So- mit soll die Zwei-Klassen-Medizin überwunden werden	Nicht Erfüllt			x		x
SPD	Gesundheit	Schaffung einer integrierten Bedarfs- planung der medizinischen Versor- gung, diese schließt Hausärzt*innen, Apotheker*innen und die Notfallver- sorgung mit ein	Nicht Erfüllt					
SPD	Gesundheit	Schaffung eines Sofortprogramms für mehr Personal in der Altenpflege	Voll Erfüllt					
SPD	Gesundheit	Bereitstellen von Geld für die Finan- zierungslücken der Krankenhäuser	Voll Erfüllt					
SPD	Gesundheit	Schaffung eines Patientenentschädi- gungsfonds, um Patient*innen bei Behandlungsfehlern zu unterstützen	Nicht Erfüllt					
SPD	Gesundheit	Schaffung des Programms "Gesunde Stadtüm Problemen des demografi- schen Wandels und der sozialen Un- gleichheit begegnen zu können	Nicht Erfüllt					
SPD	Gesundheit	Übernahme aller Leistungen durch die Pflegeversicherung bei Menschen mit Behinderung	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Ausbau des öffentlichen und sozialen Wohnungsbau	Voll Erfüllt		x	x		
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Investitionen in Studierende- und Auszubildendenwohnheime	Voll Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Senkung des Wahlalters bei der Bun- destagswahl und Wahl des Europäi- schen Parlaments auf 16 Jahre	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Beibehaltung des Programms Älter- gerecht umbauen"	Voll Erfüllt	x				
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Förderung des Programms "Gemein- schaftlich selbstbestimmt Wohnen"	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Öffnung des Zugangs zum öffentli- chen Dienst für Universitätsabsol- vent*innen	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Digitalisierung der Verwaltung	Teilweise Erfüllt		x		x	
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung einer Daten- Ethikkommission	Voll Erfüllt		x			
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt um dem Fachkräf- temangel entgegenzuwirken mithilfe eines Zuwanderungsgesetz	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schaffen von 15.000 neuen Stellen bei der Polizei	Voll Erfüllt		x	x	x	
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung des Programms "Jung kauft Alt"	Nicht Erfüllt					

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Vereinheitlichung der Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schließung von extremistischen isla- mistischen Moscheen	Voll Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung eines Gesetz zur Demokra- tieförderung und Extremismusprä- vention	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Reformierung des IT- Sicherheitsgesetz	Voll Erfüllt		x			
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Ausbau des Bundesamt für die Si- cherheit in der Informationstechnik und Schaffung eines Algorithmen- TÜV	Teilweise Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Europäische Staaten die Flüchtlinge aufnehmen, sollen aus dem europäi- schen Haushalt finanziell unterstützt werden	Voll Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Kontrollierte Aufnahme von Schutz- berechtigten in Kooperation mit der UNHCR	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Bereitstellung von Mitteln für eine schnellere Arbeit der Bundesbehör- den in Asylverfahren	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Ablehnung der Verlängerung der temporären Aussetzung des Famili- ennachzugs	Teilweise Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Veränderung der geschlechterspezifi- schen Asylgründe	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Festhalten an der finanziellen Un- terstützung der Kommunen bei der Integrationsarbeit von Geflüchteten	Voll Erfüllt	x	x			
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Keine Abschiebungen nach Afgha- nistan	Teilweise Erfüllt	x				
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung einer Altfallregelung. Per- sonen die seit mind. zwei Jahren in Deutschland leben, werden nicht ab- geschoben	Teilweise Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung eines Einwanderungsge- setz mit welchem der Zuzug qualifi- zierter Arbeitskräfte reguliert wer- den soll. Dieses soll auf einem Punk- tesystem nach kanadischem Vorbild basieren, bestimmte Kriterien sind die Voraussetzung für eine Einwän- derung nach Deutschland. Die Chan- cengleichheit soll durch ein Quote durchgesetzt werden.	Teilweise Erfüllt		x			
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Bündeln der bestehenden Regelun- gen und Aufenthaltstitel um ein übersichtliches und transparentes Einwanderungsrecht zu schaffen	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Ausweitung des Wahlrechts auf Drittstaatsangehörigen auf kommu- naler Ebene und des Wahlalters auf 16 Jahre	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Absenkung des Quorums für öffent- liche Petitionen	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung eines dauerhaften Aufent- haltsrecht bei einem erfolgreich ab- geschlossenem Studium	Nicht Erfüllt					
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Beibehaltung des Prinzip der Mehr- staatigkeit	Voll Erfüllt	x				
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Reform der Stasi-Unterlagen- Behörde	Voll Erfüllt					

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung eines mehrjährigen Förderprogramms für Sportstätten	Voll Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung von Open Access innerhalb der Wissenschaft. Es soll ein Gesetz zum lizenzfreien Basiszugang geschaffen werden	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für die Aufklärung der Behinderung der Gründung von Betriebsräten	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung einer Musterfeststellungsklage für Thematiken die viele Verbraucher*innen betreffen	Voll Erfüllt		x			
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung von verbindlicher Prüfkriterien eines Nachhaltigkeitssiegels	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung von Regelungen um individuelle Preisbildung als Folge der Profilbildung aus Nutzerdaten zu vermeiden	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung strengerer Regeln für die individuelle Risikovorhersage	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Aufnahme von Programmierfehlern und unzureichender Verschlüsselung in die Produkt- und Herstellerhaftung	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung der Möglichkeit der Telefonüberwachung bei Steuerhinterziehung	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung eines europäischen Transparenzregister	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Veränderung der Mietpreisbremse. Mieter*innen sollen mehr Transparenz erhalten über Vormieten bezüglich der Miete	Voll Erfüllt		x			
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffen einer gesetzlichen Regelung des Mietspiegels	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Begrenzung der Mieterhöhung nach Modernisierung	Voll Erfüllt		x			
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Strenge Regelungen für die Kündigung bei Eigenbedarf	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Maklergebühren müssen von der Partei übernommen werden, welche die Makler*innen beauftragt	Voll Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung eines Haltungsverbots von Tieren aus Qualzuchten	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft	Voll Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung einer Berichtspflicht von Anbietern von sozialen Netzwerken über rechtswidrige Inhalte und die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und Schaffung von Kontaktstellen	Voll Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucherschutz	Schaffung von Kriterien für die Strafverfolgung von kriminellen Machenschaften von Unternehmen	Nicht Erfüllt		x			

Fortsetzung ...

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Schaffung einer flexiblen Bußgeldobergrenze für Unternehmen	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Schaffung einer besseren rechtlichen Absicherung von Whistleblower	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Abschaffung der Zahlung von Schadenssummen bei Strafverfahren gegen Wirtschaftskriminalität	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Senkung der Altersgrenze von Schöff*innen	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Schaffung einer exekutiven Fußspur um den Beitrag von Interessensvertreter*innen nachvollziehen zu können	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Schaffung eines verpflichtenden Lobbyregister für den Bundestag	Voll Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Offenlegung der Einkünfte von Bundestagsabgeordneten	Teilweise Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Begrenzung von Parteipenden auf jährlich max. 100.000 Euro pro Spender*in	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Schaffung eines modernen Abstammungsrechts welches die Entwicklungen in der Reproduktionsmedizin miteinschließt	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Reformierung des Vormundschaftsrechts mit einem stärkeren Fokus auf die Interessen der Kinder	Voll Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Schaffung eines Presseauskunftsgesetz	Nicht Erfüllt					
SPD	Justiz und Verbraucher- schutz	Beibehaltung der Buchpreisbindung	Voll Erfüllt	x				
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Senkung des Ausstoß von CO2 bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 und Erreichen der Treibhausgasneutralität bis 2050	Voll Erfüllt		x			
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Schaffung eines nationalen Klimaschutzgesetzes auf Basis eines Dialog mit den betroffenen Bereichen	Voll Erfüllt					
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Beibehaltung des Verbots für unkonventionellen Frackings	Voll Erfüllt	x				
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Änderung der Hermes-Kreditbürgerschaften mit dem Ziel Atomenergie-Projekte auszuschließen	Teilweise Erfüllt					
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Umsetzung der Naturschutz-Offensive 2020	Voll Erfüllt		x			
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Umsetzung des Bundesprogramm Blaues Band	Voll Erfüllt		x			
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Erarbeitung einer Moorschutzstrategie	Nicht Erfüllt					

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung ...

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Erhöhung der Flächen der natürlichen Waldentwicklung auf fünf Prozent der Gesamtwaldfläche	Nicht Erfüllt					
SPD	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Reformierung des Bundesbodenschutzgesetz	Nicht Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Investitionen in schnelle Glasfaser- verbindung	Teilweise Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Schaffung einer Versorgung mit einer Datengeschwindigkeit von mind. 50 Megabit pro Sekunde in ganz Deutschland bis 2018	Nicht Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Bis 2025 sollen 90 Prozent aller Gebäude an das Gigabitnetz angeschlossen sein	Teilweise Erfüllt			x		
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Alle öffentlichen Einrichtungen sollen offene und kostenlose WLAN-Hotspots haben	Nicht Erfüllt		x			
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Schaffung von Regelungen zur Nutzung von Daten	Voll Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Gründung eines Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität	Voll Erfüllt		x			
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Änderung des Personenbeförderungsgesetz qualitative und ökologische Standards sollen auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gelten	Teilweise Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Schaffung einer LKW Maut für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen auf allen Bundesstraßen	Voll Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Ablehnung einer generellen Mautpflicht	Voll Erfüllt	x				
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Bis 2030 sollen doppelt so viele Kund*innen die Bahn nutzen	Voll Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Schaffung des "Deutschlandtakt-Fahrplans"	Teilweise Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Schaffung einer digitalen Mobilitätsplattform	Teilweise Erfüllt					
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Halbierung des Schienenverkehrslärm bis 2020	Teilweise Erfüllt	x				
SPD	Verkehr und digitale Infrastruktur	Abschaffung der 7-Tage-Bereitstellung der öffentlichen Mediatheken	Voll Erfüllt					
SPD	Verteidigung	Steigerung des Verteidigungshaushalts um die Personal und Materiallücke zu schließen	Voll Erfüllt		x			
SPD	Verteidigung	Ablehnung einer Steigerung der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des BIP	Voll Erfüllt	x				x
SPD	Verteidigung	Minderjährige Bewerber*innen der Bundeswehr dürfen erst nach der Erreichung der Volljährigkeit Soldat*innen werden	Nicht Erfüllt					
SPD	Wirtschaft und Energie	Bezuschussung von kleinen und mittleren Unternehmen wenn sie ein Digitalisierungskonzept vorlegen	Voll Erfüllt					

Fortsetzung ...

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
SPD	Wirtschaft und Energie	Einführung eines Mittelstands- und Innovationschecks für Gesetze wie in NRW	Nicht Erfüllt					
SPD	Wirtschaft und Energie	Schaffung eines Informationsfreiheits- und Transparenzrecht mit welchem open Data kostenfrei zur Verfügung gestellt werden soll	Nicht Erfüllt				x	
SPD	Wirtschaft und Energie	Schaffung einer Gesetzesänderung zum Export von Waffen	Voll Erfüllt					
SPD	Wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung	0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens soll für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden	Voll Erfüllt		x		x	
SPD	Wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung	Ratifizierung des Zusatzprotokolls der Vereinten Nationen und die ILO-Konvention 169 über den Schutz der indigenen Bevölkerung	Voll Erfüllt					
Union	Arbeit und Soziales	Vollbeschäftigung bis 2025 und Halbierung der Arbeitslosigkeit in dieser Regierungsperiode	Nicht Erfüllt					
Union	Arbeit und Soziales	Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Kindern von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel den Weg in Ausbildung und Arbeit zu ebnen	Nicht Erfüllt					
Union	Arbeit und Soziales	Festhalten am Mindestlohn	Voll Erfüllt	x				
Union	Arbeit und Soziales	Steigerung des Lohns in Minijobs	Nicht Erfüllt					
Union	Arbeit und Soziales	Veränderung der Mitarbeiterbeteiligung	Teilweise Erfüllt					
Union	Arbeit und Soziales	Modernisierung des Arbeitszeitrecht	Voll Erfüllt		x			
Union	Arbeit und Soziales	Schaffung eines befristeten Anspruchs auf Teilzeit	Voll Erfüllt		x	x	x	
Union	Arbeit und Soziales	Schaffung einer Beratungsstelle zum Wiedereinstieg in den Beruf	Nicht Erfüllt					
Union	Arbeit und Soziales	Schaffung einer Rentenkommission welche bis Ende 2019 Vorschläge für die Rentenentwicklung nach 2030 ausarbeiten soll	Teilweise Erfüllt					
Union	Auswärtiges Amt	Ablehnung einer Vergemeinschaftung von Schulden	Voll Erfüllt	x				
Union	Auswärtiges Amt	Ablehnung eines EU Beitritts der Türkei	Voll Erfüllt	x				
Union	Auswärtiges Amt	Abschluss von Verträgen mit afrikanischen Ländern nach EU-Türkei Vorbild	Voll Erfüllt					
Union	Bildung und Forschung	Erarbeitung einer "Nationalen Weiterbildungsstrategie in Kooperation mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderen Stellen	Voll Erfüllt			x		
Union	Bildung und Forschung	Erhöhung der Ausgaben für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts	Teilweise Erfüllt				x	
Union	Bildung und Forschung	Schaffung der "Biotechnologie-Agenda"	Nicht Erfüllt					
Union	Bildung und Forschung	Beibehaltung der Schulform Gymnasium	Voll Erfüllt	x				
Union	Bildung und Forschung	Schaffung des Modell "Höhere Berufsbildung"	Nicht Erfüllt					
Union	Bildung und Forschung	Schaffung der "Digitale Bildungsoffensive"	Teilweise Erfüllt					

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
Union	Bildung und Forschung	Schaffung eines Digitalpakets für die erforderliche Ausstattung an Schu- len	Voll Erfüllt		x			
Union	Bundes-kanz- leramt	Entwicklung einer Dezentralisie- rungsstrategie	Voll Erfüllt					
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Bürokratieabbau/Flexible Regeln- gen des Mindestlohns in Landwirt- schaft und Gastronomie	Voll Erfüllt					
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Ablehnung des Klonen von Tieren	Voll Erfüllt	x	x			
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Erhaltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	Voll Erfüllt	x				
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Beibehaltung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU und des 2-Säulen-Modells	Voll Erfüllt	x				x
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Schaffung eines Innovationsfonds für Landwirte	Teilweise Erfüllt					
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Schaffung einer Nutztierhaltungs- strategie zur Stärkung des Tierwohls	Voll Erfüllt					
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Einführung eines Tierwohllabels	Nicht Erfüllt		x		x	
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Reform des Ausgleichsflächensys- tems	Nicht Erfüllt					
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Reform der Risikoausgleichsrücklage	Nicht Erfüllt					
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Schaffung der Offensive Ländlicher Raum"	Teilweise Erfüllt					
Union	Ernährung und Land- wirtschaft	Steuerliche Entlastung wenn land- wirtschaftliche Flächen zur Verfü- gung gestellt werden	Nicht Erfüllt					
Union	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Bis 2025 gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst	Voll Erfüllt			x		
Union	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Aufnahme von Kinderschutz in das Grundgesetz	Nicht Erfüllt					
Union	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Einführung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung von Kinder im Grund- schulalter	Voll Erfüllt			x	x	
Union	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Erhöhung des Kindergelds pro Kind um 25 Euro	Voll Erfüllt		x	x		
Union	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Erhöhung des Kinderfreibetrags um die Erhöhung des Kindergelds	Voll Erfüllt		x	x		
Union	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Schaffung einer Anlauf- und Aus- kunftsstelle für Familien zur Bera- tung über staatliche Unterstützungs- angebote	Nicht Erfüllt					
Union	Finanzen	Einführung einer Steuerbefreiung für Unternehmen wenn Arbeitneh- mer*innen Zuschüsse für Betreu- ungskosten erhalten	Nicht Erfüllt					

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
Union	Finanzen	Einführung von Freibeträgen bei der Grunderwerbsteuer	Nicht Erfüllt			x		
Union	Finanzen	Einhaltung der Schuldenbremse	Teilweise Erfüllt	x				
Union	Finanzen	Keine neuen Schulden für den Bundeshaushalt	Nicht Erfüllt	x	x			
Union	Finanzen	Keine Erhöhung von Steuern	Voll Erfüllt	x	x			x
Union	Finanzen	Keine Steigerung der Steuerquote	Nicht Erfüllt	x				x
Union	Finanzen	Schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags in dieser Regierungsperiode um 4 Milliarden Euro	Voll Erfüllt		x		x	
Union	Finanzen	Senkung der Steuer um 15 Milliarden Euro. Mit dem Ziel die Mitte der Gesellschaft zu entlasten	Teilweise Erfüllt					
Union	Finanzen	Erhöhung des Spitzensteuersatz auf ein Jahreseinkommen von 60.000 Euro	Nicht Erfüllt				x	
Union	Finanzen	Ersetzung der Abgeltungssteuer durch die individuelle Besteuerung bei international funktionierendem Informationsaustausch	Nicht Erfüllt		x		x	
Union	Finanzen	Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU Ebene	Nicht Erfüllt		x		x	
Union	Finanzen	Ablehnung einer Veränderung der Erbschaftssteuer	Voll Erfüllt	x				
Union	Finanzen	Ablehnung einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer	Voll Erfüllt	x				
Union	Finanzen	Schaffung von Standards gegen Steuerbetrug	Voll Erfüllt					
Union	Finanzen	Vereinfachung der Steuererklärung durch die Einführung des Programms "Bürgerfreundliche Verwaltung"	Nicht Erfüllt					
Union	Finanzen	Steuerliche Förderung von Neubau Mietwohnungen und Einsetzung des AfA	Voll Erfüllt					
Union	Finanzen	Abweichung von dem Wirtschaftlichkeitsprinzip zum leichteren Verkauf von Grundstücken an die Länder	Voll Erfüllt					
Union	Finanzen	Steuerliche Begünstigung der Forschung zum Ziel des Ausbaus der Start-Up Szene	Voll Erfüllt					
Union	Gesundheit	Förderung von "Ärztlichen Versorgungszentren" für den ländlichen Raum	Nicht Erfüllt					
Union	Gesundheit	Förderung der ärztlichen Versorgung durch die gezielte Vergabe von Studienplätze in Medizin	Teilweise Erfüllt					
Union	Gesundheit	Ablehnung der Einführung einer Bürgerversicherung	Voll Erfüllt	x				x
Union	Gesundheit	Schaffung eines Verbots des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln	Nicht Erfüllt		x			
Union	Gesundheit	Abschaffung des Schulgelds für Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden und weiteren nicht genannten Heilberufen	Nicht Erfüllt					
Union	Gesundheit	Umsetzung des "Masterplan Medizinstudium 2020"	Teilweise Erfüllt					
Union	Gesundheit	Schaffung eines "Nationalen Gesundheitsportals"	Voll Erfüllt					
Union	Gesundheit	Schaffung "Konzertierte Aktion Pflege" die Situation von Pflegebedürftigen zu verbessern	Voll Erfüllt		x			

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
Union	Gesundheit	Kinder sollen erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro die Pflege ihrer Eltern zahlen	Voll Erfüllt		x			
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung eines Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz. Ziel ist die Regulierung der Migration von Fachkräften in den Arbeitsmarkt	Voll Erfüllt		x	x		
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung eines digitalen Bürgerportals und eines elektronischen Bürgerkontos um Verwaltungsdienstleistungen zu digitalisieren	Teilweise Erfüllt		x	x	x	
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung eines Planungsbeschleunigungsgesetz mit dem Ziel die Planungsphasen in der Infrastruktur zu Entbürokratisieren	Voll Erfüllt		x			
Union	Inneres, Bau und Heimat	Einführung eines Baukindergelds im Umfang von 1.200 Euro pro Kind pro Jahr für 10 Jahre ab 1. Juli 2017	Voll Erfüllt		x	x		
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung einer neuen Ehrenamtss-tiftung	Voll Erfüllt		x		x	
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung der Kommission "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse"	Voll Erfüllt		x			
Union	Inneres, Bau und Heimat	Vorschläge der Kommission "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" werden Mitte 2019 vorgelegt	Voll Erfüllt					
Union	Inneres, Bau und Heimat	Neubau von 1,5 Millionen Wohnungen von 2017-2021	Nicht Erfüllt					
Union	Inneres, Bau und Heimat	Reformierung des System des Wohngelds	Voll Erfüllt					
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung verbindlicher Maßnahmen im 1. Halbjahr 2018 auf dem Wohnungsgipfel	Voll Erfüllt					
Union	Inneres, Bau und Heimat	Fortsetzung der Aufarbeitung des SED-Unrechts durch die Beibehaltung der Stasi-Unterlagenbehörde	Voll Erfüllt	x				
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung des "Nationalen Digitalrat"	Voll Erfüllt		x			
Union	Inneres, Bau und Heimat	Solange der Schutz der EU-Außengrenzen nicht funktioniert, werden die Binnengrenzkontrollen beibehalten	Teilweise Erfüllt	x				
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung eines Musterpolizeigesetz als Vorlage für die Bundesländer	Nicht Erfüllt		x			
Union	Inneres, Bau und Heimat	Erhöhung des Personals bei der Polizei um 15 000 Kräfte	Voll Erfüllt		x		x	
Union	Inneres, Bau und Heimat	Einführung einer Mindestspeicherfrist für Daten für Fahndungszwecke	Nicht Erfüllt					
Union	Inneres, Bau und Heimat	Profiling auf Grundlage der DANN	Voll Erfüllt		x			
Union	Inneres, Bau und Heimat	Schaffung der Schleierfahndung	Nicht Erfüllt					
Union	Inneres, Bau und Heimat	Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern erklären	Nicht Erfüllt		x			
Union	Inneres, Bau und Heimat	Beibehaltung des Bonn/Berlin-Gesetzes	Voll Erfüllt	x				
Union	Inneres, Bau und Heimat	Generationsschnitt bei der doppelten Staatsbürgerschaft	Nicht Erfüllt					
Union	Justiz und Verbraucherschutz	Beibehaltung der one-in, one-out-Regel	Voll Erfüllt	x				
Union	Justiz und Verbraucherschutz	Reformierung des Datengesetz	Nicht Erfüllt					

Fortsetzung ...

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
Union	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Beibehaltung des Ausstiegs aus der Atomenergie mit 2023	Voll Erfüllt	x				
Union	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Beibehaltung des Endlagersuchge- setz	Voll Erfüllt	x				
Union	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Förderung der energetischen Gebäu- desanierung	Voll Erfüllt		x			
Union	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Bekämpfung der Stickstoffbelastung in Städten, bis 2020 soll die europäi- sche Norm eingehalten werden	Nicht Erfüllt					
Union	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Städte mit erhöhter Stickstoffbelas- tung sollen eine individuellen Reduk- tionsplan bekommen	Teilweise Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Beibehaltung der gesteigerten Inves- titionen in die Infrastruktur	Voll Erfüllt	x				
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Ablehnung eines Tempolimits	Voll Erfüllt	x				
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Ausstattung von LKWs mit automa- tischen Bremsenrichtungen	Voll Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Stärkung des Güterverkehrs	Voll Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Beibehaltung des Maßnahmenkata- logs zur Stärkung der Wettbewerbs- fähigkeit in der Transport- und Lo- gistikwirtschaft	Nicht Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Beibehaltung der Seeschifffahrt un- ter deutscher Flagge	Voll Erfüllt	x				
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Digitalisierung des Öffentlichen Per- sonenverkehrs	Nicht Erfüllt		x			
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Die Barrierefreiheit in Bahnhöfen soll mit einem Programm gefördert werden	Voll Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Ausbau des schnellen Internets	Teilweise Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Ablehnung einer Fahrprüfung von älteren Autofahrer*innen	Voll Erfüllt	x				
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Ablehnung eines generellen Fahrver- bots für bestimmte Fahrzeugtypen	Voll Erfüllt	x				
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Errichtung von 50 000 Ladesäulen für Elektro- und Wasserstoffmobili- tät	Voll Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Schaffung eines Programms zur För- derung von Radschnellwegen	Teilweise Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Schaffung des SStaatsministers für Digitalpolitik"	Voll Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infra- struktur	Schaffung des Kabinettsausschuss "Digitalpolitik"	Voll Erfüllt					

C. Codierung und Einteilung der Wahlversprechen

Fortsetzung . . .

Partei	Ressort	Versprechen	Erfüllungs- zustand	Status Quo	Koalitions- vertrag	Wieder- holung	Über- einstim- mung	Wider- spruch
Union	Verkehr und digitale Infrastruktur	Flächendeckende Breitbandversorgung in Deutschland bis 2018	Nicht Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infrastruktur	Flächendeckender Ausbau von Glasfasernetz bis 2025	Nicht Erfüllt					
Union	Verkehr und digitale Infrastruktur	5G Ausbau in Deutschland bis 2025	Nicht Erfüllt					
Union	Verteidigung	Steigerung der Personen bei der Bundeswehr um 18 000 Menschen bis 2024	Teilweise Erfüllt					
Union	Verteidigung	Festhalten an dem 2 Prozent des BIP für die Bundeswehr nach NATO	Nicht Erfüllt					x
Union	Wirtschaft und Energie	Bekenntnis zum Klimaabkommen von Paris	Voll Erfüllt	x		x		
Union	Wirtschaft und Energie	Erarbeitung des "Masterplan Selbständigkeit" bis 2019	Nicht Erfüllt					
Union	Wirtschaft und Energie	Schaffung von steuerlichen Erleichterungen bei einer Beteiligung an Wagniskapital	Nicht Erfüllt					
Union	Wirtschaft und Energie	Beibehaltung des Meisterbriefs	Voll Erfüllt	x				
Union	Wirtschaft und Energie	Einführung eines Meisterbonus um Gebühren der Ausbildung zu erstatten	Nicht Erfüllt		x		x	
Union	Wirtschaft und Energie	Reduzierung der neuen Gesetzesentwürfe um 10 Prozent zur vorherigen Regierungsperiode	Nicht Erfüllt					
Union	Wirtschaft und Energie	Schaffung einer steuerlichen Forschungsförderung von 2 Milliarden Euro mit Wahlmöglichkeiten der Geförderten	Teilweise Erfüllt					
Union	Wirtschaft und Energie	Ausbau der transatlantischen Beziehungen - Abschluss eines Freihandelsabkommen zwischen der EU und der USA	Nicht Erfüllt					
Union	Wirtschaft und Energie	Erarbeitung eines Datengesetz um Daten wirtschaftlich nutzbar zu machen	Voll Erfüllt				x	
Union	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des BIP	Voll Erfüllt		x		x	
Union	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Schaffung des Postens eines Sonderbeauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit	Voll Erfüllt		x			